

Änderungsantrag Nr.

TE003

Beantragt von

Landesverband Bayern (LPT Beschluss), vertreten durch Benjamin Stöcker

Programm

Grundsatzprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Mehr Demokratie wagen

Die Piratenpartei Deutschland sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht.

Wir Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung aller Menschen an. Deswegen ist es Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.

Die digitalisierte Gesellschaft erhöht die Geschwindigkeit des Informationsaustausches enorm. Es ist in der heutigen Zeit ein Leichtes, große Mengen an Informationen zu durchsuchen und jedem zugänglich zu machen. Das alles ermöglicht ganz neue und vorher undenkbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Staate; vor allem dezentrale Verwaltungen und die Einführung verteilter Systeme werden auf diese Weise stark vereinfacht.

Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können. Die Piratenpartei sieht es als Ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie in der Bundesrepublik an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu begleiten und zu gestalten.

Eine möglichst große und sinnvolle Gewaltenteilung im Staat erachten wir Piraten als absolut notwendig. Gerade die Unabhängigkeit der Judikative, vor allem des Bundesverfassungsgerichtes, gilt es zu stärken und zu fördern, da es sich mehrfach als Schützer der Grundrechte der Einzelnen vor Legislative und Exekutive erwiesen hat.

Wir Piraten sind der festen Überzeugung, dass die Gemeinschaft

einzelne Mitbürger nicht bevormunden sollte. Damit der Bürger eine wohl überlegte Entscheidung treffen kann, benötigt er eine gute, dezentrale, möglichst unabhängige, vielstimmige und stets wachsame Publikative aus Presse, Blogs und anderen Formen von medialen Veröffentlichungen. Sie ist daher für das einwandfreie Funktionieren der Demokratie unabdingbar. Diese kritische Publikative zu ermöglichen und vor Einschränkungen zu schützen, sehen wir als wichtige Aufgabe des Staates und eines jeden Demokraten an.

Im Gegensatz zu Bevormundung ist es die Aufgabe des Staates die Grundrechte des Einzelnen zu achten und zu wahren und ihn vor Grundrechtseinschränkungen, auch gegenüber der Mehrheit, zu schützen. Die Freiheit des Einzelnen findet dort seine Grenzen, wo die Freiheit eines anderen unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

Begründung

Meiner Meinung nach fehlt dem Grundsatzprogramm ein Kapitel über Demokratie, welche wir klar als unser Kernthema ansehen. Vor allem wird in dieser Legislaturperiode ein neues Bundestagswahlrecht beschlossen, ich finde wir Piraten sollten uns da zu Wort melden dürfen und vorher wenigstens Grundsätze festlegen.

Ich habe mich in einem [Blog Post](#) noch einmal mit dem Antrag auseinandergesetzt und versucht ihn dort [im Detail zu beleuchten](#)

Änderungsantrag Nr.

TE004

Beantragt von

kathi 11:35, 22. Mär. 2010 (CET)

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

- A) grundsätzliche + B) praxisnahe Reformvorschläge für Urheberrechtsprobleme in Bildung und Wissenschaft
- wichtige Positionierung in Bezug auf den 3. Korb der Urheberrechtsnovelle (der -theoretisch- der "Bildungs- und Wissenschaftskorb" werden soll)
- KOMPLETT NEU FORMULIERT, pointierter + allgemeiner, ohne Aufzählung

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

In Bezug auf das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, Kapitel 1 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung (http://wiki.piratenpartei.de/images/2/20/Parteiprogramm_LaTeX.pdf) möge die Bundesmitgliederversammlung beschließen, das Grundsatzprogramm dort wie folgt zu ergänzen:

[neuer Programmunterpunkt:] *Bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht*

Der freie Zugang zu Information und Bildung ist für die Piraten ein elementares Grundrecht. Der Staat muss für dieses Sorge tragen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, zu ermöglichen. Andererseits stellt die freie Entfaltung und aktive Förderung von Bildung und Wissenschaft heute eine unabdingbare Grundlage für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dar.

Daher fordern die Piraten die Formulierung eines allgemeinen Nutzungsprivilegs für Zwecke der Bildung und Wissenschaft im deutschen Urheberrechtsgesetz, ähnlich dem Fair-Use-Prinzip im Copyright-System der USA.

Grundsätzlich halten wir die Schrankenbestimmung bezüglich Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch weder inhaltlich noch formal für zumutbar. Wir treten stattdessen für eine Generalklausel ein, die alle Benutzungshandlungen legitimiert, die dem öffentlichen Interesse dienen und die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft befördern. Insbesondere sind dies nichtkommerzielle und transformative Nutzungen bestehender Werke.

Da eine solche Reform heute in weiter Ferne scheint, fordern die Piraten davon unabhängig eine sofortige Überarbeitung des

Urheberrechtsgesetzes in Punkten, die den Informationszugang von Personen und Einrichtungen der Bildung und Wissenschaft unmittelbar betreffen.

Zur Förderung von Open-Access-Publikationen in Bildung und Wissenschaft schlagen wir die Einführung eines allgemeinen und unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts für die hier tätigen Urheber vor.

Des Weiteren meinen wir, dass die öffentlichen Zugänglichmachung von geschützten Werken für Unterrichts- und Forschungszwecke zustimmungs- und vergütungsfrei sein sollte. Insbesondere müssen hier die Bedingungen für den Unterricht an Schulen verbessert werden und jegliche überwiegend durch die öffentliche Hand finanzierte Forschung in diese Schranke einbezogen werden.

Ebenso muss die öffentliche Wiedergabe von geschützten Werken in Schulen und sozialen Einrichtungen ohne Einschränkungen zustimmungs- und vergütungsfrei gestellt werden. Wir fordern zudem, dass alle Einschränkungen in den Regelungen zur Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen und zum elektronischen Kopienversand auf Bestellung beseitigt werden, sodass diese technischen Möglichkeiten in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen umfassend genutzt werden können.

Aufgrund der Problematik, dass verwaiste und seit längeren Zeiträumen nicht mehr verwertete Werke in ihrer Nutzbarkeit stark eingeschränkt sind, ist eine weitreichende und nachhaltige Regelung zur öffentlichen Zugänglichmachung dieser Werke dringend geboten. Elektronische Zugänglichmachungen zu nichtkommerziellen Zwecken müssen dabei begünstigt werden.

Die Piraten lehnen technische Schutzmaßnahmen (Digital-Rights-Management-Systeme) und deren rechtlichen Schutz aus informationsethischen, ökonomischen und technischen Gründen grundsätzlich ab. Die künstliche Verknappung bis hin zur Monopolisierung von Information gefährdet insbesondere die gesamtgesellschaftlichen Ziele von Bildung und Wissenschaft. Aus diesem Grund fordern wir allen Schrankenbestimmungen des Urheberrechts generell Vorrang gegenüber dem rechtlichen Schutz technischer Maßnahmen einzuräumen. Insofern kein gesetzliches Verbot der technischen Schutzmaßnahmen erfolgt, muss ein verbindliches, öffentlich kontrolliertes Lizenzierungsverfahren die rechtlich korrekte Anwendung bzw. Aussetzung der technischen Schutzmaßnahmen sicherstellen.

Begründung

Die Piraten sehen die Legalisierung der nichtkommerziellen Nutzung und Vervielfältigung von urheberrechtlich geschützten Werken als Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft an. Dies gilt in herausgehobenem Maße für den Bereich der Bildung und Wissenschaft.

Änderungsantrag Nr.

TE005

Beantragt vonSteto123**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Grundrechte. Grundgesetz

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Antrag auf Ergänzung der bildungspolitischen Ziele: Die Piratenpartei macht sich für eine Bildungspolitik ohne gesetzlich verankerte Grundrechtseinschränkungen stark und setzt sich für die Streichung entsprechender Paragraphen in den Schulgesetzen ein.

Begründung

Die im Grundgesetz verankerten Grundrechte sind das Rückgrat unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf die wir mit Recht stolz sind und für deren strikte Wahrung wir uns als Piraten einsetzen. Insofern ist es besonders beschämend für unsere Demokratie, dass diese Grundrechte für den heranwachsenden Bürger schon eingeschränkt werden und das auch noch durch Länderrecht. Dies vermittelt den jungen Menschen zum einen, dass ihnen von der Gesellschaft diese Grundrechte nicht zugebilligt werden. Andererseits, da diese Grundrechte durch Landesrecht außer Kraft gesetzt werden, wird den jungen Menschen ein Bild der Beliebigkeit unserer Gesetzgebung und auch der Achtung der Grundrechte vermittelt. Diesen Missstand gilt es abzustellen, auch gegen den Willen der etablierten Parteien (allen voran CDU und SPD), die für dafür verantwortlich sind. Die Grundrechte gelten für alle Mitglieder unserer Gesellschaft, unabhängig auch davon, ob sie 8 Monate oder 80 Jahre alt sind. Wir sollten uns um folgenden Sachverhalt bewusst sein: Wenn wir unsere Jugend durch die Einschränkung von Grundrechten schützen wollen, so werden sie später auch weniger Skrupel haben ihre gesellschaftlichen Probleme durch Grundrechtseinschränkungen zu lösen. Wenn wir die Grundrechte der Jugend aktiv schützen, dann werden sie später auch eher für den Schutz der Grundrechte anderer eintreten. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass der ganzen Nachbarländer Deutschland, ja sogar eigentlich alle westlichen Demokratien bis auf Deutschland ihre Bildungspolitik ohne Grundrechtseinschränkungen durchführen.

Beispiele:

Brandenburgisches Schulgesetz §145 Einschränkung von Grundrechten:

Das Grundrecht der Freiheit der Person gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes sowie Artikel 9 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmungen über das

Schulverhältnis und über die Schulpflicht eingeschränkt. Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes sowie Artikel 8 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmung über Untersuchungen eingeschränkt. Das Grundrecht auf Datenschutz gemäß Artikel 11 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg wird nach Maßgabe der Bestimmungen über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und über wissenschaftliche Untersuchungen eingeschränkt.

Schulgesetz NRW

§125 Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz werden eingeschränkt:

1. das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 54 (Schulgesundheit),
2. das Grundrecht der Freiheit der Person gemäß Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe der §§ 34 bis 41 (Schulpflicht) sowie des § 42 Abs. 1 (Allgemeine Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis),
3. das Grundrecht der Pflege und Erziehung der Kinder gemäß Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 36 Abs. 2 und 3 (Vorschulische Beratung und Förderung, Feststellung des Sprachstandes),
4. das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes nach Maßgabe des § 41 Abs. 4 (Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Schulpflicht).

Aus aktuellem Anlass: Datenschützer kritisiert Videoüberwachung an Schulen <http://shar.es/mrDqP>

Änderungsantrag Nr.

TE006

Beantragt vonSteto123**Programm****Wahlprogramm/Parteiprogramm****Schlagworte Pro**

Reform, Schulpflicht, Demokratie

Schlagworte Contra

German Angst

Beantragte Änderungen

Antrag auf Ergänzung der bildungspolitischen Ziele: Die Piratenpartei setzt sich für eine Reformierung der in Deutschland praktizierten Schulpflicht mit dem Ziel der Einführung einer Schulpflicht nach Vorbild des österreichischen Schulpflichtgesetzes ein.

Begründung

Keine der westlichen Demokratien hat heute noch ein mit unserem System vergleichbares Schulpflichtmodell. Andererseits herrschen in Deutschland doch erhebliche Vorurteile gegenüber einer Abschaffung selbiger. Unser Nachbarland hat es geschafft mit einem Schulpflichtmodell einerseits an der Schulpflicht festzuhalten. Andererseits gibt es durch die weit gefasste Definition von staatlich anerkannten Schulen einfacherem Wege zur Gründung alternativer Schulen. Sogar der Unterricht in nicht staatlich anerkannten Schulen ist in diesem Gesetz verankert inklusive der Definition von Kontrollmechanismen (Überprüfung der Lernfortschritte an staatlich anerkannten Schulen) zum effektiven Ausschalten von Missbrauch dieser Regelungen. Der Antragsteller sieht darin eine ersten und bedeutenden Schritt, das Kind wieder zum Subjekt der Bildungspolitik zu machen. Bildung soll in aller erster Linie Freude am Lernen vermitteln und nicht einen Zwang zu selbiger.

Änderungsantrag Nr.

TE007

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Die Piratenpartei steht ein für das Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir verstehen darunter die Veränderung der heutigen Verhältnisse hin zu einer zukunftsähigen Gesellschaft. Grundlage dafür ist ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen, so dass diese in einer Weise genutzt und erhalten werden, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Menschheit in einer würdigen Form existieren kann.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programm(änderungs)antrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG_Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE008

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen auch in Zukunft in einer sauberen, gesunden und natürlichen Umwelt leben. Dies bedeutet zum Einen eine Reduktion des Eintrags von gesundheitsbelastenden Stoffen in unsere Umwelt. Zum Anderen bedeutet es Naturräume insbesondere mit hoher Artenvielfalt sowohl zu schützen als auch wieder herzustellen. Dies schließt ausdrücklich den Schutz und die Schaffung von Wäldern mit ihren vielfältig positiven Wirkungen als CO₂- und Süßwasserspeicher, aber auch als Heimat von über der Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten ein.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programmänderungsantrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE009

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Endlichkeit von Ressourcen

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir lehnen einen maßlosen Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen ab. Wir wollen, dass regenerative Ressourcen wie Fischbestände, Wälder und Trinkwasser nur so genutzt werden dürfen, dass diese sich regenerieren können. Weiter soll es niemanden möglich sein, Patente auf Lebewesen zu erteilen und anderen Ländern und Personen wichtige Ressourcen wegzunehmen oder vorzuenthalten.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programmänderungsantrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG_Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE010

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen einen ethisch vertretbaren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Leben. Deshalb sind wir für einklagbare Rechte für alle höheren Lebewesen und das Ökosystem. Wir streben eine gesetzliche Festschreibung artgerechter Tierhaltung und Zuchtmethoden, sowie die **umfassende Vermeidung** von Tierversuchen durch den Ersatz mit besseren Methoden an. Für Tierhalter sollen bessere Schulungsangebote für einen verantwortlichen Umgang ohne Gewalt und Vandalismus geschaffen werden.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programmänderungsantrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG_Umwelt zu finden.

Achtung Kollisionen

Antragsfabrik/Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 4c

Antragsfabrik/AG Umwelt Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 4b

Änderungsantrag Nr.

TE011

Beantragt vonBerndSchreiner, für die AG Umwelt René Heinig,**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte ProUmwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz**Schlagworte Contra**

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen einen ethisch vertretbaren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Leben. Deshalb sind wir für einklagbare Rechte für alle Lebewesen und das Ökosystem. Wir streben eine gesetzliche Festschreibung artgerechter Tierhaltung und Zuchtmethoden, sowie ein klares Verbot von Tierversuchen, um die **weitestgehend begonnene Umstellung zur tierversuchsfreien Forschung entschieden** voranzutreiben. Für Tierhalter sollen bessere Schulungsangebote für einen verantwortlichen Umgang ohne Gewalt und Vandalismus geschaffen werden.

Dieser Antrag ist ein konkurrierender Antrag zu Modul 4a.

Begründung

Variante: Es bestand keine Einigkeit ob totaler Verzicht oder nur eingeschränkt Tierversuche möglich sein sollten.

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programmänderungsantrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE012

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Ressourcen, wie Kohle und Uran auf regenerative Ressourcen, wie Biomasse in einem verträglichen Maße und hauptsächlich auf die Nutzung von generativen, also "unendlichen" Ressourcen, wie Wind-, Wasser-, Solar-, Gezeitenkraft und Geothermie. Im Zuge dieser Umstellung sehen wir unsere große Verantwortung, die für unser Klima schädlichen Emissionen auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Schlecht regelbare Großkraftwerke, insbesondere AKWs, stehen diesem Umbau vorrangig im Wege und sind auch auf Grund des anfallenden radioaktiven Abfalls und den über Generationen reichenden Folgen abzulehnen. Nur mit der Umstellung auf eine dezentralisierte Erzeugerstruktur kann die Unabhängigkeit von Infrastrukturmonopolen erreicht werden. Endliche Ressourcen sollen möglichst in geschlossenen Kreisläufen genutzt, jedoch schnellstens durch Nutzung "unendlicher" Ressourcen ersetzt werden.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programmänderungsantrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE013

Beantragt von

BerndSchreiner, für die AG Umwelt: Guido Körber, Volker Jaenisch, René Heinig,

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz

Schlagworte Contra

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen Konflikte grundsätzlich gewaltfrei lösen, da nur so die Umwelt und das Leben genügend geschützt werden kann. Dazu gehören auch die Ablehnung und ein Verbot von Massenvernichtungswaffen, da die Folgen der Anwendung ein würdiges Leben gefährden. Verhandlungen und Vereinbarungen müssen zur Beseitigung bestehender Konflikte etabliert werden, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Umgang mit der Umwelt zu lösen.

Begründung

Die AG Umwelt entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz, Energieversorgung, Klimaschutz für die Piratenpartei Deutschland. In der hier vorgestellten Präambel werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert. Sie soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung des detaillierten Parteiprogramms zum Bereich "Umwelt" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Der Programm(änderungs)antrag zur Schaffung dieser Präambel der AG Umwelt gliedert sich in 6 Einzelanträge, davon Antrag Nummer 4 in zwei Varianten, die als einzelne Module beantragt werden. Wir bitten darum alle Einzelanträge zu beachten und im Zusammenhang zu sehen. Alle Module im Zusammenhang sind außerdem im wiki AG_Umwelt zu finden.

Änderungsantrag Nr.

TE014

Beantragt von

Jan

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Das Thema "Verbraucherschutz" soll in das Bundesprogramm aufgenommen werden. Neben dem folgenden Textvorschlag könnten auch Elemente aus dem NRW-Programm verwendet werden.

Aufgrund berechtigten Kritik, dass der Text für ein Grundsatzprogramm zu konkret sei, habe ich einige Teile gestrichen. Nur die nicht gestrichenen Teile sollen ins Programm aufgenommen werden. Der Rest sollte ggf. in eine Absichtserklärung. --Jan 18:59, 3. Apr. 2010 (CEST)

Der Eintrag ist jetzt eingereicht. Wenn wirklich gute Gründe auftauchen, kann ich bis Fristablauf Teile gerne noch ändern und die Änderungen nachreichen. --Jan 02:38, 12. Apr. 2010 (CEST)

Leider versuchen immer wieder Menschen und Unternehmen, mit fragwürdigen Geschäftsmodellen auf Kosten anderer an Geld zu kommen. Durch Täuschung, Verschleierung, Einschüchterung und monopolartige Strukturen werden in vielen Bereichen Verbraucher benachteiligt. Während schwerwiegender, aber abstrakte Probleme wie der schleichende Abbau von Grundrechten für Bürger oft keine unmittelbar spürbare konkrete Folgen haben, sind Bürger von den Versäumnissen der bisherigen Politik im Bereich des Verbraucherschutzes direkt und konkret betroffen.

Gegen einige dieser Dinge kann sich ein mündiger Verbraucher wehren, doch die Erfahrung zeigt, dass es zahlreiche Menschen gibt, die auf unseriöse Geschäftsmodelle hereinfallen. Hier ist in erster Linie Aufklärung nötig, ergänzend muss jedoch auch entschieden gegen solche Geschäfte am Rande der Illegalität vorgegangen werden. Von einem normalen Geschäft profitieren im Regelfall beide Seiten, bei unseriösen Geschäften wird der Kunde über den Tisch gezogen und schließt einen Vertrag, den er so bei Kenntnis aller Bedingungen niemals schließen würde. Geschäftsmodelle, die nur durch Täuschung funktionieren können, müssen sowohl straf- als auch zivilrechtlich eindeutiger verboten werden, da sich gezeigt hat, dass die derzeitigen Regelungen nicht ausreichen.

Beim Aufkeimen neuer unseriöser Geschäftsmodelle müssen Gesetze zügig angepasst werden. Gesetzesverstöße in großem Umfang müssen umgehend verfolgt werden.

Andere Benachteiligungen können selbst mündige Verbraucher nicht vermeiden, da alle auf dem Markt verfügbaren Anbieter ähnliche, unfaire Bedingungen haben. An diesen Stellen ist ein Marktversagen deutlich geworden, und wo der Markt versagt, muss der Staat regelnd eingreifen. Neben den Preisen in durch Oligopole beherrschten Feldern betrifft dies auch weit verbreitete kundenfeindliche Geschäftsbedingungen und Techniken.

Hier sind insbesondere nötig:

- eine Stärkung der Aufsichtsbehörden wie Kartellamt, Eisenbahn-Bundesamt und Bundesnetzagentur sowie der Verbraucherzentralen
- klare Kennzeichnungspflichten für Produkte, damit Verbraucher eine informierte Entscheidung treffen können

Begründung

Verbraucherschutz ist, wie bereits im Antrag selbst erwähnt, ein wichtiges Thema, welches Bürger sehr direkt betrifft und dadurch auch gut vermittelt werden kann. Gleichzeitig gibt es gerade in diesem Bereich große Defizite in der bisherigen Politik.

Gerade im Bereich des Verbraucherschutzes finden sich viele Möglichkeiten, Bürgern den Alltag konkret besser zu gestalten, ohne dass dafür große Kosten oder Nachteile (außer für un seriöse "Geschäftsleute") entstehen würden.

Betrug ist zwar bereits verboten, da aber die ganzen Abofallensteller und ihre Geldeintreiberanwälte nicht hinter Gittern sitzen **und teilweise sogar schon freigesprochen wurden**, sind offensichtlich die Gesetze unzureichend (und auch an der Durchsetzung muss gearbeitet werden) .

Es reicht nicht, den Verbrauchern bessere Mittel zu geben. Wird man beispielsweise durch betrügerische Sparvorwahlen um ein, zwei Euro erleichtert, lohnt es sich nicht, da hinterherzurennen und die Zeit zu investieren. Es ist Aufgabe des Staates, sowas zu verhindern.

Änderungsantrag Nr.

TE015

Beantragt von

Buccaneerps i.A. von Frank Scholz

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Wirtschaftskrisen entschärfen, nachhaltige Beteiligungen fördern

Schlagworte Contra

Umsetzbarkeit

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu fordern.

Finanztransaktionssteuer

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ein. Die Finanztransaktionssteuer verteuert Spekulationen und setzt ein Zeichen hin zu nachhaltigen Beteiligungen. Eine weltweite Einführung wäre wünschenswert.

Begründung

Bei der Finanztransaktionssteuer werden alle Devisen-, Aktien- und Derivativgeschäfte EU-weit besteuert. Dies soll helfen, die Missstände, die zur Wirtschaftskrise führten, zu beseitigen und Auswirkungen von Krisen in der Zukunft mindern.

Änderungsantrag Nr.

TE016

Beantragt von

Andreas70

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Punkt 8 Bildung im Programm soll um folgenden Text vorgestellt ergänzt werden (Übernahme aus dem Wahlprogramm NRW) :

Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource der deutschen Volkswirtschaft geworden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau, zu bewältigen.

Begründung

Dieser Text wurde zur LTW 2010 in NRW beschlossen und macht deutlich, wie wichtig die Bildung in einer Gesellschaft ist. Das Parteiprogramm der Piraten muss sich weiterentwickeln. Dies kann und soll u.a. über länderspezifische grundlegende Aussagen erfolgen. So in diesem Fall aus dem Wahlprogramm aus NRW.

Änderungsantrag Nr.

TE017

Beantragt von

Andreas70

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Das Parteiprogramm soll um Punkt 9 Verbraucherschutz mit folgendem Text erweitert werden (Übernahme aus dem Wahlprogramm NRW). Auf die Übernahme der einzelnen Maßnahmen wird verzichtet. Dies ist eine neue Aufgabe auf Bundesebene, die Details mit bundesweiten Maßnahmen zu erarbeiten. Anregungen -auch für den Bund- haben die NRW Piraten vorgelegt.

Der Text:

Verbraucherschutz

Die Piraten wollen den Verbraucherschutz als neues Kernthema erschließen. Damit tragen sie zwei Sachverhalten Rechnung. Die ganzheitliche Umsetzung mehrerer Kern- und Nebenthemen wie Datenschutz, Transparenz, der Freiheitsgedanke sowie stringente Lobbyismuskritik münden in logischer Konsequenz in Verbraucherschutz. Die Piraten, die Politik für und nicht gegen die Gesellschaft fordern, haben die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Verbraucherschutzes erkannt. Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen, der sich kaum eine andere Partei annimmt. Dabei sind sich die Piraten bewusst, gegen starke Lobbyverbände und Einflussnahme der Industrie und Anbieter angehen zu müssen.

Im Verhältnis zwischen Hersteller, Vertreiber und Verbraucher ist letzterer in der Regel strukturell unterlegen. Dieses Ungleichgewicht sinnvoll auszugleichen ist Anliegen und Aufgabe des Verbraucherschutzes. Die Piraten streben an, den berechtigten Interessen der Verbraucher, zum Beispiel Datenschutz und Transparenz, insgesamt mehr Geltung zu verschaffen. Ein fundamental wichtiges Ziel auf diesem Weg sehen wir in der Verankerung des Verbraucherschutzes in der Landesverfassung. Das soll Verbraucherschutz zum integralen Bestandteil jeglicher Politik zu machen, indem Auswirkungen und Folgen geplanter Gesetze für Verbraucher beachtet und berücksichtigt werden. Darüber hinaus streben die Piraten eine nachhaltige, konstruktive Zusammenarbeit mit entsprechenden Verbraucherschutz- Organisationen wie Verbraucherzentralen an.

In einem gesamtgesellschaftlichen Umfeld, das durch fortschreitende Privatisierung und Liberalisierung für Verbraucher zunehmend undurchsichtiger wird, ist der Verbraucherschutz nicht adäquat mitgewachsen. Verbraucherinteressen sind bislang nur teilweise gesetzgeberisch berücksichtigt worden. Immer wieder ist eine Unterordnung der berechtigten Interessen der Verbraucher unter kommerzielle Gesichtspunkte festzustellen. Diesen Trend gilt es umzukehren, zum Beispiel durch Modifizierung bestehender und Verabschiedung neuer Gesetze. Parlament und Regierung haben sich in erster Linie als Volksvertretung und nicht als Unternehmensinteressen-Vertreter zu verstehen und müssen entsprechend agieren. Dem Interesse des Gemeinwohls ist soweit der Vorzug gegenüber Unternehmensinteressen zu geben, wie es zur Herstellung einer Balance in dem strukturell- und mittelbedingten Ungleichgewicht erforderlich ist.

Von einem starken Verbraucherschutz profitiert auch die Wirtschaft. Eine Marktbereinigung durch Verschwinden der schwarzen Schafe aus dem Marktgeschehen ist ebenso willkommen, wie eine Stärkung der Unternehmen, die sich unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes bewähren. Diese werden sich auch im internationalen Wettbewerb besser positionieren. Datenschutz und Transparenz sind fundamentale Bestandteile des Verbraucherschutzes. Sie genießen seitens der Piraten besonderes Gewicht. Eine signifikante Stärkung eines allumfassenden Verbraucherschutzes ist Ziel der Piraten.

Begründung

Dieser Text wurde zur LTW 2010 in NRW beschlossen und macht deutlich, wie wichtig der Verbraucherschutz in unserer Gesellschaft ist. Das Parteiprogramm der Piraten muss sich weiterentwickeln. Dies kann und soll u.a. über länderspezifische grundlegende Aussagen erfolgen. So in diesem Fall aus dem Wahlprogramm aus NRW.

Änderungsantrag Nr.

TE018

Beantragt von

Andreas70

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Das Parteiprogramm soll um Punkt 10 Umwelt mit folgendem Text erweitert werden (Übernahme aus dem Wahlprogramm NRW). Auf die Übernahme der einzelnen Maßnahmen wird verzichtet. Dies ist eine neue Aufgabe auf Bundesebene, die Details mit bundesweiten Maßnahmen zu erarbeiten.

Der Text:

Umwelt

a. Nachhaltigkeit als piratisches Prinzip

Die Piraten stehen für das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. Darunter verstehen wir generell die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen so nutzt und erhält, dass sie auch für nachfolgende Generationen zur Verfügung stehen und die Existenz der Menschheit auf unbeschränkte Zeit ermöglicht. Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang und eine faire Verteilung der Ressourcen erforderlich. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration in einem Gleichgewicht sein. Bei nicht nachwachsenden Ressourcen wie Bodenschätzen muss die Einführung einer Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel sein. Dazu ist es unbedingt notwendig, vorhandene umweltschonende Technologien bevorzugt zu nutzen, sowie die Entwicklung neuer Technologien voranzutreiben. Technologien, die unabsehbare und nicht zu verantwortende Folgen für nachfolgende Generationen haben, lehnen wir strikt ab. Ein Beispiel hierfür ist die derzeitige Stromproduktion durch Kernspaltung.

b. Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung

Die Piraten wollen die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die Forschung im Bereich der ökologischen Zusammenhänge und die Erforschung sauberer Technologien fördern. Forschungsergebnisse, insbesondere solche aus öffentlich finanzierten Programmen, müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die Ergebnisse sollen für die Aufklärung der Bevölkerung in Fragen des Umweltschutzes genutzt werden. Die selektive Sicht auf ganzheitliche Zusammenhänge erfordert die Entwicklung von Methoden, die dem Prinzip "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zur Geltung verhelfen. Dem dient die allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, der freie Zugang zu Wissen und Forschungsergebnissen und die Schaffung von Anreizen zum Umdenken, um zu besseren Verhaltensweisen zu gelangen.

c. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Viele der heutigen Probleme (aktuelles Beispiel "Asse" in Deutschland) der weltweite Klimawandel oder das Artensterben, sind zu einem großen Teil das Resultat der Ohnmacht der Gesellschaft und der Bürger sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft gegenüber. Daher ist auch beim Thema Umwelt mehr Transparenz im Handeln von Regierungen und Unternehmen und eine stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen erforderlich.

Begründung

Dieser Text wurde zur LTW 2010 in NRW beschlossen und macht deutlich, wie wichtig die für unsere Gesellschaft und unsere Welt im Ganzen ist. Gerade die Nachhaltigkeit und vor allem die von den Piraten immer wieder geforderte Transparenz stehe hier im Mittelpunkt. Das Parteiprogramm der Piraten muss sich auch mit diesem Themenkomplex weiterentwickeln! Dies kann und darf nicht bei einer länderspezifischen Aussage bleiben, es muss grundlegend für uns als Piraten definiert werden. Es bietet sich an, den Text von NRW zu übernehmen.

Änderungsantrag Nr.

TE019

Beantragt vonAcamir**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

persönliche Freiheit, keine Diskriminierung, keine Zwangsarbeit,
kein Lohndumping

Schlagworte Contra

Mehrkosten im Sozialsystem, unpatriotisch

Beantragte Änderungen

Das Parteiprogramm soll durch folgenden Punkt ergänzt werden:

Die Piratenpartei spricht sich gegen jede Form der allgemeinen Dienstpflicht aus. Ein Zwangsdienst ist nicht mit den piratigen Werten Freiheit und selbstbestimmtes Leben vereinbar. Stattdessen wollen wir Verbesserungen im Bereich der freiwilligen Dienste. Die Bezüge für Dienstleistende eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres sollen denen der für die gleiche Arbeit fest angestellten Mitarbeiter angeglichen werden. Um die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft zu erhalten, soll jedem tauglichen deutschen Staatsbürger die Möglichkeit gegeben werden für einen begrenzten Zeitraum Wehrdienst zu leisten.

Begründung

Die Wehrpflicht hat mit dem Ende des Kalten Krieges ihre Existenzberechtigung verloren. Für die heutigen Aufgaben der Bundeswehr werden Spezialisten benötigt, keine Volksarmee. Die jetzige Einberufungspraxis ist diskriminierend, da nur eine kleine Personengruppe (körperlich fitte Männer) eingezogen wird. Eine allgemeine Dienstpflicht als Alternative hätte diese Nachteile zwar nicht, dafür aber andere: Menschen werden gezwungen zu Niedrigstlöhnen zu arbeiten und verdrängen damit besser bezahlte reguläre Jobs (staatlich gefördertes Lohndumping). Außerdem verschiebt sich für die Betroffenen der Beginn einer weiterführenden Ausbildung. Nicht zuletzt ist ein Zwangsdienst eine massive Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Änderungsantrag Nr.

TE020

Beantragt vonBernd Brincken**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Parteitag möge beschließen, folgenden Text dem Parteiprogramm hinzuzufügen:

Verteidigungspolitik

Aufgabe der Bundeswehr ist gemäß Grundgesetz die Verteidigung des deutschen Gebiets bei einem Angriff von außen. Die Piratenpartei steht dafür, dass es dabei bleibt.

Gründe, deutsche Soldaten in andere Länder zu senden, können nur Beobachter- und Friedensmissionen (peacekeeping) der Vereinten Nationen sein, die jeweils einer Resolution des UN-Sicherheitsrates und der Zustimmung aller Konfliktparteien bedürfen.

Die Piratenpartei wird andere Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht zulassen. Laufende Einsätze sind schnellstmöglich zu beenden.

Weiterhin steht die Piratenpartei für eine strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit. Die Bundeswehr darf ausschließlich für letztere eingesetzt werden.

Begründung

Hinweis: Abgestimmt wird über den Antrag – nicht die Begründung. Diese nennt Gründe, die der Antragsteller sah – andere mögen andere erkennen.

Bei der Frage des militärischen Gewalteinsatzes ist die Aufrechterhaltung von Grundsätzen sinnvoll. Vor dem Hintergrund des zweiten Weltkriegs wurden 1945 in der Charta der Vereinten Nationen und 1948 im deutschen Grundgesetz wesentliche Regeln für militärische Einsätze festgelegt.

Die Piratenpartei Deutschlands ist sich der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner bewusst. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass unsere Armee, die für den Verteidigungsfall geschaffen wurde, sich an Kampfeinsätzen im Ausland und dort am gezielten oder auch ungewollten Töten beteiligt.

Der Afghanistan-Einsatz zeigt, wie sich ein Mangel an Orientierung und an Vertrauen auf die 1945/48 geschriebenen Regeln "einrütteln" kann, wenn die Politik sich an kurfristigen Opportunitäten ausrichtet.

Der US-geführte Krieg in Afghanistan wurde seinerzeit mit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 auf das World Trade Center in New York und andere Einrichtungen begründet. Dabei berief man sich auf das "Recht zur Selbstverteidigung", das gemäß Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen [\[11\]](#) beansprucht wurde. Jedoch war damals schon nicht erwiesen, dass die Drahtzieher der Anschläge aus Afghanistan kamen oder diese dort geplant wurden. Bis heute, nachdem man reichlich Zeit zum Suchen von Beweisen hatte, haben sich die Hinweise nicht verdichtet.

Wiederum, selbst wenn man Afghanistan als Ausgangspunkt der Anschläge sehen möchte, ist eine Intervention völkerrechtlich an strenge Kriterien gebunden – nach UN-Charta soll Selbstverteidigung nur für Fälle gelten, bei denen es "einen überzeugenden Beweis nicht nur bloßer Drohungen und möglicher Gefahren gibt, sondern eines bereits vorbereiteten Angriffes..." ([\[21\]](#)). Diese fehlende Legitimation erkennend wurde von US-Seite der Begriff der "humanitären Intervention" eingeführt, der jedoch militärische Gewalt ebenso wenig durch das Völkerrecht deckt wie die Formel von der Selbstverteidigung.

Der Bundeswehr-Einsatz erfolgte im Zuge der US-Initiative als deren Bündnispartner in der NATO. Der Einsatz aber ist für sich genommen auch nach deutschem Recht fragwürdig: Artikel 115 a des Grundgesetzes definiert den Verteidigungsfall unmißverständlich als "die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht." ([\[31\]](#)). Artikel 26 GG wiederum verbietet eindeutig die Teilnahme an einem Angriffskrieg ([\[41\]](#)).

Neben den juristischen Einwänden muss aber auch der militärisch-operative und der politische Nutzen des Einsatzes in Frage gestellt werden. Die Konzeption, in dem Land – nach der Beendigung der Taliban-Herrschaft durch die US-Kräfte – nun u.a. durch die Bundeswehr den "Wiederaufbau" zu sichern, geht offensichtlich nicht auf. Vielmehr wird allein die Anwesenheit fremder Kämpfer auf ihrem Gebiet – auch wenn diese zivilen Aufbau unterstützen – von vielen Afghanen offenbar als Provokation und Legitimation für bewaffneten Widerstand gesehen. Selbst die Haltung des Nachbarlandes Pakistan zu den westlichen Truppen ist ambivalent ([\[51\]](#)).

Die jüngsten Ereignisse vom 2. April mit dem Tod von drei deutschen und fünf afghanischen Soldaten ([\[61\]](#)), weiterhin auch einigen Taliban, zeigen, dass ein "Eingraben" durch sichere Ausrüstung ([\[71\]](#)) und gute Organisation von der Gegenseite verstanden und durch angepasste Taktik wirksam bekämpft werden kann. Somit ist auch rein militärisch gesehen die Effizienz der Bundeswehr-Einsätze fraglich.

Die Bundeswehr kann also in dem fernen Land wenig Gutes bewirken – weder für deutsche, noch amerikanische, noch afghanische Interessen. Hinzu kommt die mangelnde rechtliche Legitimation. Schließlich wird auch von der deutschen Öffentlichkeit seit Jahren der Abzug aus dem Lande gefordert ([\[81\]](#), [\[91\]](#), [\[101\]](#)).

Die Piratenpartei setzt grundsätzlich auf Kommunikation als Mittel von Veränderung. Jedoch kann man, gerade wenn man die Bedeutung von Demokratie und Meinungsaustausch anerkennt, diese Errungenschaften nicht anderen Ländern oder Gruppen überstülpen. Das bessere gesellschaftliche Konzept wird nicht erreicht, wenn es nicht in der jeweiligen Region von den dortigen Menschen aus eigenem Antrieb und eigenen Lernprozessen wächst. Und es wird zusätzlich auch in deren Augen diskreditiert, wenn fremde Mächte, zudem ohne Einsicht in die innere Struktur der jeweiligen Gesellschaft, mit Waffen auftreten, wobei immer wieder auch Zivilisten zu Tode kommen.

Die Piratenpartei möchte daher den Einsatz der Bundeswehr grundsätzlich engen Regeln unterwerfen, nicht um – im Falle Afghanistan – der öffentlichen Meinung nachzugeben, oder etwa aus einer Ideologie oder Grundhaltung heraus, sondern allein aus der Betrachtung und Bewertung der sichtbaren Fakten und Zusammenhänge.

UPDATE: Am 14.4. habe ich den Antrag auf eine allgemeine Aussage zum Bundeswehr-Einsatz umgestellt, und den Termin gestrichen, ebenso die Begründung ergänzt. Bitte ggf. prüfen, ob man seine Stimme nun anders setzen möchte. 16.4.: Begründung etwas erweitert. --[Bernd](#)

Änderungsantrag Nr.

TE021

Beantragt von

✉ [Heide Hagen, benny](#) // Mitgearbeitet und uns beraten haben: Hans Cousto [Eve&Rave Net](#), Steffen Geyer [usualRedant](#) und Jan Ludewig

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Suchtpolitik

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Suchtpolitisches Grundsatzprogramm der Piratenpartei

Von Alters her ist Rausch Bestandteil jeder Kultur. Diese Tatsache erfordert es, sich vorurteilsfrei mit Rauschmitteln auseinander zu setzen, um mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die bisherige, repressive, fast einseitig auf Abstinenz abzielende Drogenpolitik ist offensichtlich gescheitert: Sie schuf einen Schwarzmarkt, der weder Jugendschutz noch Qualitätskontrolle kennt und überdies die Rechte von Nichtkonsumenten ignoriert.

Die Piraten folgen einer auf wissenschaftlichen Fakten beruhenden Suchtpolitik, die durch ideologiefreie Aufklärung Eigenverantwortung ermöglicht, Risikokonsumenten Hilfe anbietet und Nichtkonsumenten schützt.

Strafen für lediglich selbstschädigendes Verhalten lehnen Piraten ab.

Begründung

Wir wollen zunächst nur die grundsätzliche Haltung der Piratenpartei zur Suchtpolitik formulieren und den Text kurz halten, da dieser die Grundlage für ein auf wissenschaftlichen Fakten basierendes, suchtpolitisches Grundsatzprogramm ist.

Zudem sprechen wir konsequent von Suchtpolitik, weil die Ursache von Abhängigkeitserkrankungen nicht die gebrauchten Substanzen sind, sondern das Verhalten des Konsumenten. Die Notwendigkeit, von einer reinen Drogenpolitik (Fokus auf die gebrauchten Substanzen) zu einer allgemeinen Suchtpolitik (Fokus auf das Verhalten des Konsumenten) überzugehen, zeigt sich nicht zuletzt in der Verbreitung nichtstoffgebundener Süchte, wie z.B. Spielsucht, Kaufsucht oder Magersucht.

Ideologiefreie Aufklärung bedeutet für uns, sich ohne Vorurteile und erhobenem Zeigefinger mit Sucht auseinander zu setzen.

Wir bedanken uns für die bisher eingebrachte, konstruktive Kritik, freuen uns auf einen weiteren Meinungsaustausch und begrüßen Eure Mitarbeit.

Änderungsantrag Nr.

TE022

Beantragt vonAaron Koenig**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Ich beantrage, ein "Piraten-Manifest" in das Parteiprogramm aufzunehmen. Es soll für alle Mitglieder verbindlich sein und als Leitlinie für die Erarbeitung konkreter politischer Positionen dienen.

Der unten stehende Text soll dabei lediglich als Diskussionsgrundlage dienen. Wichtig ist mir

1. dass es überhaupt eine gemeinsame politische Grundlage für alle Piraten gibt

2. dass sich die Piraten als progressiv-libertäre Partei positionieren, mit einem klaren Bekenntnis zur persönlichen Freiheit und einem kritischen Staatsverständnis

Vorschlag für ein

PIRATENMANIFEST [BETA]**Piraten lieben die Freiheit**

Wir sind davon überzeugt, dass Freiheit das höchste menschliche Gut ist. Darunter verstehen wir unter anderem die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Partnerwahl, die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und die Religionsfreiheit (die auch die Freiheit einschließt, keine Religion zu haben). Diese Freiheiten gelten für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Freiheit ist keineswegs selbstverständlich. Sie musste über die Jahrhunderte gegen autoritäre Mächte wie die christliche Kirche, absolute Monarchen und totalitäre Diktatoren erkämpft werden. Auch heute muss die Freiheit verteidigt werden, zum Beispiel

- gegen die Einführung eines Überwachungsstaates, der durch Verfahren wie Internetsperren und Vorratsdatenspeicherung seine Bürger immer stärker kontrolliert

- gegen die ausufernde Bürokratie eines Staatsapparates, der unter dem Vorwand, sich um das Wohl seiner Bürger zu kümmern, ihnen immer mehr Freiheiten beschneidet

- gegen die Ausbreitung totalitärer Ideologien auf religiöser Basis

Piraten sind für die Werte der Aufklärung

Die Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Demokratie, die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Prinzip der Trennung von Religion und Politik sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Wir verteidigen diese Werte der Aufklärung gegen jeden Angriff durch totalitäre Ideologien, ob von rechts, von links oder aus der religiös-fundamentalistischen Richtung.

Piraten sind für die klare Trennung von Religion und Politik

Religiöse Anschauungen sind die Privatsache jedes einzelnen. Sie werden toleriert, solange sie nicht die Freiheit anderer Bürger einschränken oder gefährden. Den Missbrauch der Religionsfreiheit zur Durchsetzung politischer Ziele lehnen wir ab.

Piraten sind für direkte Demokratie

Wir sind dafür, in Deutschland eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild einzuführen. Alle vom Parlament beschlossene Gesetze können per Volksbegehren abgelehnt und verändert werden. Verbindliche Volksentscheide auch auf Bundesebene können von den Bürgern mit einer Mindestzahl vom Unterstützerunterschriften beantragt werden.

Piraten sind für die Solidargemeinschaft

Die Gesellschaft ist eine Solidargemeinschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren schützen. Ihr Ziel ist es, die Freiheit ihrer Mitglieder zu erhöhen und fördern. Solidarität sollte über Freiwilligkeit und die Einsicht in den Vorteil für alle, nicht über staatlichen Zwang erreicht werden.

Piraten sind für die freie Marktwirtschaft

Wir sind davon überzeugt, dass die freie Marktwirtschaft nach wie vor das beste aller Wirtschaftssysteme ist. Das System der freien Märkte krankt jedoch an einer falschen Geldpolitik, die zu Inflation und Verschuldung führt. Wir sind daher für eine Modernisierung des Geldsystems und den Rückzug des Staates aus der Geldschöpfung.

Piraten sind gegen den Obrigkeitstaat

Wir sind gegen jede Form obrigkeitstaatlichen Denkens, das sich zum Beispiel in Begriffen wie „Vater Staat“ oder „Staatsräson“ ausdrückt. Demokratie heißt: die Bürger haben sich freiwillig zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, weil es Aufgaben gibt, die nur gemeinsam erledigt werden können. Die Freiheit des Einzelnen ist dabei stets zu gewährleisten.

Begründung

Das bisherige Parteiprogramm eignet sich nicht als Basis für die Erarbeitung politischer Lösungsvorschläge. Außer beim Konsensthema Datenschutz klaffen die Meinungen der Parteimitglieder z.B. in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, offensichtlich weit auseinander. Die Piraten müssen sich im Koordinatensystem libertär/interventionistisch sowie progressiv/konservativ klar positionieren, um langfristig in der Politik eine Rolle zu spielen. Dies mag kurzfristig zu Parteiaustritten führen, da es hier nicht um Kompromisse, sondern um

eine klare Grundhaltung geht. Durch die Einigung auf ein Manifest, von dem sich viele politische Positionen ableiten lassen, vermeiden wir jedoch in Zukunft Flügelkämpfe und Detailstreits. Ich plädiere für die Kombination einer libertär-staatskritischen Haltung mit einem gesellschaftlich progressiven, humanistischen Ansatz. Diese Kombination passt meiner Ansicht nach gut zu den Piraten und ist im deutschen Parteienspektrum bisher nicht vertreten.

Änderungsantrag Nr.

TE023

Beantragt vonJorges**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Existenzsicherung, Grundsicherung, Grundeinkommen

Schlagworte Contra

anstrengungsloser Wohlstand, spätrömische Dekadenz

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text unter einem neuen Punkt (z.B. "Wirtschaft und Soziales") in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe

Jeder Mensch hat das bedingungslose Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. In unserer Geldwirtschaft ist dazu ein Einkommen notwendig.

Wenn ein Einkommen nur durch Arbeit erzielt werden kann, muss zur Sicherung der Würde aller Menschen Vollbeschäftigung herrschen. Existenzsichernde Vollbeschäftigung ohne staatliche Intervention ist jedoch nicht mehr zu erreichen. Öffentliche Mittel müssen also in jedem Fall bereitgestellt werden.

Staatliche Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen hat sich aber oft weder als zielführend noch nachhaltig erwiesen. Ebenso sehen wir staatlich finanzierte Arbeitsplätze mit dem vorrangigem Ziel der Existenzsicherung als einen unnötigen Umweg.

Statt weiterhin Vollbeschäftigung als Ziel zu verfolgen, soll ein Einkommen zur Existenzsicherung direkt garantiert werden. Nur dadurch ist die Würde jedes Menschen ausnahmslos gesichert. So wie heute bereits u.a. öffentliche Sicherheit, Verkehrswege und weite Teile des Bildungssystems ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, soll auch Existenzsicherung Teil der Infrastruktur werden.

Eine sichere Existenz stellt zudem die Grundlage für die Entfaltung des wirtschaftlichen und sozialen Potenzials jedes Menschen dar. Sie ermöglicht und erleichtert unbezahlte Tätigkeiten, beispielsweise die Pflege von Angehörigen, die Fürsorge für Kinder, unabhängigen Journalismus, politisches Engagement oder die

Schaffung von Kunst und Freier Software. Davon profitiert die ganze Gesellschaft.

Wir setzen uns daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Arbeit garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.

Begründung

Bevor wir ein konkretes Konzept für ein Grundeinkommen oder Grundsicherung unterbreiten, sollte zunächst deren Ziel klar sein, fest stehen und von einer breiten Mehrheit getragen werden. Dafür soll dieser Text in das Parteiprogramm unter einen neu einzufügenden Punkt, z.B. "Wirtschaft und Soziales".

Hinweis: Es gibt bereits einen Antrag zur schrittweisen Einführung eines Grundeinkommens. Aus o.g. Gründen stelle ich aber diesen hier auch, eine Konkurrenz ist jedoch nicht beabsichtigt.

Änderungsantrag Nr.

T024

Beantragt von

Piratesse, Alexander Morlang, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Tor, JAP, Freifunk, Rechtssicherheit

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Für alle Formen offener, anonymer Netzzugangssysteme (z.B. Freifunk, Tor, JAP) fordern wir eine rechtliche Absicherung des Dienstanbieters. Diese sind von der Haftung freizustellen:

Betreiber aller Formen anonymer Netzzugangssysteme sind nicht verantwortlich für den Datenverkehr, der durch andere über den freigegebenen Netzzugang bewirkt wird.

Die Beweislast liegt beim Kläger.

Begründung

Durch die Freistellung von der Haftung erlangen die Dienstanbieter[check] Rechtssicherheit.

Vergleiche auch: [Version 2](#)

Änderungsantrag Nr.

T025

Beantragt vonPiratesse, Alexander Morlang, Andreas Pittrich**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Tor, JAP, Freifunk, Rechtssicherheit

Schlagworte Contra

Unbeabsichtigte Verpflichtungen

Beantragte Änderungen

Für alle Diensteanbieter offener, anonymer Netzzugangssysteme (z.B. Freifunk, Tor, JAP) fordern wir, dass für sie eine Anmeldung bei der Bundesnetzagentur analog zu Telekommunikationsgesetz §6 Abs.1 möglich wird.

Betreiber aller Formen anonymer Netzzugangssysteme sind nicht verantwortlich für den Datenverkehr, der durch andere über den freigegebenen Netzzugang bewirkt wird. Die Beweislast liegt beim Kläger.

Begründung

Durch die Anmeldung bei der Bundesnetzagentur ist als Rechtsfolge die Haftungsfreiheit auch nichtgewerblicher Anbieter für durch ihre Knoten geleiteten Datenverkehr gesichert.

Bei dieser Fassung besteht die Gefahr, daß durch die Anmeldung auch neue Pflichten für Knotenbetreiber entstehen. Vergleiche daher:

Version 1

Änderungsantrag Nr.

TE026

Beantragt von[NineBerry](#)**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Folgender Text soll dem Parteiprogramm am Ende hinzugefügt werden.

Selbstbestimmtes Leben

Die neuen globalen Kommunikations- und Verkehrsmittel überwinden Grenzen und Entfernungen, auch im übertragenen Sinne. Im weltweiten Kommunikationsnetz treffen Menschen verschiedener Länder, Generationen, Schichten und Kulturkreise aufeinander und tauschen Informationen, Meinungen, Ideen, Geschichten und Erfahrungen aus. Dies schafft bisher unvorstellbare Möglichkeiten für jeden Menschen, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen selbst zu gestalten und andere Menschen zu finden, mit denen zusammen er dies tun kann.

Es ist unser Ziel, die freie Entfaltung von Menschen zu fördern. Wir wollen uns dafür in Deutschland und weltweit einsetzen.

Begründung

Ich glaube, dass man viele der Piraten grob in die Gruppe der Humanisten einordnen kann und dass diese für eine offene und vielfältige Gesellschaft stehen, in der Menschen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen gestalten können. Im bisherigen Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm und dem Manifest der schwedischen Mutterpartei gibt es dazu auch schon einige Hinweise, es ist aber im Grundsatzprogramm noch nicht deutlich formuliert.

Das möchte ich hiermit ändern.

Politikimplikationen:

Aus dieser Einleitung ergeben sich keine konkreten Forderungen. Es wird hervorgehoben, dass wir die Selbstbestimmung von Menschen betonen und dass dazu auch gehört, dass sich Menschen mit gleichen Interessen finden und gemeinsam ihren Interessen nachgehen können. Wir streben dies nicht nur für Deutschland an, sondern wollen uns auch in anderen Ländern für individuelle Freiheit einsetzen. Dies kann nicht allein oder vorrangig durch Zwang geschehen, sondern muss

dadurch funktionieren, dass man den Einzelnen die Gelegenheit dazu geben muss. Ein freier Internetzugang ist ein wichtiger Teil dabei.

Die ist nur die Einleitung zu einem Kapitel von drei konkreten Unterpunkten. Diese sind:

- **Einleitung**
- Pluralismus
- Barriieren abbauen
- Weltanschauliche Erziehung

Der vorher hier auch stehende Punkt zum Thema "Säkularer Staat" wurde in einen vollständig separaten Antrag ausgegliedert.

Änderungsantrag Nr.

TE027

Beantragt von

AG Bauen und Verkehr, vertreten durch Rico Bogacz und Thomas Gaul
(Koordinatoren der AG)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen, die folgenden Formulierungen in das Parteiprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen:

Bauen und Verkehr

Eine nachhaltige Entwicklung des Verkehrs, des Bauens und der Stadtentwicklung hat angesichts der ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. Die Überwindung der Folgen des demographischen Wandels und der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung müssen durch eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten erreicht werden. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören die Bereitstellung eines klimafreundlichen Verkehrsangebotes, die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes, die Reaktivierung von brachliegenden Flächen, der Erhalt von historisch bedeutsamer Bausubstanz und von städtischen und ländlichen Strukturen, die Vermeidung der Zersiedelungen von Landschaft und Natur und der Erhalt von zusammenhängenden Kulturlandschaften. Die intrakommunale und interkommunale sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist dabei in allen Bereichen der Planung zu intensivieren.

Bauen und Wohnen

Zur Würde des Menschen gehört auch würdevolles Wohnen, Wohnraum muss daher für jedermann bezahlbar sein. Gentrifikation ist durch integrierte, partizipative und transparente Planung, sowie stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte entgegenzuwirken. Die Entwicklung von Baukultur muss ein gemeinsames, öffentlich gefördertes Anliegen sein. Bei allen baulichen Maßnahmen soll auf die natürlichen Ressourcen, also Natur und Landschaft, besondere Rücksicht genommen werden. Eine Zersiedelung der Landschaft ist zu vermeiden.

Öffentliche Fördermittel sollen vorrangig in die Sanierung und die energetische Ertüchtigungen von Altbauten fließen. Alle öffentlichen und wirtschaftlich genutzten Bauten sind barrierefrei, kind- und altersgerecht zu errichten, Altbauten möglichst entsprechend zu modernisieren. Bauen ist auch Verantwortung, daher muss sichergestellt werden, dass bei allen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen nur geeignete Fachkräfte und Unternehmen tätig werden können. Die Bauwirtschaft und ihre Auftraggeber sind stärker als bisher zu kontrollieren. Alle öffentlichen Aufträge und Vergaben sollen transparent und nachvollziehbar veröffentlicht werden und kontrollierbar sein. Die Bauaufsicht als Kontrollinstanz ist deutlich zu verstärken.

Verkehr und Infrastruktur

Mobilität ist in der heutigen Gesellschaft ein wesentliches Merkmal für Lebensqualität und Entwicklungschancen der Bevölkerung. Die Infrastruktur einer gesicherten Versorgung mit Energie und Gütern gehört zu einer zivilisierten Gesellschaft. Kennzeichen einer entwickelten Wirtschaftsordnung ist auch der sparsame Umgang mit Rohstoffen, die Wiederverwertung von Ressourcen und der verantwortungsvolle und sparsame Umgang mit finanziellen Mitteln.

Wir erkennen die unterschiedlichen Bedingungen der Infrastruktur und erstreben Wettbewerb, wo er die Bildung von Monopolen und Oligopolen verhindert. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Monopole aufzulösen und plädieren für eine Infrastruktur in staatlicher Trägerschaft, wenn Wettbewerb aus strukturellen Gründen nicht möglich ist. Für dieses Ziel sind differenzierte Lösungen und das Überwinden festgefariger Denkschemata nötig. Örtliche und überörtliche Versorgungsinfrastruktur müssen sich den Veränderungen durch die Bevölkerungsentwicklung anpassen können. Verkehrsbeziehungen sind möglichst zu bündeln. Dabei haben in der Planung Verkehrsmittel Vorrang, die ökonomisch und ökologisch langfristig die beste Bilanz vorweisen können.

Stadtplanung und Regionalplanung

Alle Planungen der öffentlichen Hand dienen einer gerechten Abwägung öffentlicher und privater Interessen im Zusammenleben der Menschen. Planung ist unverzichtbar und darf nicht zugunsten einseitiger Interessen eingeschränkt oder aufgegeben werden. Planung soll immer ein ausgewogenes Mit- und Nebeneinander von Bedürfnissen des Wohnens, des Arbeitens, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Infrastruktur, der Kommunikation, der Bildung, des Sports und Kultur sowie der Freizeitgestaltung regeln.

Auf allen Entscheidungsebenen (Bund, Land, Kommunen) soll die jeweils betroffene Bevölkerung in offenen Verfahren rechtzeitig und umfassend beteiligt und informiert werden. Ihre Bedürfnisse sollen entsprechend berücksichtigt werden. Unkomplizierte und effektive Verfahren zur Bürgerbeteiligung müssen dabei entwickelt und konsequent ausgebaut werden. Alle für die Planung relevanten Informationen und Grundlagen sind öffentlich zugänglich zu machen und zu erläutern.

Begründung

Die AG Bauen und Verkehr entwickelt ein detailliertes Programm zu den Bereichen Bauen, Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung und Regionalentwicklung für die Piratenpartei Deutschland. Das hier dargestellte Grundsatzprogramm für diesen Bereich soll in das Parteiprogramm aufgenommen werden. Es werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele formuliert.

Dieses Parteiprogramm soll die Leitlinie für die weitere Entwicklung von detaillierten Wahlprogrammen zum Bereich "Bauen und Verkehr" der Piratenpartei Deutschland darstellen. Weitere Ausformulierungen

dieses Parteiprogramms für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 sind bereits unter [AG Bauen und Verkehr/Programm](#) zu finden – diese sind allerdings ausdrücklich nicht Bestandteil dieses Antrages.

Änderungsantrag Nr.

TE028

Beantragt von

AG Drogen, vertreten durch Jochen Löblein, Koordinator & Sprecher
Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Hiermit reiche ich im Namen der AG Drogen der Piratenpartei folgenden Text zur Ergänzung in das Politische Programm der Piratenpartei ein, zur Vorlage auf dem 1. Bundesparteitag 2010 in Bingen am 14. und 15. Mai:

Eine Neue Drogenpolitik

Die Piratenpartei Deutschland steht für eine repressionsfreie Drogenpolitik und will ein Ende der gescheiterten Prohibition. Die Bevormundung der Bürger verstößt gegen die Grundüberzeugungen der Piratenpartei. Wir lehnen die sachlich unbegründete Unterscheidung nach legalen und illegalen Drogen ab und fordern die objektive Bewertung aller psychoaktiven Substanzen.

Notwendige Regelungen im Rahmen einer neuen Drogenpolitik bedürfen der Einbeziehung aller Bürger in die Gestaltung ideologiefreier und realitätsorientierter Konzepte. Gesetze, Verordnungen und Abgaberegelungen dürfen nur zum Schutz vor tatsächlichen Gefahren erlassen werden, nicht aufgrund ideologischer Argumente.

Wir sehen im Recht zu einem verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit Rausch- und Genussmitteln ein wesentliches Element der persönlichen Freiheit. Ein einfacher und unzensierter Zugriff auf alle notwendigen Informationen ist zu gewährleisten. Jeder soll sich der Verantwortung bewusst sein, Kinder und Jugendliche sachlich über die Gefahren des Rauschmittelkonsums zu informieren. Ein wirksamer Jugendschutz ist den PIRATEN sehr wichtig und kann nicht nur durch Reglementierung und Verbote erreicht werden. Es braucht neue Wege in der Aufklärung, zusammen mit Schulen, Eltern und den Jugendlichen selbst.

Die Piratenpartei befürwortet die Zulassung bislang illegaler Drogen zu medizinischen Zwecken. Welche Substanzen zur Behandlung verwendet werden, ist Sache des behandelnden Arztes und des aufgeklärten Patienten. Es muss umfassend über die Gefahren aufgeklärt werden. Der Patient darf in der freien Wahl der Behandlung aber nicht eingeschränkt werden.

Einstimmig beschlossen von der AG Drogen in der Sitzung vom 8. April 2010.

Umarbeitung durch die Mitglieder der AG Drogen auf der Sitzung vom 15. April 2010.

Begründung

Wir haben über die letzten Wochen und Monate versucht die zahlreichen Initiativen zu dem Thema in einem ausgewogenen Vorschlag zu bündeln und haben uns die Anregungen der Piraten dabei zu Herzen genommen. Wir hoffen dass wir eure Zweifel ausräumen konnten und einen konsensfähigen Vorschlag zu diesem wichtigen Thema erreicht haben. Alle interessierten Piraten sind herzlich dazu eingeladen sich an einer neuen, piratigen Drogenpolitik zu beteiligen und die Mitglieder der AG Drogen sind stets offen für Fragen und Anregungen. Bis bald in Bingen und danke für eure bisherige Unterstützung!

Änderungsantrag Nr.

TE029

Beantragt vonBragi Dieser Antrag kommt NICHT von der AG Umwelt.**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte ProUmwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcen, Umweltschutz,
Energieversorgung, Klimaschutz**Schlagworte Contra**

Verschwendungen, Ausbeutung, Atomkraft

Beantragte Änderungen

Dem Parteiprogramm möge unter der gegebenenfalls am Ende des Programms neu zu erstellenden Überschrift "Umwelt" folgender Abschnitt hinzugefügt werden:

Wir wollen einen ethisch vertretbaren und verantwortungsvollen Umgang mit dem Leben. Hierfür müssen neue Normen geschaffen werden, die einklagbare Rechte darstellen, wie man mit Lebewesen jeder Art und dem Ökosystem umzugehen hat. Weiter streben wir eine gesetzliche Festschreibung artgerechter Tierhaltung und Zuchtmethoden, sowie eine bestmögliche Vermeidung von Tierversuchen an. Für Tierhalter sollen bessere Schulungsangebote, für einen verantwortlichen Umgang mit dem Tier, ohne Gewalt geschaffen werden.

Begründung

Der Antrag 4a und 4b der von der AG Umwelt beantragt wird, scheint keine Mehrheit zu bekommen. Auf die Kritik haben sie bisher nicht reagiert, weshalb ich hier einen weiteren Antrag stelle der die Kritik beachtet. Die Änderungen zu 4a:

1. Es heißt nicht mehr "umfassende Vermeidung" bei den Tierversuchen
2. Der Vandalismus wurde entfernt, da er missverständlich war
3. Die einklagbaren Rechte wurden sinnvoller formuliert

Alle weiteren Informationen zu diesem Antrag findet man in dem Antrag 4a der AG Umwelt.

Achtung Kollisionen

[Antragsfabrik/AG Umwelt Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 4a](#)
[Antragsfabrik/AG Umwelt Präambel Parteiprogramm Umwelt Modul 4b](#)

Änderungsantrag Nr.

T030

Beantragt von

Miriam

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Einschränkung Bürgerrechte, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Einschränkung der Freiheit

Schlagworte Contra

Bündnispflicht, Sicherung der Verteidigung

Beantragte Änderungen

Das Partei- und Wahlprogramm soll durch folgenden Text ergänzt werden:

Die Wehrpflicht und der Zivildienst soll nach folgendem Stufenprogramm abgeschafft werden:

1a. Abschaffung des Wehrdienstgesetzes und des Zivildienstgesetzes

Die Änderung des Grundgesetzes ist für die Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes nicht umgehend erforderlich, Lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, kann die von der Verfassung geforderte militärische Landesverteidigung sowohl auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, aber auch wenn die Funktionsfähigkeit der Landesverteidigung gewährleistet ist, diese könnte durch eine Freiwilligenarmee erfolgen kann. (2 BvF 1/77 u.a., Urteil vom 13.04.1978).

Mittelfristig sollte § 12a des Grundgesetzes so umgestaltet werden, dass eine neue Wehrpflicht nur noch für den Verteidigungsfall, jedoch nicht für die anderen Bestandteile der Notstandsverfassung, wie Ausnahmezustand, Spannungsfall und Katastrophenfall gilt.

zeitgleich:

1b. Umwandlung der Wehrpflichtigenarmee in eine Freiwilligenarmee

Ohne jegliche gesetzliche Änderung kann seitens des Verteidigungsministeriums die Anzahl der einberufenen Wehrpflichtigen eingeschränkt bzw. auf ein Minimum begrenzt werden. Der Dienst in der Freiwilligenarmee sollte weiterhin in stark gestaffelten Zeiten geleistet werden können, angefangen von Dienstzeiten von 2 bis 5 Jahren bis zur Verpflichtung von 15 Jahren und mehr. Durch die Mischung der Freiwilligen mit unterschiedlicher Dienstdauer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich feste Strukturen als Staat im Staat bilden geringer. Durch den fortlaufenden Wechsel kann sowohl die soziale als auch die technische Kompetenz erhöht werden. Weiterhin sollten Befehlsgewalten möglichst routierend vergeben werden, um auch hier die Bildung von Strukturen zu verhindern.

NEU: Der Einsatz der Bundeswehr sowie der späteren Freiwilligenarmee

bei Auslandseinsätzen, die im Rahmen von Bündnispflichten Und/oder im Auftrag der UNO erfolgen, ist auf die Herstellung und Verbesserung der Infrastruktur, die Herstellung und Verbesserung der medizinischschen Versorgung der einheimischen Bevölkerung sowie der Ausbildung von einheimischen Sicherheitskräften bei Beachtung der Gedanken der Durchsetzung der Demokratie, zum Schutz von Einrichtungen und der einheimischen Bevölkerung beschränken. Ein Kampfeinsatz oder die Beteiligung an einem Angriffskrieg sind kategorisch auszuschließen.

2. Einführung eines temporär begrenzten Freiwilligen Dienstes ohne Altersbeschränkung und Geschlechtsspezifikation

Das Ziel der Einführung der Freiwilligen Dienste sollte in erster Linie die Fortführung des eigenen Interesses für den betreffenden Bereich sein, unabhängig, ob diese Naturschutz, Umweltschutz, Landschaftspflege oder sozialen Diensten betreffen. Engagierte Bürger setzen Aufgaben besser um, als dies es innerhalb von Zwangsdiensten erfolgt. Jeder, der volljährig ist und gesundheitlich geeignet, sollte diesen Freiwilligen Dienst absolvieren können, entweder aus eigenem Engagement heraus oder auch als Aufbau für eine spätere Beschäftigung im betreffenden Bereich.

Ergänzend hierzu sollte das Gesellschaftliche Engagement jedes einzelnen Bürgers durch die Ausführung von ehrenamtlichen Tätigkeiten gefördert und mehr anerkannt werden. Das Bewusstsein der Gesellschaft ist zu wecken, dass nur sie selbst etwas ändern kann und jede einzelne Aktivität dabei zählt.

3. Umstrukturierung der Einsatzbereiche des Zivildienstes – Schaffung von attraktiven Berufsbildern

Die Bereiche in den bisher der Zivildienst tätig war sind nicht auf die Zivildienstleistenden angewiesen, wenn Berufsbilder geschaffen werden, die den beruflichen Einsatz in diesen Bereichen attraktiver werden lassen. Die Hemmschwelle, diese Bereiche mit der eigenen Arbeitskraft zu besetzen, sollte durch abgestufte Qualifikation und bessere Vergütung der Berufsbilder überwunden werden.

Begründung

Der Verteidigung der Bürgerrechte und die stärkere Beachtung der Grundrechte ist Ziel der Piratenpartei Deutschland. Gemäß dem Grundgesetz Artikel 2, Absatz 2 hat jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich, in diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

In diese Freiheit wird mit der Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes eingegriffen, der 1968 dem Grundgesetz zugefügt wurde. Das Wehrpflichtgesetz und das Zivildienstgesetz schränken neben der persönlichen Freiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf Unverletzlichkeit der

Wohnung ein. Diese Einschränkungen der Bürgerrechte sind angemessen an der heutigen Situation Deutschlands nicht mehr tragbar. Es besteht weder eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die Wehrpflicht, noch besteht Wehrgerechtigkeit, nur ein Bruchteil der Wehrpflichtigen erhält heute eine Einberufungsbescheid.

Durch das Zivildienstgesetz für Kriegsdienstverweigerung gilt ebenfalls die Verletzung der Bürgerrechte aufgrund des Einforderung dieser Pflicht und der damit verbundenen Einschränkungen in die Freiheit des einzelnen Bürgers.. Während Wehrpflichtige nur noch zu einem geringen Prozentsatz einberufen werden, werden Kriegsdienstverweigerer, für die das Zivildienstgesetz gilt, abgesehen von Ausnahmeregelungen, komplett einberufen. Dies stellt zusätzlich eine Ungleichbehandlung dar und widerspricht somit dem Grundgesetz, insbesondere Art. 3. Abs. 3. Der Einsatz der Zivildienstleistenden erfolgt nicht - wie gesetzlich vorgeschrieben - arbeitsmarktunabhängig. In der Praxis ersetzen Zivildienstleistende Personalstellen, gerade im sozialen Bereich, aber auch in den Bereichen des Umweltschutzes und Naturschutzes.

Änderungsantrag Nr.

TE031

Beantragt von

[Aloa5](#) und [Nico.Ecke](#)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Wirtschaft und Patente

Das Patentrecht muss den Gegebenheiten und Erfordernissen von Erfindungen – den schöpferischen Leistungen der Erfinder – und deren technischen Umsetzung in der Neuzeit angepasst werden. Innovationen sind wichtige Faktoren für die zukünftige Wirtschaftsleistung, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und die Wohlstandsmehrung einer Gesellschaft. Einst wurden staatlich garantierte Patentrechte an Erfinder und Patentanmelder im Tausch gegen die Freigabe des Erfinder-Wissens erteilt. Durch die zentrale Dokumentation der Erfindung konnte die interessierte Öffentlichkeit an ihr teilhaben und mit dem Wissen der bekannten Erfindungen den weiteren technischen Fortschritt ausbauen.

Die Zeiten ändern sich jedoch – und mit ihnen auch die Rahmenbedingungen. Die Verfügbarkeit von Kapital, die benötigte Zeit für Entwicklung und weltweite Verbreitung sowie die Kosten der Patente inklusive des juristischen Beistands und der Patentrecherchen haben sich verändert. Der Sinn, den staatliche Patentrechte einmal hatten, wird durch die veränderte Wirklichkeit in Frage gestellt.

Die Folgen der patentrechtlichen Wettbewerbseinschränkungen und das monopolistische Alleinnutzungsrecht wirken sich zunehmend störend auf die Innovationsfreude der heutigen Wissensgesellschaft aus und führen zu Marktverzerrungen, welche die Vorteile des Patentrechts mehr als aufheben. Nachhaltige Preisdominanz, die nur wenigen am Markt teilnehmenden Personen zugute kommt, führt nachfolgend zu Verzerrungen in der Vermögensverteilung und auf dem Arbeitsmarkt. Aus einer geringeren Anzahl von konkurrierenden Wettbewerbern erwachsen dann weniger Beschäftigte und sich vergrößernde Lohnunterschiede.

Diese Monopolrechte müssen auf einen Prüfstand kommen und es muss nach sinnvollerem, alternativen Ausgestaltungsmöglichkeiten gesucht werden. Auf diese Weise kann man einen attraktiven Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und damit auch Arbeitsplätze und letzten Endes mehr Wohlstand schaffen.

Wir wollen das Erfinderrecht dahingehend ändern, dass hierdurch sowohl den berechtigten Interessen der schöpferischen Erfinder und der Patente anmeldenden Unternehmen als auch der Gesellschaft gleichberechtigt Rechnung getragen wird. Insbesondere zur Förderung der schöpferischen Leistung von Privaterfindern, kleinen und

mittleren Unternehmen wollen wir die Regelungen vereinfachen und die im derzeitigen Patentsystem hohen Kosten senken. Darüber hinaus soll im bestehenden Patentrecht die Lizenzierung deutlich vereinfacht werden. Ziel dabei ist, dass es für die zukünftigen Lizenznehmer einfacher wird, ein bereits patentiertes Produkt durch Zahlung einer festgelegten Lizenzgebühr an den Patentinhaber zu vermarkten. Das kann bei richtiger Ausgestaltung ein wirksames Instrument sein, um Sperrpatente - welche lediglich der Abschottung anderer Marktteilnehmer dienen - zu verhindern.

Monopole und Infrastruktur

So wenig Monopole wie möglich, aber so viele wie notwendig – das ist unser Ziel. Monopole des Staates werden wenn, dann im Auftrag des Bürgers gehalten oder errichtet. Sie müssen regelmäßig und sorgfältig darauf untersucht werden, ob die daraus resultierenden Vorteile für die Gesellschaft und für das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufes überwiegen. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Betrieb und Kontrolle der Monopole müssen diesen Erfordernissen entsprechen. Monopole dürfen gesellschaftliche Bedürfnisse wie soziale Kontakte, Kommunikation und den Zugang zu Wissen nicht in einem unvertretbaren Maße behindern und der Funktionsweise der Marktwirtschaft nicht schaden. Außerhalb von Monopolen/Oligopolen sorgt die Marktwirtschaft für eine dezentrale, innovative Struktur bei der Erzeugung von Waren und Dienstleistungen. Wir setzen unser ganzes Können und Wissen daran, den Wohlstand schädigende Monopolsituationen zu entschärfen. Die notwendigen Maßnahmen, wie Auflösung, Beschränkung oder Abmilderung der Monopolsituation wollen wir für jeden Einzelfall sorgfältig unter Einholung und Veröffentlichung von Expertenmeinungen prüfen und durchführen. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf künstlich geschaffene Monopole des Urheber- und Patentrechts sowie auf wichtige Elemente der Infrastruktur gelegt. Hiermit werden insbesondere das Schienennetz, der Energiesektor und auch das Telekommunikationsnetz angesprochen. Die Versorgung der Bürger muss sichergestellt sein und die Nutzung durch den Bürger darf nicht durch unangemessen hohe Preise oder Gesetze erschwert werden.

Subventionen, Steuervergünstigungen und Transparenz

Subventionen sind grundsätzlich zu vermeiden. Sie belasten den Steuerzahler und können ein kritisches Element der Marktbeeinflussung sein. Sowohl bei der Einführung als insbesondere auch durch eine darauf folgende Abschaffung von Subventionen können u.U. negative Folgen entstehen, weil sich Betroffene wie auch Märkte darauf einrichten. Daher wollen wir, dass vor der Einführung einer Subvention und auch während der Laufzeit eine sorgfältige Prüfung und Erfolgskontrolle durchgeführt wird. Subventionen sind nach Möglichkeit schon bei der Einführung immer degressiv (abfallend) im Sinne einer Anschubfinanzierung zu gestalten. Ausnahmen können zulässig sein, müssen aber besonders begründet werden. Eine dauerhafte Subvention, für welche keine von vornherein zeitliche

Befristung vorgesehen ist, muss eine erhebliche positive Folgewirkung für die Gesellschaft entfalten.

Die Transparenz von Subventionen muss gewährleistet sein. Daher sind direkte Subventionen zu bevorzugen, indirekte wie z.B. Steuervergünstigungen abzulehnen. Die Folgen sind neben einer verbesserten Erfolgskontrolle und Transparenz auch eine Vereinfachung von Steuererklärungen. Wir wollen besonders darauf achten, dass kein Zusammentreffen mehrerer sich gegenseitig beeinflussenden Subventionen auf einem Marktsegment stattfindet. Die Zuordnung einer Subvention muss sachgerecht erfolgen und nach außen gut erkennbar sein.

Arbeitsmarkt – Sozialversicherung

Arbeitsleistung erhöht den Wohlstand aller. Daher ist es ein Ziel der Piraten möglichst allen, welche solch eine Leistung gegen Entgelt erbringen wollen, dieses auch zu ermöglichen.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem benötigten Kapital in den Sozialversicherungszweigen und den Lohnkosten wird weiter zunehmen insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Frage der Finanzierung der sozialen Absicherung darf daher nicht zu einem Instrument für das Durchsetzen von Klientel-Interessen werden, sondern bedarf einer vorausschauenden und zukunftssicheren Planung. In diesem Zusammenhang muss ein Umbau zu einer verstärkten Steuerfinanzierung stattfinden. Dies hat unter anderem den Vorteil, das alle Einkommen und Einkommensarten berücksichtigt werden können und zudem Beitragsbemessungsgrenzen eine untergeordnete Rolle spielen. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik dürfen und können hier kein Widerspruch in sich sein sondern sind ergänzende Faktoren – Sozialpolitik ist auch Wirtschaftspolitik.

Fördern und ermöglichen

Bildung, insbesondere die Ausbildung der Bevölkerung ist als ein vorrangiges Ziel der Gesellschaft zu sehen aus welchem der Einzelne wie auch die Volkswirtschaft einen großen Nutzen ziehen. Gerade die Erstausbildung aber auch Weiterbildungen sind wie eine Arbeitsstelle zu werten und sollen auch zum Zwecke der Chancengleichheit jedem nach Möglichkeit gewährt werden. Die soziale Stellung darf kein Ausschluss-Kriterium für eine adäquate Aus- und Weiterbildung sein. Bei staatlich finanzierten oder organisierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen muss die Qualität der Maßnahmen vor der Quantität stehen.

Zentralbank-Politik und Bankenaufsicht

Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie zu ihrem Auftrag der Sicherung einer wertstabilen, gemeinsamen, europäischen Währung.

Der EZB sollen neben der Zinshoheit alternative Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, welche zur Erreichung ihres Auftrages

eingesetzt werden können. Diese schließen die Möglichkeit zur Festlegung von Mindestreserven von Finanzinstitutionen, der Risikovorsorge für unterschiedliche Finanzgeschäfte und die Festlegung der Arten und der erforderlichen Bonität akzeptabler Sicherheiten ein. Insbesondere sollte von den Ausgestaltungsmöglichkeiten für die Mindestreserve stärker Gebrauch gemacht werden. Das starre Inflationsziel der EZB wird durch einen breiteren Inflationskorridor ersetzt.

Die EZB setzt geeignete Mittel der Marktbeobachtung sowie der allgemeinen Bankenaufsicht zur Erhebung von Realwirtschaft- und Finanzmarktdaten ein. Die Analyse der Marktdaten dient der Justierung der EZB-Instrumente mit dem Ziel, einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf zu ermöglichen und frühzeitig auf Fehlentwicklungen im Finanz- und Bankensektor hinweisen zu können. Diese Analysen müssen in regelmäßigen Abständen publiziert und mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden.

Die Module werden auch einzeln zur Abstimmung eingereicht. Bitte auch dort nachsehen, weil z.T. Begründungen und Argumente mitgeliefert werden.

Begründung

{ {{Begründung} } }

Änderungsantrag Nr.

TE032

Beantragt von

Stephan Urbach

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Weniger Bürokratie, weniger Datensammlung

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden in Deutschland wie in der Industrie- und Handelskammer (IHK) oder den Handwerkskammern ist ein Beispiel für unnötige Bürokratie. Viele Unternehmer und Selbständige haben kein Interesse an deren Leistungen und kennen diese oft nicht einmal. Trotzdem ist jeder Gewerbetreibende und jeder Gründer einer Firma ab dem ersten Tag zur Beitragszahlung an die IHK verpflichtet. Zwar kostet die Zwangsmitgliedschaft in der IHK nicht viel, dieser Beitrag ist jedoch nach Ansicht vieler Unternehmer der sinnloseste Beitrag für die Verwaltung. Diese Zwangsregelung trifft besonders kleine Gewerbetreibende oder Handwerker hart, die keine Leistungen in Anspruch nehmen. Selbst inaktive Firmen oder Betriebe, die sich in Auflösung befinden, sind zu dieser Abgabe verpflichtet. Für Selbständige kommt erschwerend hinzu, dass deren private Einkünfte an die IHK beziehungsweise die Handwerkskammer übermittelt werden, da sich nach deren Höhe die Abgabenhöhe an die Kammern bemisst. Dies stellt nach Auffassung der Piraten eine eklatante Verletzung der Privatsphäre von Selbständigen dar. Die vielfach praktizierte Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden in Deutschland schränkt Unternehmer und Betriebe in ihrer Freiheit ein und bieten nicht durchgängig für den Zwangsbeitrag äquivalente Leistungen.

Die Piraten werden daher die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in Kammern und Verbänden abschaffen und durch eine freiwillige Beitreitsmöglichkeit ersetzen. Damit wird auch die Übermittlung der privaten Einkünfte von Selbständigen an die IHK beziehungsweise die Handwerkskammern beendet.

Begründung

aus dem NRW-Wahlprogramm an den Bund angepasst

Änderungsantrag Nr.

TE033

Beantragt von

AG Familie - Andre Krug

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Geburtenrate, Rente, demographischer Wandel

Schlagworte Contra

keine

Beantragte Änderungen

Über die folgenden Punkte soll getrennt abgestimmt werden.

1. Soziale Sicherheit

Die Piratenpartei strebt ein System sozialer Sicherheit an, in dem Lebensphasen, die eine Beteiligung am Erwerbsleben nicht ermöglichen (Kindheit, Ausbildung und Alter) gemeinschaftlich abgesichert werden, um die individuellen Risiken zu mindern. Dieser Weg eignet sich am besten, um für alle eine optimale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

2. Der Generationenvertrag

Die Piratenpartei bewertet den Generationenvertrag, welcher in der Rentenreform von 1957 unter Konrad Adenauer aus dem sog. "Schreiber-Plan" abgeleitet wurde als nicht ausreichend, da dieser nur zwei Generationen berücksichtigt, unserer Gesellschaft jedoch aus drei Generationen besteht: Heranwachsende - Arbeitsfähige - nicht mehr Arbeitsfähige

3. Echter Generationenvertrag

Als Vorbild für ein nachhaltiges gesetzliches Sicherungssystem bietet sich der ungeschriebene Generationenvertrag an, wie er in der herkömmlichen Familie die Regel war: Die jeweils arbeitsfähige Generation sorgt für Unterhalt, Betreuung und Erziehung der Kinder und erwirbt damit gegenüber der erwachsen gewordenen Kindergeneration das Recht auf Versorgung und Pflege im Alter. Die heute in Deutschland bestehende Gesetzliche Rentenversicherung wird durch eine missbräuchliche Verwendung des Begriffs Generationenvertrag gerechtfertigt, da einseitig eine von der nachrückenden Generation zu finanzierende gesetzliche Alterssicherung festgeschrieben wird, ohne dass eine vergleichbare gesetzliche Jugendsicherung vorangegangen ist. Dieses Rechtssystem zum Nachteil der jeweils jüngeren Generation darf auf Dauer keinen Bestand haben.

4. Generationengerechtigkeit

Im Verhältnis zweier Generationen müssen die Leistungen zu Unterhalt und Betreuung der Kindergeneration im Gleichgewicht stehen mit deren späteren Leistungen für Unterhalt und Pflege der Rentnergeneration. Ist die nachfolgende Generation kleiner als die vorangegangene, wie

es zur Zeit in Deutschland der Fall ist, darf der Anteil der Alterslast, der auf die nicht geborenen Kinder entfiele, nicht zusätzlich den geborenen Kindern auferlegt werden. Dieser Anteil der Alterslast ist über eine Kapitalversicherung zu finanzieren, die von den eingesparten Kinderkosten gespeist werden kann. Das heutige Recht bürdet die finanziellen Folgen des Geburtenrückgangs für die Alterssicherung allein der jeweils nachrückenden Generation auf, die dadurch in ihren Entfaltungsmöglichkeiten unzumutbar eingeschränkt wird. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit.

Alles weitere zum Thema gibt es hier: [\[11\]](#)

Änderungsantrag Nr.

TE034

Beantragt von

LunaLoof

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, den Satz "Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an." aus dem Parteiprogramm zu streichen.

Begründung

Die **vollumfängliche** Anerkennung des Urheberpersönlichkeitsrechtes verhindert einen angemessenen Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern von Werken.

Gerade die kreative Bearbeitung und Fortentwicklung bestehender Werkes wird durch das Recht des Urhebers (und seiner Erben) Beeinträchtigungen seines Werkes zu verbieten, über Gebühr behindert.

Selbst gemeinfreie Werke sind hiervon noch betroffen. Auch trägt dieses Prinzip in seiner derzeitigen Ausprägung dem Erfahrungssatz, dass Werke nicht aus dem Nichts entstehen, sondern immer von anderen bereits vorher erschaffenen inspiriert wurden, nicht ausreichend Rechnung. Zudem geht dieses Konzept von dem allein schaffenden Genie aus und nicht von der Realität, dass die meisten Werke heute Gruppenanstrengungen entstammen.

Ein generelles Urheberpersönlichkeitsrecht wird nicht einmal im anglo-amerikanischen Kulturkreis anerkannt, hier ist das "Copyright" als "Vervielfältigungsrecht" rein wirtschaftlich bezogen. Lediglich einzelne Rechte, die hier aus dem Urheberpersönlichkeitsrecht abgeleitet werden, stehen dort Urhebern zu.

Deswegen werden solche Rechte auch in völkerrechtlichen Abkommen zum Urheberrecht wie dem TRIPs vom Schutz ausgenommen. Lediglich die Berner Übereinkunft in Art. 6bis erkennt einzelne moralische Rechte des Urhebers an. Wenn aber selbst die von uns als zu weitgehend empfundene internationalen Abkommen einen solchen Schutz nicht vorsehen, sollte die Piratenpartei sich erst recht nicht so weitgehend festlegen.

Damit soll nicht gesagt werden, dass die Piratenpartei keine Urheberpersönlichkeitsrechte befürworten darf - ich selbst halte beispielsweise viel von dem Recht der Urheber auf Namensnennung - sondern nur, dass hier eine **vollumfängliche** Anerkennung im Parteiprogramm erfolgt, die weder notwendig, noch vernünftig ist. Hierdurch werden interessante Optionen zur Reform des Urheberrechts von vornherein einer (notwendigen) Diskussion entzogen.

Änderungsantrag Nr.

T035

Beantragt von**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Keine Armut, keine Verschwendung!

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Vom Bundesparteitag soll eine Debatte initiiert werden, welche sich mit der Möglichkeit eines alternativen Wirtschaftssystems beschäftigt. Die Folgen eines Systemwechsels werden möglichst durch Simulation (auch durch Software) abgeschätzt.

Begründung

Die kommunistische Planwirtschaft ist historisch gescheitert. Sie erzeugte Armut und Mangel innerhalb eines nicht hinnehmbaren Zwangssystems. Die freie (neoliberale) Marktwirtschaft erzeugt global und lokal wachsende Armut sowie zunehmende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Gütern und Chancen. Der Kollaps des Systems durch die ökologischen Folgen des "Mehr, Mehr, Mehr"-Prinzips droht sämtliche Lebensgrundlagen zu gefährden. Als einziger Ausweg aus diesem Dilemma erscheint die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, welches statt der Ware den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Innerhalb dessen erfolgt Güterproduktion nicht mehr "auf Halde" und wird nicht mehr mittels Propaganda, also Werbung unter die Leute gebracht, sondern verstärkt bedarfsgerecht. Bedarfe werden also nicht mehr sinnlos künstlich erzeugt. Als mittelfristiges und erreichbares Ziel wird der Bereich Konsumgüter angepeilt (Fahrzeuge, Computer, ...).

Änderungsantrag Nr.

TE038

Beantragt von[NineBerry](#)**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Folgender Text soll dem Parteiprogramm unter der Hauptüberschrift "Selbstbestimmtes Leben" hinzugefügt werden:

Pluralismus

Die größtmögliche Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist nur in einer pluralistischen Gesellschaft möglich. In einer solchen dürfen Staat und Gesellschaft individuelle Freiheiten nur soweit einschränken, wie es notwendig ist, um die Grundrechte anderer Menschen zu schützen. Kein Mensch darf darüber hinaus aufgrund der ihm angeborenen oder von ihm gewählten Merkmale diskriminiert oder rechtlich benachteiligt werden. Dazu gehören soziale und ethnische Herkunft, Alter, Geschlecht, Sprache, Name und sexuelle Identität genauso wie Glaube oder Nichtglaube, politische Ansichten, Wohnort, persönliche Vorlieben und viele andere.

Begründung

Ich glaube, dass man viele der Piraten grob in die Gruppe der Humanisten einordnen kann und dass diese für eine offene und vielfältige Gesellschaft stehen, in der Menschen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen gestalten können. Im bisherigen Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm und dem Manifest der schwedischen Mutterpartei gibt es dazu auch schon einige Hinweise, es ist aber im Grundsatzprogramm noch nicht deutlich formuliert.

Das möchte ich hiermit ändern.

Politikimplikationen:

Wir bekennen uns zu einer pluralistischen Gesellschaft. Wir bekennen uns zu individueller Freizügigkeit. Diese darf aber (und nur deswegen) zum Schutz der Grundrechte anderer Menschen eingeschränkt werden.

Wir lehnen Gesetze ab, die einzelne Gruppen oder Menschen diskriminieren. Die Aufzählung der Merkmale ist dabei bewusst weit gewählt. Unter dem Punkt "persönliche Vorlieben" gehören dazu ganz explizit auch Dinge wie Musikgeschmack und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Subkultur. Im Parteiprogramm haben wir uns an anderer

Stelle auch schon für kulturelle Vielfalt ausgesprochen.

Die ist nur ein Teil eines ganzen Kapitels. Die anderen Teile sind:

- [Einleitung](#)
- **Pluralismus**
- [Barrieren abbauen](#)
- [Weltanschauliche Erziehung](#)

Änderungsantrag Nr.

T036

Beantragt von

Piratesse, Alexander Morlang, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Bürgerdatennetze

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Wir fordern die Lizenzierung des Bandes mit der Mittenfrequenz 2,484 GHz und der Bandbreite von 23MHz für Kommunikation nach den Bedingungen des Pico Peering Agreements.

Wir fordern die Lizenzierung einer Bandes von 44MHz im Bereich von 3.40-3.65GHz für Kommunikation nach den Bedingungen des Pico Peering Agreements.

Begründung

Wird nachgereicht.

Änderungsantrag Nr.

T037

Beantragt von

Piratesse, Alexander Morlang, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Wir fordern, dass freie Bürgerdatennetze bundesweit von den Kommunen aktiv gefördert werden, zum Beispiel durch das Bereitstellen von geeigneten Dachflächen und Strom.

Wir fordern, dass freie Bürgerdatennetze von den Bundesländern aktiv gefördert werden, zum Beispiel durch das aktive Vorantreiben der Vernetzung von Gemeinden und die Nutzung von Türmen.

Begründung

Wird nachgereicht.

Änderungsantrag Nr.

TE039

Beantragt von

NineBerry

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Folgender Text soll dem Parteiprogramm unter der Hauptüberschrift "Selbstbestimmtes Leben" hinzugefügt werden:

Barrieren abbauen

Jeder Mensch besitzt Stärken und Schwächen. Die Gesellschaft muss auf die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen Rücksicht nehmen, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt führen können. Wir fördern Maßnahmen, mit denen dem Einzelnen eine Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und alltäglichen Leben vereinfacht wird. Dazu gehören insbesondere Barriearmut und Integration.

Begründung

Ich glaube, dass man viele der Piraten grob in die Gruppe der Humanisten einordnen kann und dass diese für eine offene und vielfältige Gesellschaft stehen, in der Menschen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen gestalten können. Im bisherigen Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm und dem Manifest der schwedischen Mutterpartei gibt es dazu auch schon einige Hinweise, es ist aber im Grundsatzprogramm noch nicht deutlich formuliert.

Das möchte ich hiermit ändern.

Politikimplikationen:

Viele Menschen haben aufgrund persönlicher Eigenschaften wie Alter, Behinderungen oder Krankheiten schlechtere Voraussetzungen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Die Gesellschaft muss darauf Rücksicht nehmen und in einem gewissen Maße Ausgleich schaffen.

Es geht hier vor allem um Förderung von Barriearmut, im IT-Bereich genauso wie bei öffentlichen Verkehrsmitteln, der Verwaltung und allgemein. Staatliche Stellen sollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Auch die Piratenpartei selbst soll sich in ihren eigenen Medium um Barrierefreiheit bemühen. Staatliche Stellen sollen gezielt freie Projekte fördern, die sich um Barriearmut kümmern.

Die ist nur ein Teil eines ganzen Kapitels. Die anderen Teile sind:

- [Einleitung](#)
- [Pluralismus](#)
- [**Barrieren abbauen**](#)
- [Weltanschauliche Erziehung](#)

Änderungsantrag Nr.

TE040

Beantragt vonNineBerry**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Folgender Text soll dem Parteiprogramm unter der Hauptüberschrift "Selbstbestimmtes Leben" hinzugefügt werden:

Weltanschauliche Erziehung

Eltern haben das Recht, ihren Kindern die eigene Weltanschauung vermitteln zu können. Aber Kinder und Jugendliche haben auch ein Recht darauf, ihre Fähigkeit zur weltanschaulichen und religiösen Selbstbestimmung zu entwickeln. Teil des öffentlichen Bildungsauftrags ist es, sie dazu zu befähigen.

Begründung

Ich glaube, dass man viele der Piraten grob in die Gruppe der Humanisten einordnen kann und dass diese für eine offene und vielfältige Gesellschaft stehen, in der Menschen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen gestalten können. Im bisherigen Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm und dem Manifest der schwedischen Mutterpartei gibt es dazu auch schon einige Hinweise, es ist aber im Grundsatzprogramm noch nicht deutlich formuliert.

Das möchte ich hiermit ändern.

Politikimplikationen:

Es wird anerkannt, dass Eltern ihren Kindern ihre eigene Weltanschauung vermitteln dürfen. Dabei darf aber den Kindern nicht die Möglichkeit verwehrt werden, zu eigenen Entscheidungen zu kommen. Eltern dürfen ihre Kinder nicht vom Unterricht oder Teilen des Unterrichts ausschließen, solange dieser weltanschaulich neutral und faktenbasiert gehalten wird. Durch die Einführung eines weltanschaulich neutralen Ethikunterrichts für alle können die Fähigkeiten zum Führen eines selbstbestimmten Lebens verbessert werden.

Die ist nur ein Teil eines ganzen Kapitels. Die anderen Teile sind:

- Einleitung
- Pluralismus
- Barriieren abbauen
- **Weltanschauliche Erziehung**

Änderungsantrag Nr.

TE041

Beantragt von

NineBerry

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Das folgende Kapitel soll dem Parteiprogramm hinzugefügt werden:

Säkularer Staat

In einer pluralistischen Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlichen Glaubens und ohne Glauben zusammenleben, muss der Staat Neutralität wahren und darf keine Weltanschauung bevorzugen oder benachteiligen.

Eine direkte oder indirekte Finanzierung einzelner Religionsgemeinschaften aus der Staatskasse ist abzulehnen. Generell müssen Religionsgemeinschaften immer an dieselben allgemeinen Gesetze gebunden sein wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen auch. Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss für die kritische Auseinandersetzung mit religiösen Bekenntnissen im gleichen Maße wie in anderen Bereichen auch gelten.

Begründung

In Deutschland existiert aus historischen Gründen noch eine sehr starke Verflechtung von Staat und Kirchen. Diese ist eigentlich nicht mehr zeitgemäß. Mit einer steigenden Zahl [1] von Menschen ohne Glauben, nicht kirchlich organisierten Christen und Anhängern anderer Glaubensrichtungen ist eine Bevorzugung der beiden Kirchen und von Religionsgemeinschaften generell nicht mehr vertretbar.

Abzulehnen ist zum Beispiel die Bezahlung der Gehälter von kirchlichen Würdenträgern durch den Staat. [2] Auch existieren in vielen Kommunen noch jahrhundertealte Verträge, aufgrund derer Kommunen Zahlungen an Kirchen leisten müssen. [2] [3] Diese Verträge wurde auf nicht-demokratischer Basis geschlossen und sollten heute keine Berechtigung mehr haben.

Die Möglichkeiten, Kirchensteuer bei der Einkommensteuer anrechnen zu lassen, gehen über jede andere Form der Steuervergünstigung hinaus. [4] Hier ist eine Einschränkung sinnvoll, so dass die Kirchensteuer wie alle anderen Spenden an gemeinnützige Vereine behandelt wird. Auch die Einziehung der Kirchensteuer durch den Staat selbst sollte überprüft werden. Hierzu ist aber eine Grundgesetzänderung erforderlich.

Kirchliche Organisationen unterliegen zum Teil nicht denselben rechtlichen Vorschriften wie andere Unternehmen oder Organisationen. Zahllose Beschäftigte in kirchlichen Einrichtigungen haben einen eingeschränkten Kündigungsschutz und schlechtere Arbeitsbedingungen als bei anderen Arbeitgebern. Der Tendenzschutz darf nur dort gelten, wo es tatsächlich um religiöse Lehre geht, nicht in Krankenhäusern oder Kindergärten.

§166 des StGB[\[5\]](#) macht Beschimpfungen von religiösen Bekenntnissen strafbar. Dadurch werden formell Satire und Polemiken, die sich mit Glaubensfragen beschäftigen, eingeschränkt. Dies ist nicht länger akzeptabel. Der Schutz von Religionsgemeinschaften kann im gleichen Maße wie für anderen Gruppen über §130 (Volksverhetzung)[\[6\]](#) sichergestellt werden.

Änderungsantrag Nr.

TE042

Beantragt von

Landesverband Bayern (Beschluss LPT), vertreten durch Roland
'ValiDOM' Jungnickel.

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Piraten-Bereich, Energieversorgung, Internet, Telekommunikation

Schlagworte Contra

zu viel Sicherheit

Beantragte Änderungen

Schutz und Sicherheit kritischer Informations- und Kommunikationsstrukturen

Technologie und deren Fortschritt sind Grundlagen der Weiterentwicklung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Hierbei nehmen Informations- und Kommunikationsstrukturen einen stets wachsenden Stellenwert ein und sind in vielen Bereichen schon heute nicht mehr wegzudenken.

Mit ständig wachsendem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) entstehen aber auch neue Abhängigkeiten. Eine Gefährdung dieser Strukturen birgt besonders hohe Risiken. Dadurch werden diese zu kritischen Infrastrukturen. Ausfall, Störung oder Zerstörung dieser kritischen Infrastrukturen hätte weitreichende negative Folgen für die Sicherheit, Gesundheit und wirtschaftliche Lage des Einzelnen, sowie für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

Wir Piraten wollen, dass die Informationsgesellschaft vor diesen Gefahren nicht nur ausreichend geschützt, sondern auch auf diese vorbereitet wird.

Deshalb fordern wir den zügigen Ausbau und die weitere Absicherung von Strom und Kommunikationsnetzen. Viele Vorschläge in "Up KRITIS" (Umsetzungsplan Schutz Kritischer Infrastrukturen in Deutschland) dürfen nicht nur Vorschläge bleiben. Neben Datenschutzbestimmungen muss die Sicherung zukünftiger e-Governance Lösungen schon in der Planungsphase deutlicher zum Tragen kommen. Wir wollen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gleichermaßen in die Pflicht nehmen, die notwendigen Schritte durchzuführen.

Die PIRATEN fordern deshalb:

- Ausbau und Ausfallsicherung von Strom- und Kommunikationsnetzen unter strikter Beachtung der Grundrechte aller Beteiligten

- Verbindliche Mindeststandards für Betreiber von Informations-, Kommunikations- und Stromnetzen, welche über die Vorschläge im [KRITIS-Plan des BMI](#) hinaus gehen
- Förderung von Projekten zur digitalen Langzeitarchivierung
- Schaffung und regelmäßige Überprüfung von Notkommunikations-Mitteln wie den Notfunk.
- Verstärkte Einbeziehung lokaler und überregionaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen die im Katastrophenschutz mitwirken.
- Aufklärung der Bevölkerung

Begründung

Als Piraten gehören Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) wie selbstverständlich in unser tägliches Leben. Doch diese IKT sind auch gewissen Gefahren ausgesetzt, denen wir entgegen wirken wollen. Besonderes Augenmerk legen wir auf kritische IT-Infrastruktur, die bei einer von außen oder innen wirkenden Überlastung selbst ein Problem darstellt.

Als eines von vielen Beispielen kann herangezogen werden, dass viele nur noch VoIP-Telefone zuhause haben, die bei einem etwaigen Stromausfall gar nicht mehr funktionieren können. Betroffene Technik umfasst ein weites Spektrum von Mobiltelefonie bis hin zu Lebensmittelgeschäften, die aufgrund von Stromausfall nicht mehr verkaufen können. Einen tiefer gehenden Einblick gibt ein [Blog-Artikel](#).

Hinweis: dieser Antrag wurde auf dem Landesparteitag Bayern 2010.1 als Unterstützungsantrag für den Bundesparteitag beschlossen. Daher ist das Antragssteller der Landesverband Bayern, vertreten durch den ursprünglichen Antragssteller auf dem LPT.

Änderungsantrag Nr.

TE043

Beantragt von

Maha, Piratesse, Lena Rohrbach, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

- Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.
- Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen.
- Geschlechtszuordnende Operationen bei Kindern sind abzulehnen, wenn deren Selbstbestimmung dadurch eingeschränkt wird.

Begründung

Dieser Antrag ist eine Überarbeitung von Antragsfabrik/Queerpolitik, den wir in folgende drei aufgeteilt haben:

- **Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung**
- Antragsfabrik/Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung
- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Folgender Antrag geht über den ursprünglichen Antrag hinaus und soll den gesamten Programmpunkt abrunden:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung Familienförderung

Mit den Anträgen möchten wir das Parteiprogramm auf den aktuellen Stand der Queerpolitik (Geschlechterpolitik) bringen. Eine Positionierung in diesem Bereich ist sehr wünschenswert.

Die Anträge enthalten Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, allerdings ist ein solcher Programmpunkt innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal.

Man erkennt deutlich, dass es hier um Maßnahmen geht, die weit über ein Wahlprogramm hinausgehen. Die Piratenpartei ist die geeignete Partei, solche Fragen voranzubringen. Daher soll die Queerpolitik ein Kernthema der Partei werden (im Partei- bzw. Grundsatzprogramm). Es ist sozusagen die zeitgemäße Form der Familienpolitik.

Familienpolitik scheint unseren Kernthemen fern zu liegen, dem ist aber gar nicht so: Es geht hier um Grundrechte, z.B. Art. 3 (1), "alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", Art. 6 (5) und evtl. 3 (3). Beim Ehegattensplitting geht es zudem um 3 (2). Außerdem gehört Familienpolitik zu den spinnwebsverstaubten Themen, die dringend mal von Grund auf neugedacht werden müssen, seit der Papst nicht mehr die Deutungshoheit über Gefühle hat, und irgendwer muss die Arbeit ja machen.

(Kommentar von Benutzer:Gast nach unten kopiert)

Änderungsantrag Nr.

TE044

Beantragt von

Maha, Piratesse, Lena Rohrbach, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden. Die Betroffenen müssen ihre Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung hierfür nicht nachweisen.

In vielen Ländern der Welt werden Menschen wegen ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung diskriminiert oder kriminalisiert, wenn sie von der dort jeweils gültigen Norm abweicht. Eine solche Diskriminierung oder Kriminalisierung lehnen wir ab. Abweichende geschlechtliche oder sexuelle Identität bzw. Orientierung darf ferner nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden.

Begründung

Dieser Antrag ist eine Überarbeitung von Antragsfabrik/Queerpolitik, den wir in folgende drei aufgeteilt haben:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung
- **Antragsfabrik/Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung**
- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Folgender Antrag geht über den ursprünglichen Antrag hinaus und soll den gesamten Programmpunkt abrunden:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung Familienförderung

Mit den Anträgen möchten wir das Parteiprogramm auf den aktuellen Stand der Queerpolitik (Geschlechterpolitik) bringen. Eine Positionierung in diesem Bereich ist sehr wünschenswert.

Die Anträge enthalten Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, allerdings ist ein solcher Programmpunkt innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal.

Man erkennt deutlich, dass es hier um Maßnahmen geht, die weit über ein Wahlprogramm hinausgehen. Die Piratenpartei ist die geeignete Partei, solche Fragen voranzubringen. Daher soll die Queerpolitik ein Kernthema der Partei werden (im Partei- bzw. Grundsatzprogramm).

(Kommentar von [Benutzer:Gast](#) nach unten kopiert)

Änderungsantrag Nr.

TE045

Beantragt von

Maha, Piratesse, Lena Rohrbach, Andreas Pittrich

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Die Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

- Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.
- Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen; Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft auch von mehr als zwei Personen müssen erarbeitet und verwirklicht werden.
- Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist – angelehnt an das französische PACS-Modell – als ziviler Solidarpakt zu gestalten. Dieser zivile Pakt soll eine flexiblere Übertragung von Rechten ermöglichen und vereinfachte und kostengünstigere Auflösungsverfahren sowie die Verlagerung des Vertragsschlusses von der staatlichen auf eine notarielle Ebene erlauben.

Begründung

Dieser Antrag ist eine Überarbeitung von Antragsfabrik/Queerpolitik, den wir in folgende drei aufgeteilt haben:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung
- Antragsfabrik/Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung
- **Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens**

Folgender Antrag geht über den ursprünglichen Antrag hinaus und soll den gesamten Programmpunkt abrunden:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung Familienförderung

Mit den Anträgen möchten wir das Parteiprogramm auf den aktuellen Stand der Queerpolitik (Geschlechterpolitik) bringen. Eine Positionierung in diesem Bereich ist sehr wünschenswert.

Die Anträge enthalten Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, allerdings ist ein solcher Programmpunkt innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal.

Man erkennt deutlich, dass es hier um Maßnahmen geht, die weit über ein Wahlprogramm hinausgehen. Die Piratenpartei ist die geeignete Partei, solche Fragen voranzubringen. Daher soll die Queerpolitik ein Kernthema der Partei werden (im Partei- bzw. Grundsatzprogramm). Es ist sozusagen die zeitgemäße Form der Familienpolitik.

Familienpolitik scheint unseren Kernthemen fern zu liegen, dem ist aber gar nicht so: Es geht hier um Grundrechte, z.B. Art. 3 (1), "alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", Art. 6 (5) und evtl. 3 (3). Beim Ehegattensplitting geht es zudem um 3 (2). Außerdem gehört Familienpolitik zu den spinnwebsverstaubten Themen, die dringend mal von Grund auf neugedacht werden müssen, seit der Papst nicht mehr die Deutungshoheit über Gefühle hat, und irgendwer muss die Arbeit ja machen.

(Kommentar von Benutzer:Gast nach unten kopiert)

Änderungsantrag Nr.

TE046

Beantragt von
Buccaneerps
Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Freiheit, Selbstbestimmtheit, Menschenwürde

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm das Recht auf einen selbstbestimmten Tod jedes Menschen zu verankern.

Das Recht auf einen selbstbestimmten Tod

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, daß jeder Mensch den Zeitpunkt, den Ort oder die Art seines Todes frei und selbst bestimmen darf. Es sind gesetzliche Regeln zu schaffen, die es ermöglichen, einen derartigen Wunsch rechtssicher und ohne negative Folgen für den Betroffenen, die Angehörigen und durch den Betroffenen bestimmte Helfer zu äußern und zu erfüllen.

Begründung

Piraten möchten ein selbstbestimmtes Leben, ein selbstbestimmter Tod gehört dazu. Die vorgeschenobenen Barrieren aus Ethik, Moral und Religion sind respektlos und gegen die Menschenwürde. Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben zu beenden und Hilfe dazu einzufordern. Eine gesetzliche Regelung, die einen derartigen Wunsch notariell beurkundet und damit Rechtssicherheit für Helfer bringt, ist erforderlich. Eine gesundheitliche Prüfung ist nicht notwendig, nur eine Prüfung auf Zurechnungsfähigkeit und Selbstbestimmtheit kann unter Umständen erforderlich sein.

Änderungsantrag Nr.

TE047

Beantragt vonAG Energiepolitik, vertreten durch Hartmut**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke**

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in Atomkraftwerken mittelfristig unter Einhaltung des Atomausstiegsvertrags zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon nicht betroffen. Wir begründen dies mit den Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Wiederaufbereitung und insbesondere Endlagerung. Dazu kommen die Gefährdung durch Katastrophen und Anschläge sowie die potentielle Möglichkeit des Baus von Kernwaffen, die wir strikt ablehnen. Dies bedeutet, dass in Deutschland keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden und dass Laufzeitverlängerungen über den vereinbarten Termin Anfang der 2020er Jahre hinaus ausgeschlossen sind. Unabhängig davon ist die offene Frage der Endlagerung zu lösen, wobei die Betreiber von Atomkraftwerken stärker als bisher eingebunden werden müssen.

Gegen Atomkraftwerke spricht ferner, dass diese aus wirtschaftlichen und technischen Gründen vor allem für die Grundlastversorgung geeignete Großkraftwerke sind. Dies widerspricht den favorisierten, dezentralen Lösungen mit kleineren Einheiten.

Ein weiterer gewichtiger Grund für den Atomausstieg ist, dass der erhebliche Investitionsbedarf beim Ausbau der regenerativen Energiegewinnung eine parallele Fortführung der ebenfalls hoch investiven Atomwirtschaft nicht zulässt. Auch dieser rein ökonomische Grund spricht gegen Atomkraftwerke und für erneuerbare Energien. Um eine Stromlücke zu vermeiden, ist zugleich mit der verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen eine Intensivierung der Maßnahmen zur Energieeinsparung erforderlich.

Begründung

Eine Leitlinie piratiger Politik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, was nicht zuletzt die Ressourcen unseres Planeten betrifft. Dies führt logischerweise zur Förderung (re)generativer Energiequellen und in Konsequenz zur Ablehnung der Energieerzeugung in Kernspaltungsreaktoren. Dazu kommen die Gefahren, die von der Atomwirtschaft ausgehen. Daneben soll auch der Verbrauch fossiler Energieträger reduziert werden. Beachte dazu die Module 1 bis 4 zur Energiepolitik.

Änderungsantrag Nr.

T048

Beantragt von

Schollsky

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Internationale Währungsfond ist bisher ein Mittel, um rigide ökonomische Konsolidierungsmaßnahme in verschuldeten Staaten durchzusetzen. Die Piratenpartei setzt sich für eine Demokratisierung dieses Gremiums ein. Dabei wird berücksichtigt, daß Währungen betreffende Schieflagen der Weltwirtschaft durch Devisenspekulationen mitverursacht werden. Um die Verursacher der entstehenden Krisen angemessen zu beteiligen, soll der IWF zu einem möglichst hohen Anteil durch eine Tobin-Steuer auf internationale Finanztransaktionen finanziert werden.

Begründung

Bisher gibt es unzureichende Folgen von verheerenden Spekulationen. Die Rückbindung über eine Tobin-Steuer, welche dem IWF zufließt, soll dem entgegenwirken.

Änderungsantrag Nr.

TE049

Beantragt vonBig Arne**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Erweiterung des Punktes Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft im Parteiprogramm

(Alt) Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

(Neu) Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person. Wir wollen dieses Ziel erreichen, in dem wir die Belange der Lernenden in den Vordergrund stellen.

Begründung

Im Bereich der Bildung (insbesondere bei anderen Parteien aber auch bei uns) werden oft dogmatische Ansätze ins Spiel gebracht, die dann un- oder wenig reflektiert verfolgt werden. Dabei wird nicht danach gefragt, ob die Ansätze gut für die Lernenden sind oder nicht bzw. es werden Experimente mit unklarem Ausgang gefordert. Niedersachsen musste am Leid der Schüler erfahren, dass es auf keinen Fall egal ist, ob die Bildungskonzepte der Politik sich am Wohl der Lernenden orientieren oder nicht. Dieser Antrag nimmt besonders Bezug auf den wohl bekannten und begründetem Anlass Nds. 12-Jahre-Abi und dort auf dessen dilletantische Einführung. Um solchen Desastern vorzubeugen sollten die Belange der Lernenden in Bildungseinrichtungen im Vordergrund stehen.

Es geht an dieser Stelle natürlich nicht darum irgendetwas zu verhindern, sondern mit Maß die Auswirkungen künftiger Änderungen auf die Lernenden abzuschätzen, bevor neue Programmpunkte aufgenommen werden oder Forderungen aufgestellt bzw. Reformen geplant werden. Negative Auswirkungen von Veränderungen müssen vorher erkannt und weitestgehend ausgeschaltet werden. Die Ergänzung ist außerhalb der erwünschten Wirkung unschädlich und breit tragfähig.

Dieser eine Satz verhindert - wenn man sich an ihn hält - weder Gesamtschulen, noch 12jahres Abitur, weder Homeschooling noch Orientierungsstufen. Er hätte aber bei entsprechender Berücksichtigung in Nds. dazu geührt, dass

- vor dem 12-Jahre-Abitur die Lehrpläne entrümpelt werden
- die Frage nach 13-Jahres-Gesamtschulabi vorher durchdacht wäre
- faire Übergangsregelungen zur Vermeidung von Härten geplant wären
- und ... und ... und ...

Zusätzlich verschafft uns dieser eine Satz im Bereich Bildung ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den etablierten Parteien, die zwar immer wieder Behaupten im Sinne der Lernenden zu handeln, aber es wenn überhaupt nur unter "ferner liefen" im Programm haben. Es lässt sich somit auch gut zur Positionierung am Wahlkampfstand verwenden, soviel noch zu praktischen Erwägungen.

Wichtig ist nur Folgendes: Die Belange der Lernenden in den Vordergrund zu stellen, bedeutet nicht ein Paradigma, dem man sklavisch hinterherlaufen sollte. Es soll nur so sein, dass wan immer über Veränderungen im Bildungsbereich nachgedacht wird, weder der gesunde Menschenverstand abgeschaltet wird, noch die Belange der Lernenden auf welchem Altar auch immer geopfert werden. Nachdenken und Abwägen bleibt angesagt. Effektiv gibt dieser Satz keine Lösungen, aber er wirft Fragen auf, die man besser beantworten sollte, bevor man mit was auch immer auf die Bildung losgeht um sie zu verbessern. [Big Arne](#) 22:42, 16. Apr. 2010 (CEST)

Anmerkung: Nachdem ich einige Anregungen zur Verbesserung des Textes erhalten habe - und das bei nur einem Satz ;o) - habe ich mich entschieden, den Antragstext abzuändern, Begründung s. u. [Big Arne](#) 22:42, 16. Apr. 2010 (CEST)

Änderungsantrag Nr.

TE054

Beantragt von

Aloa5 und Nico.Ecke

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Wirtschaft und Patente

Das Patentrecht muss den Gegebenheiten und Erfordernissen von Erfindungen – den schöpferischen Leistungen der Erfinder – und deren technischen Umsetzung in der Neuzeit angepasst werden. Innovationen sind wichtige Faktoren für die zukünftige Wirtschaftsleistung, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und die Wohlstandsmehrung einer Gesellschaft. Einst wurden staatlich garantierte Patentrechte an Erfinder und Patentanmelder im Tausch gegen die Freigabe des Erfinder-Wissens erteilt. Durch die zentrale Dokumentation der Erfindung konnte die interessierte Öffentlichkeit an ihr teilhaben und mit dem Wissen der bekannten Erfindungen den weiteren technischen Fortschritt ausbauen.

Die Zeiten ändern sich jedoch – und mit ihnen auch die Rahmenbedingungen. Die Verfügbarkeit von Kapital, die benötigte Zeit für Entwicklung und weltweite Verbreitung sowie die Kosten der Patente inklusive des juristischen Beistands und der Patentrecherchen haben sich verändert. Der Sinn, den staatliche Patentrechte einmal hatten, wird durch die veränderte Wirklichkeit in Frage gestellt.

Die Folgen der patentrechtlichen Wettbewerbseinschränkungen und das monopolistische Alleinnutzungsrecht wirken sich zunehmend störend auf die Innovationsfreude der heutigen Wissensgesellschaft aus und führen zu Marktverzerrungen, welche die Vorteile des Patentrechts mehr als aufheben. Nachhaltige Preisdominanz, die nur wenigen am Markt teilnehmenden Personen zugute kommt, führt nachfolgend zu Verzerrungen in der Vermögensverteilung und auf dem Arbeitsmarkt. Aus einer geringeren Anzahl von konkurrierenden Wettbewerbern erwachsen dann weniger Beschäftigte und sich vergrößernde Lohnunterschiede.

Diese Monopolrechte müssen auf einen Prüfstand kommen und es muss nach sinnvollerem, alternativen Ausgestaltungsmöglichkeiten gesucht werden. Auf diese Weise kann man einen attraktiven Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und damit auch Arbeitsplätze und letzten Endes mehr Wohlstand schaffen.

Wir wollen das Erfinderrecht dahingehend ändern, dass hierdurch sowohl den berechtigten Interessen der schöpferischen Erfinder und der Patente anmeldenden Unternehmen als auch der Gesellschaft gleichberechtigt Rechnung getragen wird. Insbesondere zur Förderung der schöpferischen Leistung von Privaterfindern, kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir die Regelungen vereinfachen und die im derzeitigen Patentsystem hohen Kosten senken. Darüber hinaus soll im bestehenden Patentrecht die Lizenzierung deutlich vereinfacht werden. Ziel dabei ist, dass es für die zukünftigen Lizenznehmer einfacher wird, ein bereits patentiertes Produkt durch Zahlung einer festgelegten Lizenzgebühr an den Patentinhaber zu vermarkten. Das kann bei richtiger Ausgestaltung ein wirksames Instrument sein, um Sperrpatente – welche lediglich der Abschottung anderer Marktteilnehmer dienen – zu verhindern.

Begründung

Wir als AG soziale Marktwirtschaft stellen ein Programm Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen vor. Über selbiges wird kompl. (dessen Annahme wir erhoffen) und ggf. eben in Teilen abgestimmt. Dies ist das erste Modul welches die Bedeutung einer Änderung und/oder Abschaffung von Patenten für die Wirtschaft und die Löhne etwas genauer als im bisherigen Kernprogramm herausarbeitet.

Änderungsantrag Nr.

TE055

Beantragt von

[Aloa5](#) und [Nico.Ecke](#)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Monopole und Infrastruktur

So wenig Monopole wie möglich, aber so viele wie notwendig – das ist unser Ziel. Monopole des Staates werden wenn, dann im Auftrag des Bürgers gehalten oder errichtet. Sie müssen regelmäßig und sorgfältig darauf untersucht werden, ob die daraus resultierenden Vorteile für die Gesellschaft und für das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufes überwiegen. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Betrieb und Kontrolle der Monopole müssen diesen Erfordernissen entsprechen. Monopole dürfen gesellschaftliche Bedürfnisse wie soziale Kontakte, Kommunikation und den Zugang zu Wissen nicht in einem unvertretbaren Maße behindern und der Funktionsweise der Marktwirtschaft nicht schaden. Außerhalb von Monopolen/Oligopolen sorgt die Marktwirtschaft für eine dezentrale, innovative Struktur bei der Erzeugung von Waren und Dienstleistungen. Wir setzen unser ganzes Können und Wissen daran, den Wohlstand schädigende Monopolsituationen zu entschärfen. Die notwendigen Maßnahmen, wie Auflösung, Beschränkung oder Abmilderung der Monopolsituation wollen wir für jeden Einzelfall sorgfältig unter Einholung und Veröffentlichung von Expertenmeinungen prüfen und durchführen. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf künstlich geschaffene Monopole des Urheber- und Patentrechts sowie auf wichtige Elemente der Infrastruktur gelegt. Hiermit werden insbesondere das Schienennetz, der Energiesektor und auch das Telekommunikationsnetz angesprochen. Die Versorgung der Bürger muss sichergestellt sein und die Nutzung durch den Bürger darf nicht durch unangemessen hohe Preise oder Gesetze erschwert werden.

Begründung

Wir als AG soziale Marktwirtschaft stellen ein Programm Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen vor. Über selbiges wird kompl. (dessen Annahme wir erhoffen) und ggfs. eben in Teilen abgestimmt. Dies ist das zweite Modul welches die Bedeutung von Monopolen und der Infrastruktur (als Teilgebiet) insgesamt herausstellt und dabei den Bezug auf die Kernthematik, den Monopolen durch Patente und dem Urheberrecht, herstellt.

Änderungsantrag Nr.

TE056

Beantragt vonAloa5 und Nico.Ecke**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Subventionen, Steuervergünstigungen und Transparenz**

Subventionen sind grundsätzlich zu vermeiden. Sie belasten den Steuerzahler und können ein kritisches Element der Marktbeeinflussung sein. Sowohl bei der Einführung als insbesondere auch durch eine darauf folgende Abschaffung von Subventionen können u.U. negative Folgen entstehen, weil sich Betroffene wie auch Märkte darauf einrichten. Daher wollen wir, dass vor der Einführung einer Subvention und auch während der Laufzeit eine sorgfältige Prüfung und Erfolgskontrolle durchgeführt wird. Subventionen sind nach Möglichkeit schon bei der Einführung immer degressiv (abfallend) im Sinne einer Anschubfinanzierung zu gestalten. Ausnahmen können zulässig sein, müssen aber besonders begründet werden. Eine dauerhafte Subvention, für welche keine von vornherein zeitliche Befristung vorgesehen ist, muss eine erhebliche positive Folgewirkung für die Gesellschaft entfalten.

Die Transparenz von Subventionen muss gewährleistet sein. Daher sind direkte Subventionen zu bevorzugen, indirekte wie z.B. Steuervergünstigungen abzulehnen. Die Folgen sind neben einer verbesserten Erfolgskontrolle und Transparenz auch eine Vereinfachung von Steuererklärungen. Wir wollen besonders darauf achten, dass kein Zusammentreffen mehrerer sich gegenseitig beeinflussenden Subventionen auf einem Marktsegment stattfindet. Die Zuordnung einer Subvention muss sachgerecht erfolgen und nach außen gut erkennbar sein.

Begründung

Wir als AG soziale Marktwirtschaft stellen ein Programm Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen vor. Über selbiges wird kompl. (dessen Annahme wir erhoffen) und ggfs. eben in Teilen abgestimmt. Dies ist das dritte Modul. Der Subventionsbegriff ist weiter gefasst als die vermutlich oft unterstellten Wirtschaftssubvention. Des weiteren ist abzusehen (und schon teilw. Fakt), dass die Piratenpartei Dinge wie "kostenloser ÖPNV" und "kostenlose Bildung" fordert und für das EEG ist etc.. Auch das sind (alles) Subventionen, z.T. auch gezielt (wie beim EEG) Subventionen welche die Wirtschaft betreffen. Wir haben lange darüber beraten wie eine Grundsätzliche Einstellung auch unter dem Aspekt der Transparenz im Staatswesen aussehen könnte. Der Thread mit Definitionsarbeiten u.ä. umfasst etliche Postings, der Text wurde (wie das Modul 2 Monopole) bereits 2009 über Wiki, Forum und ML veröffentlicht und mit vielen Piraten auch außerhalb der AG besprochen und überarbeitet.

Änderungsantrag Nr.

TE057

Beantragt von

[Aloa5](#) und [Nico.Ecke](#)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Arbeitsmarkt - Sozialversicherung

Arbeitsleistung erhöht den Wohlstand aller. Daher ist es ein Ziel der Piraten möglichst allen, welche solch eine Leistung gegen Entgelt erbringen wollen, dieses auch zu ermöglichen.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem benötigten Kapital in den Sozialversicherungszweigen und den Lohnkosten wird weiter zunehmen insbesondere bei den sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnissen. Die Frage der Finanzierung der sozialen Absicherung darf daher nicht zu einem Instrument für das Durchsetzen von Klientel-Interessen werden, sondern bedarf einer vorausschauenden und zukunftssicheren Planung. In diesem Zusammenhang muss ein Umbau zu einer verstärkten Steuerfinanzierung stattfinden. Dies hat unter anderem den Vorteil, das alle Einkommen und Einkommensarten berücksichtigt werden können und zudem Beitragsbemessungsgrenzen eine untergeordnete Rolle spielen. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik dürfen und können hier kein Widerspruch in sich sein sondern sind ergänzende Faktoren - Sozialpolitik ist auch Wirtschaftspolitik.

Fördern und ermöglichen

Bildung, insbesondere die Ausbildung der Bevölkerung ist als ein vorrangiges Ziel der Gesellschaft zu sehen aus welchem der Einzelne wie auch die Volkswirtschaft einen großen Nutzen ziehen. Gerade die Erstausbildung aber auch Weiterbildungen sind wie eine Arbeitsstelle zu werten und sollen auch zum Zwecke der Chancengleichheit jedem nach Möglichkeit gewährt werden. Die soziale Stellung darf kein Ausschluss-Kriterium für eine adäquate Aus- und Weiterbildung sein. Bei staatlich finanzierten oder organisierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen muss die Qualität der Maßnahmen vor der Quantität stehen.

Begründung

Wir als AG soziale Marktwirtschaft stellen ein Programm Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen vor. Über selbiges wird kompl. (dessen Annahme wir erhoffen) und ggfs. eben in Teilen abgestimmt. Dies ist das vierte Modul welches zum einen die Kernthematik Bildung aufgreift und zum anderen die Bedeutung und den Weg für eine funktionierende Sozialversicherung herausarbeitet. Auch ist die Verantwortung des Staates dafür angesprochen sich um den Rahmen zu bemühen welcher arbeitswilligen ermöglicht ein Arbeitsangebot durch die Wirtschaft zu erhalten.

Änderungsantrag Nr.

TE058

Beantragt von

Aloa5 und Nico.Ecke

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Zentralbank-Politik und Bankenaufsicht

Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie zu ihrem Auftrag der Sicherung einer wertstabilen, gemeinsamen, europäischen Währung. Der EZB sollen neben der Zinshoheit alternative Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, welche zur Erreichung ihres Auftrages eingesetzt werden können. Diese schließen die Möglichkeit zur Festlegung von Mindestreserven von Finanzinstitutionen, der Risikovorsorge für unterschiedliche Finanzgeschäfte und die Festlegung der Arten und der erforderlichen Bonität akzeptabler Sicherheiten ein. Insbesondere sollte von den Ausgestaltungs-möglichkeiten für die Mindestreserve stärker Gebrauch gemacht werden. Das starre Inflationsziel der EZB wird durch einen breiteren Inflationskorridor ersetzt. Die EZB setzt geeignete Mittel der Marktbeobachtung sowie der allgemeinen Bankenaufsicht zur Erhebung von Realwirtschaft- und Finanzmarktdaten ein. Die Analyse der Marktdaten dient der Justierung der EZB-Instrumente mit dem Ziel, einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf zu ermöglichen und frühzeitig auf Fehlentwicklungen im Finanz- und Bankensektor hinweisen zu können. Diese Analysen müssen in regelmäßigen Abständen publiziert und mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden.

Begründung

Wir als AG soziale Marktwirtschaft stellen ein Programm Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen vor. Über selbiges wird kompl. (dessen Annahme wir erhoffen) und ggfs. eben in Teilen abgestimmt. Dies ist das fünfte Modul welches ein paar Rahmendaten für die größeren Räder in der Finanzwelt gibt welche sich u.a. aus der Finanzkrise ergeben haben. Es seien genannt die Mindestreserve welche u.a. für den Umfang der Geldschöpfung der Geschäftsbanken mit verantwortlich ist, die Inflationsrate welche die EZB vorgibt, welche Sicherheiten die Zentralbank annimmt (siehe ABS-Papiere) sowie die Bankenaufsicht durch die EZB auch im Sinne der Transparenz. Wir halten diese angesprochenen Punkte für wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu heutiger Praxis. Was den Inflations-Korridor angeht so orientieren wir uns auch an Krugman [1](#), Blanchard [2](#) sowie den Daten aus der Geschichte der BRD [3,4](#)). Inflation im 10-Jahres Schnitt der 70er demnach 4,x% der 80er demnach 2,7%, der 90er 2,2% -- der Euro-Zeiten 1,95% (da das Inflationsziel der EZB im langjährigen Schnitt bei 2% liegt). (Dazu auch noch ein schöner Artikel von Heusinger in der "Zeit" ["Ohne neues Inflationsziel scheitert die EZB"](#)

Änderungsantrag Nr.

TE059

Beantragt von[Andi Popp](#)**Programm**

Grundsatzprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, dem Grundsatzprogramm der Partei folgende Gliederung zu geben: Die Inhalte des aktuellen Grundsatzprogramms werden unter dem Überpunkt "Kernprogramm" erfasst. Dazu korrespondierend wird ein Überpunkt "Erweitertes Grundsatzprogramm" erstellt. Dem Überpunkt "Erweitertes Grundsatzprogramm" wird folgende Präambel hinzugefügt:

"Um den Anforderungen der Bürger an die deutsche Parteienlandschaft gerecht zu werden, gibt sich die Piratenpartei Deutschland ein erweitertes Grundsatzprogramm, um Themen von hohem politischen Interesse abzudecken. Die PIRATEN bekennen sich dennoch weiterhin und uneingeschränkt zu ihrem Kernprogramm, welches das Zentrum der politischen Arbeit der Partei darstellt."

Des weiteren wird mit Anträgen zur Erweiterung des Grundsatzprogramms, die nicht explizit für einen Oberpunkt beantragt sind, wie folgt verfahren: Es wird zuerst abgestimmt ob der Programmfpunkt unter dem Oberpunkt "Kernprogramm" aufgenommen wird, scheitert der Antrag wird in zweiter Runde darüber abgestimmt, ob der Programmfpunkt unter dem Oberpunkt "Erweitertes Programm" aufgenommen wird. Die Abstimmungen können parallel statt finden, ist der Antrag im erster Runde erfolgreich, wird die Abstimmung der zweiten Runde obsolet.

Begründung

Umsetzung des Beschluss vom BPT 2009 (folgendes Papier wurde angenommen [Konzept zur programmatischen Weiterentwicklung der Piratenpartei](#))

- Achtung: Ob obiges Dokument überhaupt beschlossen wurde, ist hochumstritten. Im Protokoll vom Bundesparteitag ist dies nicht dokumentiert. Es ist also eher vom Gegenteil auszugehen.

Änderungsantrag Nr.

TE060

Beantragt vonMaha, Piratesse, Lena Rohrbach, Andreas Pittrich**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

- Gleichberechtigte Möglichkeit der Kinderversorgung: Kinder zu haben, darf nicht zu Diskriminierung oder Benachteiligung führen. Aus der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung darf sich weder ein Vorrecht noch eine Verpflichtung zu einer höheren oder geringeren Einbindung in die Kinderversorgung ergeben. Wir Piraten setzen uns ein für den Abbau noch bestehender gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, die eine tatsächlich freie, individuelle Entscheidung verhindern oder erschweren.
- Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen gebunden.
- Um die freie Selbstbestimmung eines Lebensentwurfes zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Auf die prinzipielle Verfügbarkeit solcher Betreuungsangebote muss es einen Rechtsanspruch von Geburt an geben.
- Kinder haben zu dürfen, muss von geschlechtlicher Identität bzw. Orientierung unabhängig sein. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen dürfen.

Begründung

Dieser Antrag soll die folgenden Anträge zur Queer- und Familienpolitik abrunden:

- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung
- Antragsfabrik/Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung
- Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Mit den Anträgen möchten wir das Parteiprogramm auf den aktuellen Stand der Queerpolitik (Geschlechterpolitik) bringen. Eine Positionierung in diesem Bereich ist sehr wünschenswert.

Die Anträge enthalten Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, allerdings ist ein solcher Programmfpunkt innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal.

Man erkennt deutlich, dass es hier um Maßnahmen geht, die weit über ein Wahlprogramm hinausgehen. Die Piratenpartei ist die geeignete Partei, solche Fragen voranzubringen. Daher soll die Queerpolitik ein Kernthema der Partei werden (im Partei- bzw. Grundsatzprogramm). Es ist sozusagen die zeitgemäße Form der Familienpolitik.

Familienpolitik scheint unseren Kernthemen fern zu liegen, dem ist aber gar nicht so: Es geht hier um Grundrechte, z.B. Art. 3 (1), "alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", Art. 6 (5) und evtl. 3 (3). Beim Ehegattensplitting geht es zudem um 3 (2). Außerdem gehört Familienpolitik zu den spinnwebsverstaubten Themen, die dringend mal von Grund auf neugedacht werden müssen, seit der Papst nicht mehr die Deutungshoheit über Gefühle hat, und irgendwer muss die Arbeit ja machen.

Änderungsantrag Nr.

TE061

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Wirtschaft ist so zu gestalten, dass Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen und Ausgrenzungen keinen Nährboden finden. Das System muss den Grundsätzen einer Sozialen Marktwirtschaft entsprechen und den Fortschritt der Gesellschaft fördern. Jedem Menschen in Deutschland ist eine faire Chance zur wirtschaftlichen Teilhabe zu gewährleisten.

Begründung

Die Wirtschaft soll eine treibende Kraft für Frieden, Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft sein. Sie umfasst und verbindet alle Teilnehmer unterschiedlicher Größe und Form, ob Unternehmen oder private Haushalte. Jeder von ihnen kann damit einen Beitrag für das Wohl der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leisten. Der Aufbau der Wirtschaft ist so zu gestalten, dass Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen und Ausgrenzungen keinen Nährboden finden. Das System muss den Grundsätzen einer Sozialen Marktwirtschaft entsprechen und den Fortschritt der Gesellschaft fördern. Jedem Menschen in Deutschland ist eine faire Chance zur wirtschaftlichen Teilhabe zu gewährleisten.

Änderungsantrag Nr.

TE062

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Das Wirtschaftssystem ist so zu gestalten, dass Monopolstrukturen und deren Entstehung verhindert werden. In Bereichen, in denen Monopole unumgänglich sind, (natürliche Monopole wie Infrastruktur) müssen sie in besonderem Maße einer demokratischen Kontrolle unterliegen bzw. im öffentlichen Eigentum sein. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, kostengünstiger Zugang zu gewährleisten.

Begründung

Eine besondere Beachtung gilt wirtschaftlichen Monopolen und monopolistischen Strukturen.

Das Wirtschaftssystem ist so zu gestalten, dass Monopolstrukturen und deren Entstehung verhindert werden. Hierfür bedarf es einer wirksamen Wettbewerbsgesetzgebung. Monopol- und Kartellstrukturen nehmen den Menschen Alternativen und führen deshalb zu verstärkten Abhängigkeiten.

Monopolbildung beinhaltet die Gefahr einer systematischen Übervorteilung von Kunden, Lieferanten, Beschäftigten und Öffentlichkeit durch die jeweiligen Monopolisten, was sich in erhöhten Preisen einerseits und Monopolprämien anderseits ausdrückt.

In Bereichen, in denen Monopole unumgänglich sind (natürliche Monopole wie Infrastruktur) müssen sie in besonderem Maße einer demokratischen Kontrolle unterliegen bzw. im öffentlichen Eigentum sein. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, kostengünstiger Zugang zu gewährleisten.

Änderungsantrag Nr.

TE063

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Unabhängigkeit der EZB von Wirtschaft und einzelnen Staaten muss weiterhin gesichert bleiben. Eine ausreichende Kontrolle der Möglichkeiten der Geldschöpfung durch die Banken muss gewährleistet werden. Die bisherigen Instrumente der EZB (z.B. Mindestreservesatz, Zinssätze und Kontrolle über die Bargeldmenge) müssen erweitert und ggf. verbessert werden.

Begründung

Die Geldpolitik Deutschlands ist über internationale Verträge im Rahmen der EWU festgelegt und wird durch die unabhängige EZB ausgeführt. Die Unabhängigkeit der EZB von Wirtschaft und einzelnen Staaten muss weiterhin gesichert bleiben.

Allerdings werden die Piraten untersuchen, ob die Möglichkeiten der Geldschöpfung durch die privaten Banken ausreichend kontrolliert wird und ob die Instrumente (z.B. Mindestreservesatz, Zinssätze und Kontrolle über die Bargeldmenge) der EZB hier ausreichend sind. Wir setzen uns für verbesserte Möglichkeiten zur Einrichtung und Nutzung alternativer oder komplementärer Zahlungs- und Verrechnungssysteme im privatwirtschaftlichen Rahmen ein.

Änderungsantrag Nr.

TE064

Beantragt vonBastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Eine Vereinfachung des Abgabensystems ist eine wesentliche Voraussetzung einer effizienteren, transparenteren und gerechteren Wirtschafts- und Finanzpolitik. Alle Steuern und Abgaben und sonstigen Finanzierungsinstrumente werden evaluiert. Bei allen Sozialversicherungssystemen und anderen staatlichen Aufgaben ist zu überprüfen, ob eine Steuerfinanzierung der Finanzierung durch andere Abgaben vorzuziehen ist. Das Instrumentarium der Festlegung, Erhebung und Auszahlung soll vereinfacht und vereinheitlicht werden. Aus Datenschutz- und Kostengründen soll es in einer einzigen Institution zusammengefasst werden.

Begründung

Wir streben eine Vereinfachung, Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung im System der öffentlichen Finanzen an. Dies soll für eine wirtschaftlichere, transparentere und gerechtere Verwendung öffentlicher Mittel sorgen und beinhaltet die folgenden Elemente:

Wir halten eine Vereinfachung des Abgabensystems für eine wesentliche Voraussetzung einer effizienteren, transparenteren und gerechteren Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Es gibt zu viele verschiedene Abgaben.

Das Finanzierungssystem der Bundesrepublik Deutschland sieht Steuern und sonstige Abgaben, darunter eine Reihe von staatlich vorgeschriebenen Finanzierungen zusätzlicher Systeme (von den Sozialversicherungen bis zu den Fernseh- und Rundfunkgebühren) vor.

Deren Erhebung ist in der Praxis oft intransparent und durch zahlreiche Sonder- und Ausnahmeregelungen selbst für Fachleute undurchschaubar.

Die PIRATEN wollen das Abgabensystem verschlanken. Sie wollen es effektiver und übersichtlicher machen. Darüber hinaus sollen neben den Finanzämtern zusätzlich bestehende Datensammel-, Geldeinzugs- und Auszahlungssysteme, wie die GEZ und die entsprechenden Strukturen der Arbeitsagenturen abgeschafft werden.

Alle Steuern und Abgaben und sonstigen Finanzierungsinstrumente werden evaluiert.

Dabei werden folgende Kriterien zu Grunde gelegt:

- Aufkommenselastizität
- Kosten/Aufkommensverhältnis
- Lenkungswirkung
- Verteilungswirkung
- sonstige Gestaltungsbesonderheiten (z.B. indirekte Subventionen)

Bei allen Sozialversicherungssystemen und anderen staatlichen Aufgaben wird überprüft, ob eine Steuerfinanzierung der Finanzierung durch andere Abgaben vorzuziehen ist.

Auf jeden Fall sollten Festlegung, Erhebung und Auszahlung über die Finanzämter erfolgen.

Entscheidungen über die Steuergestaltung sollen reversibel angelegt sein, um schnell darauf reagieren zu können, falls ungewünschte Wirkungen eintreten oder gewünschte nicht.

Unser Ziel besteht in der Einrichtung eines einfachen und dem Prinzip der Progression folgenden Systems der Einkommensbesteuerung, das alle Einkommensarten einer einheitlichen Regelung unterwirft. Dieses Konzept wird ergänzt durch ein System sinnvoller Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Die Steuern sind grundsätzlich als Gemeinschaftssteuern zu gestalten, deren Aufteilung sich nach Bevölkerungsanteilen und Bedarf richtet und ein kompliziertes Finanzausgleichssystem obsolet macht.

Wir fordern großzügige Freigrenzen und Pauschalisierungsmöglichkeiten. Dadurch wird insbesondere lokales, kleinteiliges und alternatives Wirtschaften gefördert.

Änderungsantrag Nr.

TE065

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Transfersysteme sind zu vereinfachen. Alle finanziellen Sozialleistungen sind möglichst durch ein einheitliches Grundsicherungssystem zu ersetzen, das beispielsweise als Grundeinkommen ausgestaltet werden kann und durch zusätzliche staatliche und privatwirtschaftlich organisierte Sozialversicherungen auf freiwilliger Basis ergänzt wird.

Begründung

Wir streben eine Vereinfachung des Transfersystems an. Alle finanziellen Sozialleistungen sind möglichst durch ein einheitliches Grundsicherungssystem zu ersetzen, das beispielsweise als Grundeinkommen oder in Form einer negativen Einkommensteuer ausgestaltet werden kann und durch zusätzliche staatliche und privatwirtschaftlich organisierte Sozialversicherungen auf freiwilliger Basis ergänzt wird.

Dadurch werden auch bürokratische Strukturen abgebaut und entwürdigende Kontroll- und Überwachungsprozeduren vermieden.

Änderungsantrag Nr.

TE066

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Staatsverschuldung ist zügig zu reduzieren, um auch in Zukunft politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Gesellschaft zur Verfügung zu haben. Ausgaben und unter anderem alle Subventionen werden auf den Prüfstand gestellt. Subventionen sollen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können.

Begründung

Piratische Haushaltspolitik ist solide und nachhaltig. Die Piraten wollen so schnell wie möglich ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung erreichen. Die Staatsverschuldung soll zügig reduziert werden, um auch in Zukunft politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Gesellschaft zur Verfügung zu haben. Darüber hinaus ist eine Schuldenrückführung auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit unabdingbar.

Ausgaben und unter anderem alle Subventionen werden auf den Prüfstand gestellt. Subventionen sollen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können.

Zum Beispiel: Jede Subvention sollte nur für 2-3 Jahre beschlossen werden. Wird eine Weiterführung der Subvention als notwendig und sinnvoll angesehen, sollte die Fortführung neu beschlossen werden müssen.

Änderungsantrag Nr.

TE067

Beantragt von

Bastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Piratische Haushaltspolitik gründet sich auf dem Verursacherprinzip. Wer bestellt bezahlt. Das Jährlichkeitsprinzip eines Haushalts ist aufzuweichen, um so Anreize für Einsparungen und Ansparungen für Projekte zu ermöglichen. Um es dem Bürger zu erleichtern, die finanzielle Situation des Staates auf allen Ebenen des Föderalismus nachzuvollziehen bzw. auszuwerten, ist mehr Transparenz hinsichtlich der Haushaltssituation staatlicher Institutionen einzuführen. Es sollen auf allen staatlichen Ebenen Bilanzen oder Haushalte nach einheitlichen Bilanzierungsrichtlinien erstellt werden. Hierbei sollen auch die öffentlichen Unternehmen einbezogen werden. Die konsolidierten Bilanzen sollen auch über mehrere Verwaltungsebenen nachvollziehbar sein.

Begründung

Ein Grundsatz piratischer Haushaltspolitik ist auch das Verursacherprinzip. Wer bestellt bezahlt. Das bedeutet, wenn staatliche Ebenen Entscheidungen treffen, die bei anderen staatlichen Ebenen Kosten induzieren, müssen sie dafür aufkommen. Piratische Haushaltspolitik zielt darauf, das Jährlichkeitsprinzip des Haushalts aufzuweichen, um so Anreize für Einsparungen und Ansparungen für Projekte zu ermöglichen.

Wir wollen es dem Bürger erleichtern, die finanzielle Situation des Staates auf allen Ebenen des Föderalismus nachzuvollziehen bzw. auszuwerten.

Daher will die Piratenpartei mehr Transparenz hinsichtlich der Haushaltssituation staatlicher Institutionen einführen. Auch wenn die grundlegenden Informationen, verteilt in zahlreichen einzelnen Haushalten von Kommunen, Kreisen, Bundesländern und Ämtern öffentlich zugänglich sind, sind sie aufgrund fehlender Standards nur mit großem Aufwand auswertbar. Es sollen auf allen staatlichen Ebenen, Bilanzen oder Haushalte nach einheitlichen Bilanzierungsrichtlinien erstellt werden. Hierbei sollen auch die öffentlichen Unternehmen einbezogen werden. Die konsolidierten Bilanzen sollten auch über mehrere Verwaltungsebenen nachvollziehbar sein.

Änderungsantrag Nr.

TE068

Beantragt vonBastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Es ist ein modernes Schuldenmanagement einzuführen. Im Rahmen von und zwischen öffentlichen Körperschaften sollen alle Möglichkeiten einer finanziellen Zusammenarbeit ohne Zwischenschaltung Dritter genutzt werden. Öffentliche Unternehmen sind nur für Aufgaben zu erhalten und zu gründen, wenn ihre Tätigkeit für die Daseinsvorsorge notwendig sind.

Begründung

Piratische Finanzpolitikpolitik setzt nicht nur auf eine möglichst schnelle Rückführung der Verschuldung, sondern auch auf ein modernes Schuldenmanagement. In Niedrigzinsphasen sollen Umschuldungen auch über den aktuell fälligen Schuldendienst hinaus angestrebt werden.

Öffentliche Körperschaften sollen alle Möglichkeiten einer finanziellen Zusammenarbeit nutzen, z.B. Cashpools und gegenseitige Kreditierung; auf Zwischenschaltung Dritter (z.B. Banken) soll möglichst verzichtet werden.

Öffentliche Unternehmen sollten nur bei Aufgaben erhalten und gegründet werden, die für die Daseinsvorsorge notwendig sind.

Änderungsantrag Nr.

TE069

Beantragt vonBastian und Nati2010 für die AG Wirtschaft**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Das Finanzsystem hat eine existenzielle Bedeutung für die Wirtschaft und verdient darum besondere Beachtung. Das Eingehen von existenzbedrohenden Risiken durch Banken muss durch strengere Eigenkapitalvorschriften und Vorgaben für eine transparentere Bilanzierung erschwert werden. Die Insolvenz einer Bank muss in der Praxis möglich sein, ohne das Funktionieren des Wirtschaftssystems wesentlich zu stören. Dies ist durch eine entsprechende Änderung der Insolvenzordnung zu bewirken, die kein Sonderkündigungsrecht für gewährte Kredite zulässt und die Verfügbarkeit der Kontenguthaben garantiert. Für den Insolvenzfall hat eine Bank einen vollständigen und auch für die Finanzaufsicht verständlichen Entflechtungsplan vorzuhalten.

Begründung

as Finanzsystem hat eine existenzielle Bedeutung für die Wirtschaft und verdient darum besondere Beachtung. Wie die krisenhaften Entwicklungen der Finanzmärkte in der jüngeren Vergangenheit gezeigt haben, sind hier stabilisierende Elemente notwendig. Das Eingehen von existenzbedrohenden Risiken durch Banken muss erschwert werden. Eine Möglichkeit hierzu sind strengere Eigenkapitalvorschriften und Vorgaben für eine transparentere Bilanzierung.

Die Insolvenz einer Bank muss in der Praxis möglich sein, ohne das Funktionieren des Wirtschaftssystems wesentlich zu stören. Dies ist durch eine entsprechende Änderung der Insolvenzordnung zu bewirken, die kein Sonderkündigungsrecht für gewährte Kredite zulässt und die Verfügbarkeit der Kontenguthaben garantiert.

Für den Insolvenzfall hat eine Bank einen vollständigen und auch für die Finanzaufsicht verständlichen Entflechtungsplan vorzuhalten.

Änderungsantrag Nr.

TE070

Beantragt vonAG Energiepolitik, vertreten durch Hartmut
Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen**

Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig sichere Energieversorgung. Daher soll die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft mittel- und langfristig durch nachhaltig verfügbare und umweltschonende Ressourcen ersetzt werden, wozu auch der adäquate Ausbau der Verteilungsnetze gehört. Dies wird ökologisch und ökonomisch durch wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse und wahrscheinliche Szenarios begründet. In Frage kommen generative, also praktisch unbegrenzt verfügbare Ressourcen wie Wind, Sonne, Wasser, Gezeiten und Geothermie sowie Biomasse als regenerative Energiequelle. Wir wollen erreichen, dass durch (re-)generative Ressourcen sowohl am Strom- als auch am Wärme- und Treibstoffmarkt mehr als die Hälfte des Energiebedarfs in Deutschland innerhalb einer Generation (ca. 30 Jahre) gedeckt werden können. Langfristig soll dieser Beitrag weiter erhöht werden.

Uns ist dabei bewusst, dass auch die Umstellung auf erneuerbare Energien Risiken birgt. Beispiele sind Gefährdungen bei exzessiver Nutzung von Wasserkraft und Geothermie, aber auch die Gewinnung von Biomasse in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Deswegen sind umweltverträgliche Verfahren zu bevorzugen, welche die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen und Naturgebieten minimieren.

Begründung

Eine Leitlinie piratiger Politik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, was nicht zuletzt die Ressourcen unseres Planeten betrifft. Dies führt logischerweise zur Förderung (re)generativer Energiequellen. Die Module 1 bis 4 zur Energiepolitik sind im Zusammenhang zu sehen.

Änderungsantrag Nr.

TE071

Beantragt vonAG Energiepolitik, vertreten durch Hartmut**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Förderprogramme**

Der Umstieg auf regenerative Energien soll durch Förderprogramme vorangetrieben werden. Damit verbundene Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile müssen ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sozial ausgewogen sowie unmittelbar für die Schonung von Ressourcen wirksam sein. Wichtig sind dabei die Förderung von Einsparmaßnahmen, von dezentralen Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme, die Förderung von Wärmedämmungsmaßnahmen sowie kostenlose Angebote zur Energieberatung.

Förderprogramme müssen langfristig angelegt sein und Planungssicherheit bieten, aber andererseits nach Erreichung des Förderzwecks konsequent zurückgefahren werden. Speziell für die Photovoltaik ist eine maßvolle Reduzierung der umlagefinanzierten Einspeisevergütung für Solarparks mit hohem Landschaftsverbrauch angebracht.

Grundsätzlich hat die steuerfinanzierte Förderung von Grundlagenforschung und Entwicklungsprojekten gegenüber der reinen Bezuschussung von Investitionsausgaben Vorrang. Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen müssen der Öffentlichkeit allgemein zugänglich gemacht werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Förderung sehen wir in der Verbesserung der Energieeffizienz und Verbrauchsvermeidung. Eine nachhaltige Reduktion des Energieverbrauchs schafft Spielräume für die schnellere Anpassung an die Herausforderungen einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Gesellschafts- und Wirtschaftsform.

Begründung

Das Prinzip der Nachhaltigkeit macht den mittelfristigen Umstieg auf erneuerbare Energien erforderlich. Dies ist im Kontext mit den Modulen 1 bis 4 zur Energiepolitik zu sehen.

Änderungsantrag Nr.

TE072

Beantragt von

AG Energiepolitik, vertreten durch Hartmut

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Nachhaltigkeit

Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die wirtschaftliche Aspekte über Nachhaltigkeit, Transparenz und Umweltverträglichkeit stellen. Insbesondere die Reduzierung des Energieverbrauchs gehört gegenwärtig weder zu den wesentlichen unternehmerischen noch zu den vorherrschenden politischen Zielen.

Von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung hängt aber unser aller Wohlstand wesentlich ab. Demzufolge müssen sich an diesem Ziel alle energiepolitischen Maßnahmen messen und daraus ableiten lassen.

Jede Form der Energieerzeugung und -verteilung muss nachhaltig gestaltet werden, da die Ressourcen endlich und deren Verbrauch terminiert ist. Unser Ziel ist, dass innerhalb einer Generation mehr als die Hälfte des Energiebedarfs aus regenerativen Ressourcen gedeckt wird. Dies muss sowohl umweltschonend als auch gesellschaftlich verträglich erfolgen. Einen wesentlichen Beitrag leisten dabei auch die Vermeidung und Reduzierung von Verbräuchen, gepaart mit Effizienzgewinnen.

Getragen von den Grundsätzen Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgernähe gibt sich die Piratenpartei Deutschland folgende energiepolitische Leitlinien.

Versorgungssicherheit

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen nationalen Energieplan ein, der die Ziele der Nachhaltigkeit, Effizienz und Versorgungssicherheit unter den Aspekten der Umweltverträglichkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz verfolgt.

Dieser Energieplan muss mit allen Beteiligten abgestimmt werden, wobei aber nicht rein wirtschaftlichen Interessen Priorität bei der Festlegung der Regeln eingeräumt werden soll.

Ein wesentlicher Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Kleinteilige Strukturen schaffen mehr Sicherheit, als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Die Energiewirtschaft soll so organisiert werden, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent

erfolgen und auch die Preisgestaltung öffentlich nachvollziehbar vorgenommen wird. Dies wird durch heterogene Strukturen und fairen Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht erreicht.

Die Betonung der Dezentralisierung schließt jedoch grenzüberschreitende Großprojekte – wie beispielsweise internationale Verbunde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen, Desertec und ITER – nicht aus. Diese müssen jedoch vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und weniger auf Gewinnmaximierung und Bildung von Infrastrukturmonopolen.

Netzausbau und Neutralität der Netzbetreiber

Im Sinne der Versorgungssicherheit und zur Vermeidung einer Konzentration auf wenige Anbieter sollen insbesondere Strom-, Gas- und Wärmenetze durch die öffentliche Hand reguliert werden, beispielsweise durch einen genossenschaftlichen Ansatz. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt. Dies muss durch Gesetzesinitiativen im Rahmen des nationalen Energieplanes sichergestellt werden.

Begründung

Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgernähe sind wesentliche piratige Prinzipien. Betrachtet man die Energiepolitik unter diesem Blickwinkel und nimmt man Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit als wesentliche Leitlinien hinzu, so gelangt man zu der Überzeugung, dass an der Umstrukturierung der Energiewirtschaft in Richtung erneuerbare Energien, gepaart mit Energieeinsparmaßnahmen und einem Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltungskraftwerke kein Weg vorbei führt. Die hier vorgestellten Absätze sind im Zusammenhang mit den Modulen 1 bis 4 zur Energiepolitik zu sehen.

Änderungsantrag Nr.

TE073

Beantragt vonwigbold**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Hiermit beantrage ich folgende Gliederungen, Überschriften und Punkte in das Grundsatzprogramm der PIRATEN aufzunehmen. Die Nummerierungen im Text dienen dabei lediglich der Diskussion und Kommunikation. In der Schriftlegung können sie dann ggf. vernachlässigt oder geändert werden.

1 Politischer Standpunkt der PIRATEN und Selbstverständnis

1.1 Das Menschenbild der PIRATEN entspricht dem Artikel 1 der Menschenrechte: *Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.* Die PIRATEN bekennen sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

1.2 Auf Grundlage ihres Menschenbildes und der Menschenrechte bekennen sich die PIRATEN zu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz verfaßt das Staatswesen der Bundesrepublik und garantiert jedem einzelnen Bürger seine Grundrechte, die sich aus den Menschen- und Bürgerrechten ergeben. Die durch das Grundgesetz verfaßte Bundesrepublik Deutschland ist der Garant dieser Rechte.

1.3 Den Ursprung allen Rechts sehen die PIRATEN im Naturrecht, das dem durch soziale Normen geregelten gesetzten oder positiven Recht vorhergeht und übergeordnet ist. Als besondere Quellen des Naturrechts sehen die PIRATEN: Die individuelle Selbsterkenntnis und Orientierung des Gewissens, die Natur an sich und die Vernunft.

1.4 Der politische Standpunkt der PIRATEN ist der des Einzelnen Bürgers hinter den Grundrechten. Die PIRATEN verteidigen die Grundrechte: Sie sprechen sich weitestgehend gegen eine Einschränkung der Grundrechte durch das Staatswesen aus.

1.5 Die PIRATEN sehen die Grundrechte als Schranken für das Staatswesen. Diese schützen den Einzelnen Bürger vor Übergriffen sowie Willkür des Staatswesens.

1.6 Die PIRATEN respektieren die Gewaltenteilung des Staatswesens in die drei Staatsgewalten: die Legislative, Exekutive und Judikative. Das Zusammenspiel der drei Staatsgewalten setzt voraus, dass keine über die anderen die Oberhand gewinnt und sie beherrscht. Selbiges gilt für die föderative (vertikale) Gewaltenteilung.

1.7 Freiheit des Einzelnen Bürgers bedeutet Selbstständigkeit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Selbstverwaltung oder Entscheidungsfreiheit des Einzelnen Bürgers. Der freie Bürger handelt frei in Verantwortung vor sich selbst. Die Freiheit des Bürgers selbst kann nicht durch das Staatswesen hergestellt sondern nur eingeschränkt werden.

1.8 Die PIRATEN unterstützen die Selbstständigkeit der Bürger. Sie setzen sich für die freie Selbstbestimmung des einzelnen Bürgers sowie der bürgerlichen Gesellschaften ein - ganz im Sinne einer kulturellen Vielfalt.

1.9 Durch die auf das Staatswesen einwirkenden Lobbyverbände sehen die PIRATEN die Gewaltenteilung des Staates sowie die Freiheit des Einzelnen Bürgers gefährdet. Die PIRATEN zeigen der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Sicht der Dinge neben der der Lobbyverbände sowie der des Staatswesens auf. Sie bieten so den Bürgern eine Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen.

1.10 Die PIRATEN werden unvoreingenommen auch mit Distanz zu herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards ein ReEngineering Politischer Dinge betreiben.

1.11 Die PIRATEN werden die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschaftsordnung anstreben.

Begründung

Bürgerbezogenheit

Der Ursprung der Piraten-Bewegung ist das Piratbyrån (Piratenbüro), eine schwedische Organisation, die gegründet wurde, um den individuellen Kampf gegen Copyright und geistiges Eigentum durch das Tauschen von Informationen und Kulturaspekten zu unterstützen. Es geht dem Piratenbüro darum, der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Sicht der Dinge neben der der Lobbyverbände aufzuzeigen.

Als politischer Arm dieser Bewegung entstand in Schweden 2006 die Piratpartiet, die eine Welle von Parteigründungen in anderen Ländern auslöste. Aus diesem Ursprung heraus und der Idee folgend entstand auch die Piratenpartei Deutschland.

Der Bezug auf den Bürger ist der wesentliche Aspekt einer piratigen Argumentation. Ihr folgend treten die PIRATEN für die Grundrechte der einzelnen Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein und stellen sich hinter die Menschenrechte.

Diese **Bürgerbezogenheit gibt den PIRATEN ein Alleinstellungsmerkmal in der politischen Landschaft**, denn – hören wir genau hin – argumentiert sogar die FDP in einem Bezug auf das Staatswesen: "Deutschland kann es besser" und setzt auf "die Verantwortung der Bürger". So wird ein Liberalismus gestaltet, der durch "mehr Verantwortung und weniger Verbote" den Lobbyisten folgend einigen Gesellschaften dient. Und das im Namen der "individuellen Freiheit" und der "Bürger- und Menschenrechten weltweit."[\[1\]](#)

Es ist schlau in der Politischen Debatte den bürgerlichen Standpunkt als piratigen darzustellen und für die Bürger klar erkennbar den Bürgerbezug von Politik herzustellen. Die PIRATEN werden so zu einer Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen.

Rechtstaatlichkeit, Gewaltenteilung

Den Vorwurf, daß die PIRATEN rechtsfreie Räume fordern, kennen wir.

Durch den klaren Bezug auf den rechtsphilosophischen Ursprung des Rechts, das Naturrecht, stellen wir PIRATEN klar, daß es keine rechtsfreien Räume gibt, und daß sogar das Staatswesen auf dem Recht basierend ist. Recht, was schon vor dem Staatswesen existierte, und aus dem sich die Menschen das Recht nahmen, Staaten zu gründen.

Der Rechtsstaat ist ein verfaßter Staat, der sich auf dem Recht begründet. Ein Rechtsstaat ist ein Staat, in dem die Staatsgewalten en eine auf Dauer angelegte objektive Wert- und Rechtsordnung gebunden sind. Die Bindung des Staates an das Recht wird durch unabhängige Gerichte gesichert.

Wir PIRATEN stellen klar, daß wir hinter dem Recht und der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland stehen. Wir stellen klar, daß wir wissen, daß der Rechtsstaat nur funktionieren kann, wenn die die Gewaltenteilung funktioniert – horizontal und vertikal!

Gesellschaft und Staat

Die bürgerliche Gesellschaft und das Staatswesen werden durch die Gründung eines Rechtsstaates geschaffen. Die Regelungen dazu wurden für die Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz festgeschrieben.

Da die Menschen dem Staatswesen das Gewaltenmonopol zusprachen, müßten sie die Gesellschaft vor dem Staat schützen. Die im Grundgesetz verfaßten Grundrechte der Bürger sind die Schranken des Staatswesens. Sie verhindern das Übergreifen des Staatswesens auf die einzelnen Bürger bzw. die bürgerlichen Gesellschaften.

Ich weiß, daß sich manche Piraten für ein Teil des Staates halten. Sie haben bedingt Recht: Durch die demokratische Mitbestimmung in unserer parlamentarischen und representativen Demokratie ist jeder Bürger Teil einer Staatsgewalt: Der Legislative. Auch die Funktionen der Exekutive und Judikative werden durch Bürger getragen. Doch die bürgerliche Gesellschaft an sich, ist nicht Teil des Staatswesens. – Genau wie jeder Bürger nicht Teil des Staatswesens ist.

Die im obigen Grundsatz stehende Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft macht klar, daß der Bezug auf den Bürger sich auch auf die Funktion der Bürger im Staatswesen bezieht.

Die PIRATEN stellen mit den Grundsätzen klar, daß die Gesellschaft sowie die einzelnen Bürger durch die Grundrechte vor Übergriffen des Staatswesens und seiner Funktionsträger geschützt werden, und daß die PIRATEN für die Durchsetzung dieser Grundrechte auch im Staatsrecht stehen.

Selbstbestimmung, kulturelle Vielfalt

Selbstbestimmung der einzelnen Bürgers und der bürgerlichen Gesellschaften ist nur möglich in Freiheit. Entscheidungsfreiheit und Handlungsfreiheit sind wesentlich, ebenso die die Verantwortung für sich selbst. Jede Staatliche Regulierung für zu Einschränkung der Freiheit, und der Bürger verliert die Verantwortung vor sich selbst, wird verantwortlich vor dem Staatswesen.

Die Einengung des Entscheidungs- und Handlungsraumes sowie die Verantwortlichkeit vor einer Obrigkeit führt zur Homogenisierung der Gesellschaft: Fehlende Selbstbestimmung, Ablehnung von Selbstverantwortung und kulturelle Einfalt.

Die PIRATEN sind sich dessen bewußt und fordern weite Räume der Selbstbestimmung, individueller und gesellschaftlicher Freiheit ganz im Sinne kultureller Vielfalt.

Lobbyismus

Lobbyismus setzt an allen Staatsgewalten an. Lobbyismus nimmt Einfluß aus die Legislative, die Exekutive und die Judikative. Hierdurch soll praktisch eine Gleichschaltung der Staatsgewalten erfolgen, damit das Staatswesen bestimmten Interessengruppen dient.

Obenstehender Grundsatz macht klar, daß die PIRATEN den Lobbyismus als Gefahr für den Rechtsstaat sehen. Grundrechte werden aufgeweicht bzw. in der Gesetzgebung vernachlässigt. Die zahlreichen Korrekturen an Gesetzgebung der letzten Zeit durch den Bundesgerichtshof bestätigen diesen Trend.

Mit kommt es vor, als betreibt das Staatswesen geführt von Lobbyisten Penetrationstests auf die Grundrechte.

Die PIRATEN stellen durch obenstehende Grundsätze klar, daß sie bürgerbezogen hinter den Grundrechten stehen und diese Schranken des Staatswesens hochhalten, Versuche der Penetration wachsam bemerken und Öffentlichkeit über diese Vorgänge erzeugen.

Orientierung

Die PIRATEN stellen klar, daß sie die politische Dinge bürgerbezogen mit Orientierung an der individuellen Freiheit gestalten werden.

Zusammenfassung

Die PIRATEN haben die einmalige Chance einen politischen Standpunkt einzunehmen, der von den anderen/etablierten Parteien nicht besetzt ist; - bzw. nicht mehr erreicht werden kann. Diese haben in ihrer staatswesentlichen Orientierung vollkommen vergessen, daß Staat und Gesellschaft zwei Seiten einer Medaille sind. Diese Parteien sind so in ihren etablierten Funktionen der Legislative, Exekutive und Judikative eingebunden, daß sie sich als Teil des Staates verstehen, der die bürgerliche Gesellschaft bestimmt. Lobbyisten verstärken dieses Selbstbild der etablierten Parteien.

Die PIRATEN hingegen sind noch nicht durch die Macht der Staatsgewalten korrumptiert sowie durch Lobbyisten verwoben. Sie können klar differenzieren und sich frei entscheiden.

Ich hoffe, daß mein Antrag angenommen wird und somit die bürgerbezogene Sicht der Dinge als Perspektive für unsere Politik gewählt wird.

Ich bin der festen Überzeugung: Von diesem Standpunkt aus und mit diesem Selbstverständnis erreichen wir eine große Zahl Nichtwähler sowie frustrierte Wähler der etablierten Parteien

Zudem werden piratige Argumentationen gefestigt: Z.B. können wir auf Basis dieser Grundsätze klar argumentieren, daß es zwar keine Rechtsfreien Räume gibt, jedoch Staatsfreie Bereiche in der bürgerlichen Gesellschaft: Privatsphäre!

Auf Basis dieses Standpunktes lassen die PIRATEN den einzelnen Bürgern sowie die bürgerlichen Gesellschaften ihre Zukunft selbst gestalten. Sie machen klar, daß sie eine den Bürger unterstützende Politik machen statt eine den Bürger bestimmende.

Arrr ...

Änderungsantrag Nr.

T074

Beantragt vonInfoSöldner**Programm**

Parteiprogramm bzw. Grundsatzprogramm

Schlagworte Pro

Freiheit, Selbstbestimmung, Geschlechterpolitik

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen****Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung****Zuordnungen von Geschlechterrollen und Geschlechtern**

Die Piraten setzen sich für die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung ein. Eine wirklich freie Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sich jeder Mensch frei für eine, keine oder mehrere Geschlechterrollen oder Geschlechter (Meldewesen etc.) entscheiden und diese Entscheidung zu jeder Zeit verändern kann. Zugewiesene Zuordnungen zu einem Geschlecht oder einer Geschlechterrolle lehnen wir ab, wenn sie dem Willen der Betroffenen widersprechen. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle oder der sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht.

Geschlechtszuordnenden Operationen

Geschlechtszuordnenden Operationen bei Kindern dürfen nur durchgeführt werden, wenn beide Elternteile über die Ursachen und folgen detailliert und unabhängig aufgeklärt wurden, eine angemessene Bedenkzeit hatten und der beide der Operation zustimmen. Ziel sollte es sein dem Kind die Möglichkeit zu geben selbst über eine Operation und das eigene Geschlecht zu entscheiden, sobald es geistig dazu in der Lage ist.

Ehe

Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft. Eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft sollte grundsätzlich zwischen zwei unverheirateten, volljährigen, nicht blutsverwandten^[1] Personen ungeachtet ihres Geschlechts möglich sein.

[1] bis in den vierten Grad der Seitenlinie (Geschwister, Onkel/Nichte, Tante/Neffe, Cousins 1. Grades)

Begründung

Der Antrag möchte das Parteiprogramm auf den aktuellen Stand der Queerpolitik (Geschlechterpolitik) bringen. Er ist eine verbesserte Version des Antrag [Queerpolitik](#). Dieser Antrag wurde nach Meinung des Autors auf das wesentliche gekürzt, und Problematische Teile entfernt.

Änderungsantrag Nr.

TE075

Beantragt von

AG Umwelt und Energie des Landesverband Brandenburg, vertreten durch Sebastian Pochert, Christoph B., Heiko, Petra W. und Johannes W.

Programm

Parteiprogramm / Wahlprogramm

Schlagworte Pro

Sicherheitsrisiken, Alternativen, Bürgerrechte, Umweltschutz, Unwirtschaftlichkeit

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Anwendung der CCS-Technologie und damit die gezielteendlagerung von CO₂ im Boden sowie in Gewässern abzulehnen sowie Folgendes unter der gegebenenfalls am Ende des Parteiprogramms zu erstellenden Überschrift "Energiepolitik" aufzunehmen:

Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (engl. *Carbon Dioxide Capture and Storage*, kurz CCS) birgt eine große Anzahl an potenziellen Gefahren, die bisher nicht zu überblicken sind.

Einige dieser Gefahren sind Erdbeben und Erdrutsche, welche für anliegende Städte und Ortschaften Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden bedeuten würden.

Die Abscheidung, der Transport und die CO₂-Endlagerung mindern die Effizienz der Kraftwerke, wodurch die Stromerzeugung teurer werden würde und sehr viele Steuergelder aufgewendet werden müssten. Aus diesen Gründen lehnen wir die Anwendung der CCS-Technologie, die die CO₂-Emissionen von Kraftwerken vermindern soll, ab. Eine Abscheidung von CO₂ für andere Nutzungsarten wird nicht abgelehnt.

Begriffsklärung

CCS bezeichnet die Abscheidung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus industriellen Prozessen (z.B. Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen) mit dem Ziel der anschließenden Endlagerung in unterirdischen und unterseeischen Speicherstätten. Durch die Einlagerung soll verhindert werden, dass das CO₂ in die Atmosphäre gelangt, wo es als Treibhausgas wirken könnte. Eine Abscheidung von CO₂ zur weiteren Nutzung, z.B. für chemische Synthesen, darf nicht als Teil des CCS-Verfahrens verstanden werden.

Begründung

Es gibt zahlreiche Gefahren, Probleme und Alternativen bezüglich dieser Technologie.

Gefahren:

Labor- sowie Feldexperimente zeigen, dass gelagertes CO₂, beispielsweise durch von Reaktionen spröde gewordenes Gestein, ins Grundwasser und an die Oberfläche gelangen kann. Dieses könnte das Grundwasser ungenießbar machen und Menschen und Tiere ersticken. Die unterirdische Druckzunahme bei der Verpressung könnte Erdbeben, Erdrutsche und Oberflächenverformungen induzieren, was Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden auch außerhalb des Endlagergebiets zur Folge hätte. Auch dieendlagerung von CO₂ im Meer könnte dortiges Leben durch eine Übersäuerung des Wassers auslöschen.

Nachteile:

Die Anwendung von CCS würde jährlich mehrere Milliarden Euro kosten. Am teuersten wären zunächst das Nachrüsten der Kraftwerke und besonders der Bau von Pipelines und CO₂-Verpressungsanlagen. Ein Kraftwerk, welches das Abscheidungsverfahren einsetzt, benötigt je nach Kraftwerkstyp bis zu 40% der erzeugten Energie für die Abscheidung. Die Effizienz der Kraftwerke würde sich stark vermindern und mehr Brennstoff benötigt werden. Die Mehrkosten würden die Strompreise erhöhen.

Durch den erhöhten Brennstoffbedarf würden Ressourcen stärker ausgebeutet werden. Es würden mehr Tagebaue benötigt, Landschaften schneller zerstört und ein höherer Schaden an Mensch und Natur angerichtet werden.

Beim Transport zu Endlagerstätten könnte giftig verunreinigtes CO₂ austreten und Vergiftungen hervorrufen. Würde dieses vorher gereinigt werden, würden sich die Kosten und der Energiebedarf noch stärker erhöhen.

Gemäß dem aktuellen Gesetzesentwurf soll 30 Jahre nach Endlagerungsbeginn der Steuerzahler die weiteren Kosten für die Überwachung der Endlager zahlen. Es soll sichergestellt werden, dass das CO₂ jahrtausendelang sicher gelagert wird. Dies wäre finanziell, technisch, materiell und personell nicht durchführbar. Frühestens ab 2020 wäre das Verfahren industriell einsetzbar, bis dahin wären jedoch erneuerbare Energien viel weiter ausgebaut, in der Anschaffung billiger und daher vorzuziehen. Die Anwendung der CCS-Technologie würde die klimafreundlicheren und kostengünstigeren erneuerbaren Energien verdrängen. Die Speicherkapazität aller möglichen Endlager ist begrenzt und wäre in Deutschland nach 50 bis 90 Jahren erschöpft.

Bürgerrechtsprobleme:

Die Akzeptanz durch die Bevölkerung in den potenziell betroffenen Gebieten ist nicht gegeben. Bürger dieser Gebiete protestieren bereits und weitere Proteste sind angekündigt. Jeder Bürger sollte das Recht haben, selbst entscheiden zu können, ob unter seinem Grund und Boden Industrieabfall entsorgt werden dürfe. Da die meisten Bürger dies ablehnen, darf eineendlagerung nicht stattfinden. Durch die Endlagerung würde der Wert der betroffenen Grundstücke sinken und die gesamte Region für die Bevölkerung und den Tourismus unattraktiv werden.

Alternativen:

Durch den Verzicht auf CCS würden viele staatliche Gelder eingespart werden, welche unter Anderem zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Erforschung der Energiespeicherung, zur Aufforstung zerstörter Wälder, sowie zur Effizienzsteigerung bestehender Energiequellen eingesetzt werden sollten.

Außerdem kann CO₂ als Energiespeicher verwendet werden. Man kann es in Methan umwandeln und dieses dann dem Gasnetz zuführen oder in Gaskraftwerken verbrennen, das CO₂ wieder abscheiden und erneut in Methan umwandeln. Dies wäre sinnvoll, wenn regenerative Energieproduktion mehr Strom erzeugt als zu dem Zeitpunkt genutzt wird. Strom würde dann in chemische Bindungsenergie umgewandelt, als solche gespeichert und bei erhöhtem Energiebedarf wieder freigesetzt. Da abgeschiedenes CO₂ in einem Kreislaufsystem als Energiespeicher sinnvoll verwendet werden kann, ist es auch im Hinblick auf die genannten Risiken unnötig, es endzulagern.

Weitere Argumente sowie Quellen befinden sich [hier](#).

Änderungsantrag Nr.

TE076

Beantragt vonThomas-BY**Programm**

Wahlprogrammentwurf – Familienrecht / auch Arbeit und Soziales

Schlagworte Pro

Elternzeit, Erziehung, Kündigungsschutz

Schlagworte Contra

unbezahlbar, Finanzierung, Themenerweiterung

Beantragte Änderungen

Dieser Antrag setzt voraus, dass der Programmänderungsantrag Freie Selbstbestimmung Familienförderung (oder in ähnlicher Form) beschlossen wird. In diesem Fall möge der Bundesparteitag 1.2010 der Piratenpartei Deutschland beschließen, den folgenden Text in den Entwurf des zu beschließenden Wahlprogramms aufzunehmen:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Um die Wahrnehmung dieser Verpflichtung auch für berufstätige Eltern zu ermöglichen, besteht bei vorhandenen Kindern im Kleinkindalter bereits ein Rechtsanspruch auf Elternzeit. Diese umfasst derzeit eine Dauer unbezahlter Freistellung von der Arbeit von maximal 3 Jahren nach Geburt des Kindes. Eine Unterbringung in einer Kinderbetreuungseinrichtung ist in der Regel erst zum nächsten Einschulungstermin nach Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes möglich, wodurch erziehende Elternteile nur selten nahtlos in das Berufsleben zurückkehren können, dadurch ihren bisherigen Arbeitsplatz aufgeben müssen, ggf. arbeitslos werden sowie weitere bestehende Ansprüche verlieren.

Um diese Lücke zu schließen, wird die Erhöhung der Anspruchsdauer für die Elternzeit bis zum nächsten Einschulungstermin des Bundeslandes nach Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes gefordert.

Begründung

siehe Antragstext

Dieser Antrag wurde ursprünglich für das Parteiprogramm eingereicht, ist dafür aber aus Sicht des Antragstellers und anderer nicht geeignet. Er wurde daher erneut für den Entwurf eines zu beschließenden Wahlprogramms eingereicht, unter der Voraussetzung, dass z.B. der Programmänderungsantrag Freie Selbstbestimmung Familienförderung beschlossen wird.

Änderungsantrag Nr.

TE077

Beantragt vonAG_FLOSS (Ansprechpartner: Dominic Hopf)**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte ProTransparenz, Open Access, Informationelle Selbstbestimmung,
Patentrecht, Bildung**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Teil 1**

Im Kapitel Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung wird der gesamte Abschnitt Gleichstellung von Software aus dem Parteiprogramm gestrichen, da dieser durch Teil 2 dieses Antrages überflüssig wird.

Teil 2

Das folgende Kapitel wird in das Parteiprogramm an geeigneter Stelle übernommen.

Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur

In unserer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass alle Bürger jederzeit die volle Kontrolle über ihre Informationsverarbeitung und Kommunikation erlangen können, sofern sie dies wünschen. Diese Freiheit aller Bürgerinnen soll verhindern, dass die Macht über Systeme und Daten in den Händen Einzelner konzentriert wird. Sie versucht diese so breit wie möglich auf alle Bürger zu verteilen und so ihre Freiheit und Privatsphäre zu sichern.

Offene Standards

Die freie und andauernde Verwendung von Daten jeder Art durch alle Nutzerinnen mit Systemen ihrer Wahl kann nur erfolgen, wenn diese Daten in einem Format vorliegen, das den Kriterien eines Offenen Standards entspricht. Ähnlich ist es bei der Zusammenarbeit verschiedener technischer Systeme. Diese sind nur dann bei gleicher Funktionalität austauschbar, wenn ihre Schnittstelle ein Offener Standard ist. Wir setzen uns deshalb für den konsequenten Einsatz und die Verbreitung von Offenen Standards ein. Denn so wird die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern verringert und ein freier Wettbewerb technischer Lösungen möglich.

Dabei verstehen wir einen Offenen Standard als ein Protokoll oder Format, das

- 1.vollständig, öffentlich, ohne Einschränkungen für alle Beteiligten gleichermaßen zugänglich ist, bewertet und benutzt werden kann,
- 2.ohne Komponenten oder Erweiterungen ist, die von Formaten oder Protokollen abhängen, die selbst nicht dieser Definition entsprechen,
- 3.frei ist von juristischen oder technischen Klauseln, die seine Verwendung von jeglicher Seite oder jeglichem Geschäftsmodell einschränken,
- 4.unabhängig von einem einzelnen Hersteller geleitet und weiterentwickelt wird, in einem Prozess, der einer gleichberechtigten Teilnahme von Wettbewerbern und Dritten offen steht,
- 5.verfügbar ist in verschiedenen vollständigen Implementierungen von verschiedenen Herstellern oder als vollständig freie Implementierung.

Freie Software

Wir setzen uns für die Förderung von Software ein, die von allen uneingeschränkt benutzt, untersucht, verbreitet und verändert werden kann. Diese sogenannte Freie Software garantiert ihren Nutzerinnen alle wesentlichen Freiheiten, die notwendig sind, um die Kontrolle über ihre technischen Systeme selbst zu übernehmen und diese gegebenenfalls kollektiv und demokratisch weiter zu entwickeln. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Autonomie und Privatsphäre aller Nutzer. Insbesondere Bildungseinrichtungen und die gesamte öffentliche Verwaltung sollen schrittweise darauf hinarbeiten ihre gesamte technische Infrastruktur auf Freie Software umzustellen, um so langfristig Kosten für die öffentlichen Haushalte und die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zu reduzieren.

Software Patente

Patente auf Software-Ideen lehnen wir als innovationsfeindlich und schädlich ab. Mathematik und Logik sollten nicht patentierbar sein. Software ist ein gesellschaftlich extrem wichtiges Werkzeug, dass nicht durch Patente monopolisiert werden darf. Wir sind überzeugt, dass durch den freien Austausch von Software-Ideen mehr Innovation und Nutzen für die gesamte Bevölkerung entsteht.

Digitale Rechteverwaltung (DRM)

Der freie Fluss von Informationen ist für unser Informationszeitalter von unschätzbarer Wichtigkeit. Wir lehnen daher technische Maßnahmen ab, die diesen Fluss behindern und stellen die Mündigkeit der Nutzerinnen in den Vordergrund. Software darf nicht verboten werden, nur weil man damit einen Kopierschutz umgehen oder ein System potentiell gefährden kann. Das Recht auf Privatkopie sowie andere legale Verwertungsmöglichkeiten von Daten dürfen nicht durch technische Mittel ausgehebelt werden.

Begründung Teil 1

1. Software-Lizenzen

Die besonderen Bestimmungen für Computerprogramme im [Abschnitt 8](#) des UrhG ermöglichen Softwarelizenzen wie die [GNU GPL](#), die zum Schutz Freier Software essentiell sind. Würden diese Sonderbestimmungen aufgehoben, könnte Freie Software unfrei gemacht werden und in proprietäre Programme einfließen, die die Freiheit ihrer Nutzer nicht mehr respektieren. Dies stünde dem Willen der Autoren und der Computer benutzenden Allgemeinheit entgegen. Letztere verlöre die Kontrolle über die vormals Freie Software, könnte die Funktionsweise nicht mehr überprüfen, sie nicht mehr gemeinschaftlich verbessern und vieles mehr.

2. Wirkungslosigkeit

Das Urheberrecht ist nicht der entscheidende Faktor bei der Einschränkung von Nutzung und Verbreitung von Software. Digitales Restriktionen-Management (DRM), das Fehlen von Quelltext, spezielle in die Software eingebaute Techniken (z.B. Online-Aktivierung) und die Endnutzer-Lizenzzverträge (EULA) schränken die Nutzung und Vervielfältigung von Software wesentlich stärker ein. Nur Freie Software ist wirklich frei von diesen Einschränkungen.

3. Sonderstatus von Software

Folgender Text stammt von [Pfaffenhofen/AG Freie Software](#). Software ist anders als andere kreative Werke, da sie immer in zwei Formen vorliegt. Quellcode (von Menschen lesbar) und Binärcode (nur vom Computer lesbar). Eine Gleichbehandlung von Software und anderen Werken im Urheberrecht kann deshalb zu nicht beabsichtigten Konsequenzen führen. Software altert und muss ständig an sich ändernde Umstände und Umgebungen angepasst werden, sonst verliert sie ihren Nutzwert. Musik, Filme, Bücher, Bilder oder andere Kunstwerke teilen diesen Nachteil nicht, vor allem wenn sie digitalisiert - der einzige sinnvollen Form von Software - vorliegen.

4. Benachteiligung Freier Software

Es würde die Weitergabe jeder Art von Software legalisiert und den Usern so ein starker Anreiz, Freie Software zu benutzen und sich für ihre Verbesserung einzusetzen, genommen. Sie könnten zwar unfreie Software wie z.B. Photoshop legal kopieren und nutzen, wären aber in ihrer Nutzung der Software immer noch durch den Hersteller willkürlich eingeschränkt. Die Gemeinschaft wäre daran gehindert, das Programm in ihrem Sinne weiter zu entwickeln und Menschen in anderen Ländern wären von der Nutzung immer noch ausgeschlossen. Die Unterstützung Freier Software würde allen Menschen überall zugute kommen und kann ungeachtet der örtlichen Urheberrechtslage genutzt werden.

5. Überflüssig

Teil 2 dieses Änderungsantrages macht die gesonderte Passage zu Software überflüssig, da er sich viel weitgehender mit dieser Thematik befasst.

Begründung Teil 2

Der Antrag unterstreicht die Grundsätze der Piratenpartei Deutschland zu den Themen Informationelle Selbstbestimmung, Transparenz, Open Access, Patentrecht und Bildung in einem besonderen Maße. Viele der genannten Grundsätze sind ohne den konsequenten Einsatz Freier Software nicht realisierbar.

Der Überwachungsstaat könnte so zum Beispiel auch mit technischen Mitteln verhindert werden, da Macht und Kontrolle über Datenverarbeitung und Kommunikation auf alle Bürgerinnen und Bürger verteilt und somit so gering wie möglich gehalten wird.

Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger wird durch die dezentrale Speicherung von Daten und die dezentralen Kommunikationsmöglichkeiten in besonderem Maße gestärkt, weil es durch den Einsatz Freier Software keinen zentralen Eingriffspunkt für Manipulationen gibt.

Nur Freie Software macht den Aufbau einer eigenen Infrastruktur für den Bürger möglich, welche Kontrolle und Nachvollziehbarkeit erlaubt. So kann sichergestellt werden, dass keine privaten Daten an Dritte weiter gegeben werden. Dies gilt für Unternehmen mit monopolartiger Stellung genauso wie für einen (Überwachungs-) Staat.

Freie Software in Institutionen und Behörden unterstützt die Forderung der Piratenpartei nach Transparenz. IT-Prozesse und Datenflüsse öffentlicher Verwaltungen sind nur durch den Einsatz von Freier Software vollständig nachvollziehbar. Staatliche Schnittstellen zum Datenabruf und zur Interaktion mit Bürgerinnen können nur mit offenen Datenformaten, offenen Protokollen und somit auch nur mit Freier Software problemlos und transparent umgesetzt werden.

Staatlich finanzierte Software muss von den Bürgerinnen und Bürgern frei weiterverwendet und verändert werden dürfen, da die Software mit Steuergeldern finanziert wird. Dies unterstreicht in einem besonderen Maße die Forderung der Piratenpartei nach Open Access und ist ebenfalls nur mit Freier Software realisierbar. Beispielsweise ist die Software für die elektronische Steuererklärung (ELSTER) unfrei und zusätzlich nur für Microsoft Windows verfügbar. Würde ELSTER unter einer freien Lizenz stehen, hätten die Bürger selbst die Möglichkeit, ELSTER auf andere Betriebssysteme zu portieren.

Im Bildungswesen muss es allen Lernenden möglich sein, Arbeiten in einem allgemein zugänglichem offenen Format zu erstellen. Derzeit werden immer wieder von Studierenden Arbeiten in proprietären Formaten verlangt, Studenten und Schülerinnen sind aber oft finanziell nicht in der Lage, sich diese Programme zu leisten und werden so in die "Beschaffungskriminalität" gedrängt. Mit einem verstärktem Einsatz von Freier Software in der Bildung, gäbe es einen Grund weniger, dass Bildung ein Privileg für Kinder reicher Eltern bleibt oder wird. Werden verstärkt proprietäre Formate durch die Lernenden eingesetzt, entsteht bei den Bildungseinrichtungen ein zunehmender Investitionsdruck, da sie ebenfalls diese Softwarereprodukte bereitstellen müssten. Der Einsatz Freier Software würde so helfen, die knappen Kassen im Bildungswesen zu entlasten. Freie Software ermöglicht es den Lernenden außerdem, die Funktionsweise von Software zu studieren und sogar zu verändern, ohne dass zusätzlich Lizenzkosten oder ähnliche Einschränkungen anfallen. Dies unterstützt die Einstellung der Piratenpartei bezüglich des freien Zugangs zu Wissen.

Die Piratenpartei spricht sich bereits jetzt im Parteiprogramm gegen Softwarepatente aus, denn Patente auf Software-Ideen schaden der Innovation im IT-Sektor und machen eigentlich Freie Software unfrei. Sie helfen nur den großen Firmen und Anwälten, aber nicht den kleinen Entwicklern. Der Antrag unterstreicht die Aussprache der Piratenpartei gegen Softwarepatente.

Freie Software fördert zudem die lokale IT-Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand. Sie hilft somit, dass Investitionen in der Region bleiben und dort Arbeitsplätze sichern.

In Zeiten der Globalisierung sollte auch auf die Menschen in anderen Ländern Rücksicht genommen werden. Menschen aus Entwicklungsländern die sich aus bestimmten Gründen keine unfreie Software (in ihrer Sprache) beschaffen können, sei es aus finanziellen Gründen oder weil sie in Ländern leben, in denen diese unfreie Software nicht (in ihrer Sprache) vertrieben wird, wären von der neuen digitalen gesellschaftlichen Teilhabe kategorisch ausgeschlossen. Mit Freier Software stellt sich diese Problematik nicht. Sie kann ohne Einschränkungen verteilt, benutzt und sogar selbst übersetzt werden. und durch die Förderung von Freier Software durch den deutschen Staat profitiert die Gesellschaft als Ganzes, und zwar global und nicht nur in Deutschland. Dies unterstreicht die internationale Ausrichtung der Piratenparteien.

weitere Informationen

- [Free Software Foundation Europe: Offene Standards](#)
- [Free Software Foundation Europe: Freie Software](#)
- [Diplomarbeit über Freie Software in der kommunalen Verwaltung in Deutschland](#)
- [Foundation for a Free Information Infrastructure: Softwarepatente](#)

Änderungsantrag Nr.

TE077

Beantragt vonTorbentT, Silberpappel**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Unabhängige Kontrolle der Polizei der Länder und der Bundespolizei

Wir treten für eine demokratische, transparente und unabhängige Kontrolle der Polizei ein. Das wollen wir erreichen durch die Einführung einer unabhängigen Polizeikommission des Bundes und unabhängiger Polizeikommission in den Bundesländern.

Die Polizeikommissionen sollen sicherstellen, dass die Exekutivorgane nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeiten. Die Kommissionen sollen als Ansprechpartner von Beschwerdeführern und aktiver Ermittler tätig werden. Sie sollen polizeiinterne Beschwerden und Beschwerden von Bürgern entgegen nehmen. Um die Unabhängigkeit der Kommissionen zu gewährleisten, sollten sie nicht den Innenministerien, sondern einem anderen Ressort unterstellt sein.

Begründung

Die Zahl der verurteilten Polizisten wegen übermäßiger Polizeigewalt und die Zahl entsprechender Anschuldigungen (<http://www.amnesty-polizei.de/deutschlandberichte/>) liegen weit auseinander. Um diese Anschuldigungen zu überprüfen -- ob berechtigte oder unberechtigt -- bedarf es unabhängigen Ermittlungsstellen.

"Die Erfolgsrate der Polizei bei internen Untersuchungen ist auffallend gering. So wurde allein im Jahr 2008 gegen Berliner Polizisten in 636 Fällen wegen Körperverletzung im Amt ermittelt. In 615 Fällen stellte die Staatsanwaltschaft die Verfahren ein, sechs beschuldigte Beamte wurden in einem Prozess freigesprochen, verurteilt wurde nicht einer."

(<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68167769.html>)

Wird Anzeige gegen einen Polizisten erstellt, dann stecken ermittelnde Beamten häufig in einem Dilemma: Wollen sie doch einerseits aufklären, aber andererseits nicht als Nestbeschmutzer dastehen. Wird gegen einen Kollegen ermittelt, kann übertriebener Corpsgeist zu einem zurückhaltenden Aussabeverhalten oder gar zu abgesprochenen Falschaussagen führen.

Exemplarische Fälle:

- Oury Jalloh (http://de.wikipedia.org/wiki/Oury_Jalloh)

Vorsitzender Richter Manfred Steinhoff vom Landgericht Dessau-Roßlau am 59. Prozesstage: "Das, was hier geboten wurde, war kein Rechtsstaat und Polizeibeamte, die in einem besonderen Maße dem Rechtsstaat verpflichtet waren, haben eine Aufklärung verunmöglicht." (<http://ouryjalloh.wordpress.com/category/59-prozesstag/>)

- "Während eines Großeinsatzes bei einer Demonstration in Hamburg am 16. November 2002 prügeln Einsatzkräfte aus Thüringen zwei als Demonstranten getarnte Zivilfahnder krankenhausreif; nur weil die internen Ermittler der Hamburger Polizei die Thüringer Kollegen auf der Heimfahrt stoppten, konnten die Prügler identifiziert werden. Der Chef der thüringischen Bereitschaftspolizei versuchte, auf das Verfahren Einfluss zu nehmen, und wurde wegen Falschaussage bestraft." (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68167769.html>)

Seit längeren fordern sowohl Amnesty Deutschland als auch Experten (wie Polizeiwissenschaftler Thomas Feltes) -- seit kürzen auch der Europäische Kommissar fuer Menschenrechte -- die Einführung vom unabhängigen polizeilichen Beschwerdeeinrichtungen

(<http://www.polizei-newsletter.de/documents/UnabhaengigeBeschwerdekommisionenOderOmbudspersonen.pdf>).

Des weiteren kann eine unabhängige Polizeikommission als Ansprechpartner von Mobbingopfern innerhalb der Polizei und als Ermittlungsstelle gegen polizeiinterne Korruption eingesetzt werden.

Die Polizeikommission soll als ein(!) Instrument dienen um sicherzustellen, dass die deutsche Polizei nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitet. Andererseits kann sie natürlich auch die Funktion haben, diffamierende Kampagnen gegenüber der Polizei effektiv zu entkräften.

Änderungsantrag Nr.

TE078

Beantragt von

Buccaneerps, Michael Miller

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Parteitag möge beschließen:

Zu allen verbrauchten Landesprüfungen (Aufgabenstellung, Material, Lösungen) wird ein kostenfreier Zugang über eine Veröffentlichung im Internet gewährleistet. Dies betrifft alle Bundesländer und gilt für die gymnasiale Oberstufe (Zentralabitur) genauso wie für den Haupt- und Realschulbereich.

Begründung

Für eine konsequente Lernmittelfreiheit ist die Freigabe der verbrauchten Prüfungen essentiell.

Mit Millionenaufwand aus Steuergeldern werden jedes Jahr neu in 15 Bundesländern zentrale Prüfungen erstellt, die anschließend für einen Apfel und ein Ei an private Verlage verkauft (besser: verscherbelt) werden.

Zur Illustration am Beispiel des Bundeslands Hessen: 2 bis 2,5 Millionen Euro werden pro Jahr für die Erstellung zentraler Prüfungsaufgaben ausgegeben, hiernach jedoch lediglich "für die Bereitstellung der verwendeten Abituraufgaben eines Jahres eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 100 Euro pro Aufgabenset (3 Aufgaben)" erzielt. Das Land hat aus dem Verkauf eines Wertes in Höhe von 2 bis 2,5 Millionen Euro im Jahr 2007 4.400 Euro und im Jahr 2008 5.700 Euro eingenommen – und diesen somit mit jeweils durchschnittlich rund 99,8 % "Verlust" verkauft."

Schülern, Lehrern, Eltern, Universitäten und den Medien werden der kostenfreie Zugang zu verbrauchten Landesprüfungen, insbesondere kostenfrei im Internet verweigert. Zurecht kann man hier von einem bildungspolitischen Skandal sprechen. Der Streit um die kostenfreie Veröffentlichung hat bundespolitische Bedeutung, da bisher in keinem anderen Bundesland eine vernünftige Gesamtregelung vorliegt.

Die einzelnen Landesregierungen geben gern das Urheberrecht als Begründung für ihre Untätigkeit an und zeigen einem naiv-fragwürdigen Umgang mit der einschlägigen Rechtsmaterie. So behaupten sie beispielsweise, die Abituraufgaben könnten durch das jeweilige Ministerium nicht im Internet veröffentlicht werden, weil sie Zitate von urheberrechtlich geschützten Werken enthielten, deren allgemeine Zugänglichmachung durch § 53 des Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urhebergesetz, UrhG) verboten sei.

Deshalb sei die Veröffentlichung aller Prüfungsaufgaben unmöglich. Diese Aussage hält einer juristischen Prüfung keineswegs stand und ist bezüglich ihres Wahrheitsgehaltes als falsch anzusehen.

Bei der Dokumentation von Prüfungen ist zu unterscheiden in: a) Aufgabenstellungen, b) Material, also Texte, Bilder, Grafiken und c) Lösungen, Hinweise, Bewertungsmaßstäbe.

Für a) und c) gibt es kein Copyright, da Aufgaben und Lösungen von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst erstellt und i.d.R. durch Deputatstunden (Unterrichtsentlastung) vergütet wurden. a) und c) könnten für alle Fächer kostenfrei und problemlos im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Der Schüler hat zeit- und ortsungebunden ein Recht darauf, zu erfahren, was von ihm im „öffentlichen Prüfungsakt“ verlangt wird. Wir sind inzwischen - auch wenn der ein oder andere noch beängstigend und rückwärtsgewandt dreinblickt - im Internetzeitalter angekommen.

Kommen wir zum heiklen Punkt: b) Material.

Hier gilt es zu unterscheiden zwischen kostenfreiem und i.d.R. frei verwendbarem Material einerseits und kostenpflichtigem und zustimmungsabhängigem Material andererseits. Diese Copyright-Prüfung kann durch alle Fächer ohne großen Arbeitsaufwand durchgeführt werden, vorzugsweise bei den 12 hoch frequentierten Fächern.

Exemplarisch will ich das an einigen Fächern zeigen. Der Grundsatz gilt: Alle Texte, die älter als 70 Jahre sind, können von jedermann frei verwendet werden, unterliegen also keinem Copyright! Aus der vorgeschriebenen Leseliste im Fach Deutsch folgt, dass fast alle Texte copyrightfrei sind, z.B. Goethe, Schiller, Fontane, Büchner,... Analog gilt das für Texte in Geschichte und Latein zu 95%. Besondere Schlauberger kommen allerdings auf die „Geschäftsidee“ zu sagen: ja, die Texte sind copyrightfrei, aber nicht mein Layout. Dann nimmt man eben den Text, bastelt sich in 10 Minuten sein eigenes Layout und schon ist das Problem gelöst. In den Fächern Mathematik, Chemie und Physik ist das Copyright marginal. Fast alles ist von den Lehrerinnen und Lehrern selbst erstellt, z.B. Formeln, Symbolketten, einfache Grafiken, Versuchsbeschreibungen. Zusätzlich gibt es - wie jetzt schon üblich - netzveröffentlichte Handreichungen.

Weitere Begründungen auf Anfrage. Dieser Programmpunkt wurde im Rahmen der Kreisgründung Frankfurt am Main im Frankfurter Manifest entwickelt.

Änderungsantrag Nr.

TE079

Beantragt von

"Denksport"-Stammtisch Oberbayern

(vertreten durch Nerdicist, hfs, Frl.smilla, Michi, Ninan,
Thomas-BY und Ben)

Programm

Grundsatzprogramm - Drogenpolitik/Strafrecht

Schlagworte Pro

Drogen, Marihuana, Cannabis, Legalisierung

Schlagworte Contra

Abhängigkeit, Sucht, Jugendschutz, Missbrauch

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge beschließen, folgende Aussage in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

Die Piraten treten für eine Entkriminalisierung des Konsums und des Handels von Marihuana und Cannabis-Produkten ein.
Erforderliche Richtlinien für Handel und Konsum sollen sich an denen für Genussmittel orientieren.

Begründung

Marihuana bzw. Cannabis-Produkte sind in der Gesamtbetrachtung hinsichtlich ihrer Rauschwirkung und Suchtgefährdung nicht gefährlicher als legal erwerb- und konsumierbare Genussmittel anzusehen. Die bestehende Einstufung als Betäubungsmittel ist demnach nicht haltbar.

Bislang wurden mehrere Antragsentwürfe zum Thema Drogenpolitik vorgestellt, aus denen sich eine überwiegend positive Haltung hinsichtlich Entkriminalisierung von Marihuana/Cannabis ableiten lässt. Da diese Anträge im Umfang weit über diese Thematik hinausgehen, erlangen sie in ihrer Gesamtheit vermutlich keine sichere Mehrheit. Eine 100%ige Ablehnung aller Anträge, die eine Legalisierung bzw. Entkriminalisierung von Marihuana/Cannabis befürworten, würde ein falsches Signal setzen.

Daher soll dieser Absatz als kleinster gemeinsamer Nenner in das Grundsatzprogramm einfließen. Weitere Aspekte der Drogenpolitik können später angefügt werden.

Änderungsantrag Nr.

TE080

Beantragt vonMatthias Heppner**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte ProVerhinderung von Ausbeutung & Armut, Verbot von Subventionen,
Besserstellung für Zeitarbeiter, Stärkung der Binnenwirtschaft**Schlagworte Contra**Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, höhere
Arbeitslosigkeit**Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Eine bundesweite Einführung eines Mindestlohns i.H.v. 7 Euro, welcher für alle Branchen verbindlich ist.

Deutschland leistet sich als eines der wenigen europäischen Länder immer noch den Luxus keinen bundesweiten und branchenübergreifenden Mindestlohn einzuführen und den Niedriglohnsektor immer weiter ausufern zu lassen. Zwar existieren eine Vielzahl von Tarifverträgen, die Mindestlöhne vorschreiben, aber diese enthalten oftmals Ausnahmeregelungen, wie z.B. dass diese nicht für Zeit-/Leiharbeiter gelten. Außerdem geht der Organisationsgrad der Gewerkschaften immer weiter zurück (mittlerweile weniger als 70%), so dass viele Branchen nicht tarifrechtlich erfasst sind.

Deshalb ist ein verbindlicher und branchenübergreifender Mindestlohn von 7 Euro einzuführen, um die Massenkaufkraft zu stärken und Menschen mit Vollbeschäftigung nicht von staatlichen Transfers abhängig zu machen.

Begründung

Gegen den Mindestlohn wird oftmal angeführt, dass dieser zu Arbeitsplatzabbau und somit zu einer höheren Arbeitslosigkeit führe. Dieses Argument ist jedoch erstens schon damit zu entkräften, dass andere europäische (Mindestlohn) Länder wie z.B. Frankreich leicht höhere Arbeitslosenraten haben wie Deutschland,

Eurostat

aber im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit weit besser dastehen

Eurostat

und zum anderen sind Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen und mit staatlicher Hilfe aufgestockt werden müssen volkswirtschaftlicher Unsinn. Mit einem solchen Dumpingsektor schwächen wir die Kaufkraft weiter Teile der Bevölkerung, was wiederum dazu führt, dass Löhne gesenkt werden müssen, um der niedrigeren Kaufkraft zu begegnen,

etc.. Dieser Teufelskreis führt einzig und allein dazu, dass sich zum einen die Exportindustrie freut, da diese im Hightechland Deutschland mit solchen Löhnen im internationalen Geschäft sehr gut dasteht, was wir auch fast alljährlich mit neuen Exportrekorden bewundern dürfen (China werden wir dennoch nicht mehr als Exportweltmeister ablösen) und zum anderen die Firmen, die auf den Binnenmarkt billigste Arbeitskräfte bekommen (Beispiel Friseurbranche). Nur ist es so, dass unsere Exportrekorde mit einem hohen Preis bezahlt werden -> dem der größer werdenden Armut. Es muss einfach realisiert werden, dass Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen, der Volkswirtschaft immer mehr Schaden als Nutzen zufügen. Unsere zu sehr auf den Export ausgerichtete Wirtschaft muss sich wieder stärker auf den Binnenmarkt konzentrieren und da helfen Mindestlöhne wieder einen starken Binnenwirtschaftskreislauf zu errichten und den ausufernden Niedriglohnsektor einzudämmen.

Zudem verstößt ein Stundenlohn, welcher selbst bei Vollzeitbeschäftigung mit Hartz IV aufgestockt werden muss gegen das Subventionsverbot, welches von der Piratenpartei offensichtlich angenommen werden wird. Branchen oder Firmen, die solch niedrige Stundenlöhne zahlen müssen, um wirtschaftlich rentabel arbeiten zu können, gehören offensichtlich einer toten Branche an oder sind schlecht geführt, so dass sich hier eine Subventionierung der Stundenlöhne verbietet.

Ein Mindestlohn von 7 Euro führt bei einer 40-Stunden Woche im Monat zu ca. 1200 Euro brutto im Monat. Netto wären das ca. 950 Euro was im Hinblick auf das Lohnabstandsgebot auch die Untergrenze für eine Vollzeitarbeit darstellen sollte.

Änderungsantrag Nr.

TE081

Beantragt von

Datenritter, Draugr, ventor

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei steht für eine strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit. Primäre Aufgabe der Bundeswehr ist die Verteidigung des deutschen Hoheitsgebietes bei einem Angriff von außen. Einsätze im Inneren, insbesondere polizeiliche, sind daher abzulehnen.

Ausnahmen für Einsätze im Ausland können – wenn überhaupt – lediglich

- Beobachter- und Friedensmissionen der Vereinten Nationen, die jeweils einer Resolution des UN-Sicherheitsrates bedürfen
- Humanitäre Hilfseinsätze, die keinen Einsatz militärischer Gewalt erfordern
- NATO-Missionen

sein.

Ausnahmen für Einsätze im Inneren können – wenn überhaupt – lediglich:

- Einsätze gemäß GG (Art. 87b) bei Gefahren für die Freiheitlich demokratische Grundordnung
- Katastrophenschutzeinsätze
- Luft- und Seenot-Rettungseinsätze, sofern hierfür keine gleichwertige zivile Einrichtung geschaffen wird
- Seeaufklärung zur Bekämpfung von Umweltkatastrophen
- die Übernahme der im Grundgesetz geregelten, im Rahmen anderweitig gestatteter Einsätze notwendigen, polizeilicher Aufgaben

sein. Mit Ausnahme des ersten Punktes sind Einsätze gegen Menschen zu verbieten.

Begründung

Der Antrag lässt Ausnahmen zu, damit über diese gesondert abgestimmt werden kann. Er legt NICHT fest, dass diese Ausnahmen zulässig sein müssen.

- Einsätze zum Schutze der FDGO sind KEINE Einsätze gegen Terroristen oder Kriminelle, sondern dann erlaubt, wenn der Bestand der Bundesrepublik und ihrer freiheitlichen Ordnung in Frage gestellt ist, z.B. wenn sich eine (inländische) Guerillaarmee bildet. (Die Unabhängigkeitserklärung Bayerns wäre ein Grenzfall, aber vermutlich immer noch nicht gedeckt, da die BRD in diesem Fall weiter existiert.)
- Ausgeschlossen sind außerdem Einsätze bei Demonstrationen. (Wie z.B. in Heiligendamm geschehen.)
- Katastrophenschutzeinsätze könnten den Einsatz von Waffensystemen, z.B. zur Sprengung eines Staudamms oder zur Aufklärung von Gefahrenlagen erfordern. Deswegen die Formulierung "gegen Menschen".
- Seenot-Rettung sollte jedem klar sein. Die Kosten hierfür sind niedriger, da das Gerät ohnehin von der BW gepflegt wird. Wir wollen dennoch den Weg zu einer Küstenwache nach amerikanischem Vorbild offenlassen.
- Luft-Rettungseinsätze sind z.B. Flüge von Rettungshelikoptern bei schwerem Wetter (bei dem zivile nicht mehr fliegen können.)
- Die Bundeswehr darf natürlich den Verkehr regeln, wenn dies im Rahmen eines Einsatzes im Inneren notwendig ist. Da dies, ebenso wie der Schutz ihrer eigenen Einrichtungen als polizeiliche Aufgabe aufgefasst werden kann, verbieten wir dies mit DIESEM Antrag nicht.
- Neben Umweltkatastrophen gibt es noch Seeaufklärung zur Bekämpfung des Schmuggels. Diese gehört unserer Ansicht nach verboten, da sie eine unzulässige Vermengung von Polizei- und Bundeswehreinsätzen darstellt.
- (Der Fall eines Bürgerkrieges kann beliebig philosophiert werden, ist aber ein Extremfall, in dem z.B. die BRD in zwei Teile mit zwei Teilarmeen zerfallen sein könnte, die beide für sich beanspruchen... - und daher nicht sinnvoll zu diskutieren.)

Änderungsantrag Nr.

TE082

Beantragt vonMaha**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, das Parteiprogramm der Piratenpartei Deutschland um ein Kapitel zur Geschlechter- und Familienpolitik zu erweitern. Dieses Kapitel soll eine kurze Einleitung und alle Teilanträge zur Geschlechter- und Familienpolitik enthalten, soweit diese Zustimmung finden.

Einleitungstext

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens, das sich ableiten lässt aus Artikel 1 des Grundgesetzes. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Die freie Entscheidung für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens soll jedem Menschen ermöglicht werden. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Anträge die zu diesem Kapitel gehören:

- [Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung](#) (T043)
- [Antragsfabrik/Weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung](#) (T044)
- [Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens](#) (T045)
- [Antragsfabrik/Freie Selbstbestimmung Familienförderung](#) (T060)

Andere Anträge, die zu diesem Bereich gehören, können hier ebenfalls Aufnahme finden.

Begründung

Die Geschlechter- und Familienpolitik soll ein Kernthema der Piratenpartei werden und hier neue Konzepte entwickeln. Selbstverständlich soll dieses Thema über die Jahre innerhalb der Partei weiterentwickelt werden, so dass es hier vor allem darum geht, einen Anfang zu machen.

Änderungsantrag Nr.

TE083

Beantragt vonDatenritter und lkl**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgende Forderungen in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

1 (volkswirtschaftliche Rechtfertigung, Inkaufnahme von Schutzlücken)

1. Patente müssen volkswirtschaftlich gerechtfertigt sein.
2. Insbesondere dürfen die "Genialität des Erfinders" oder die Erfüllung künstlicher Kriterien wie "Technizität", "technischer Beitrag" o.ä. nicht für die Erteilung von Patenten ausreichend sein.
3. Ggf. muss man "Schutzlücken" – zum Nachteil einzelner Unternehmen – in Kauf nehmen, wenn dieses zum Wohle der Volkswirtschaft oder der Gesellschaft geschieht.
4. Alternative Systeme zur Marktregulierung sind branchenabhängig in Betracht zu ziehen und ggf. anstelle des Patentsystems einzusetzen.

2 (Ablehnung von Softwarepatenten)

1. Software muss von Patentansprüchen freigehalten werden.
2. Jeder muss das Recht haben, Software zu schreiben, zu verbreiten und zu nutzen, ohne durch Patentansprüche eingeschränkt zu werden.

3 (parlamentarische Kontrolle)

1. Patentämter müssen unter parlamentarischer Kontrolle stehen.
2. Patentämter dürfen sich nicht unabhängig, insbesondere nicht durch Einnahmen aus Patentgebühren finanzieren.

4 (unwissentliche Verletzung)

Patente müssen so gestaltet sein, dass es unwahrscheinlich ist, ein Patent unwissentlich zu verletzen.

5 (Problematik der getrennten Klagewege)

1. Im Falle eines Patentverletzungsprozesses sollte der Beklagte die Möglichkeit haben, die Rechtmäßigkeit des Patentes prüfen zu lassen.
2. Dies sollte zeitnah möglich sein, insbesondere bevor im Verletzungsprozess ein Urteil gefällt wird.

Begründung

Hinweis: Abgestimmt wird über den Antragstext oben. Das Folgende sind die Gründe, die die Autoren sahen, andere könnten andere sehen.

Zitat aus der Diskussion unten: **Die geforderten Änderungen, insbesondere die Besinnung auf volkswirtschaftliche Betrachtungen, kommen einem Paradigmenwechsel im Patentwesen gleich. Das erkennt man, wenn man sich ansieht, wie das System zur Zeit praktiziert wird.**

zu 1

- Das Patentsystem wächst zu einem Problem heran. Es gibt eine Flut von Patenten, darunter Trivial- und Softwarepatente. Viele Unternehmen brauchen mittlerweile mehr Schutz vor Patenten als Schutz durch Patente.
- Patente sind (zeitlich begrenzte) Monopolrechte mit weitreichenden wirtschaftlichen Folgen. Ob sie Innovationen fördern ist umstritten und branchenabhängig. Sie müssen daher mit großer Behutsamkeit vergeben werden.
- Für Patente gibt es eine volkswirtschaftliche Rechtfertigung, nämlich die Verringerung des Konkurrenzdrucks, wenn dieser Investitionen absehbar unrentabel macht – also wenn Entwicklungskosten hoch und Nachahmungskosten niedrig sind*.
- Das Patentsystem darf jedoch kein System des allgemeinen "Innovationsschutzes" werden.
- Ein Beispiel für ein branchenspezifisches alternatives System ist der von der Piratenpartei Schweden erarbeitet Vorschlag für eine Alternative zu Pharmapatenten [21].

(* Anm.: Man sollte nicht nach Rechtfertigungen für einzelne Patente suchen, sondern das System so einstellen, dass es im Mittel eine positive Wirkung entfaltet. Diskussionen über Einzelfälle sind i.d.R. nicht zielführend.)

zu 2

- Softwarepatente sind besonders gefährlich, weil sie die Entwicklung von Software nahezu unmöglich machen könnten.
- Nur Großkonzerne profitieren von ihren umfangreichen Patentportfolios, die sie als juristische Waffe einsetzen.
- Softwarepatente stehen in Konflikt mit dem Urheberrecht. Auch wenn man keinerlei fremden Code kopiert, kann eine selbstgeschriebene Software ohne weiteres hunderte von Patenten verletzen. Das ist absurd und innovationsfeindlich – und eine große Gefahr für kleine und mittelständische Unternehmen, sowie für die Entwickler freier Software.
- In der Softwarebranche ist ein Nachahmer, der nicht gegen das Urheberrecht verstößt, volkswirtschaftlich betrachtet wünschenswert. Sein Aufwand ist vergleichbar mit dem des Autors der ursprünglichen Software. Konkurrierende Produkte beleben den Markt, die beste Lösung setzt sich durch.

- Softwarepatente würden zur Blockade von Ideen und Konzepten und somit zur Bildung von Oligopolen[1] führen.
- Bislang gibt es keinerlei Beleg für nennenswerte "Schutzlücken" im Softwarebereich. Wann immer die Rede ist von einem Patentschutz für "computerimplementierte Erfindungen", "technische Software", "Software mit technischem Beitrag", etc., geht es offensichtlich darum, Software auf abenteuerliche Weise nach derzeitigen Kriterien als patentierbar darzustellen.
- Aus Sicht eines einzelnen Unternehmens mag es durchaus sinnvoll sein, so viele Patente wie möglich zugesprochen zu bekommen – und zu diesem Zwecke derartige Tricks anzuwenden. Volkswirtschaftlich aber schadet dies.

zu 3

- An der sich zusätzlichen Situation ist maßgeblich die freizügige Erteilungspraxis des Europäischen Patentamtes (EPA) schuld.
- Dessen Selbstfinanzierungsmodell ([siehe](#)) motiviert zur *Annahme* von Patenten.
- Es besteht ein regelrechtes Kunde-Dienstleister-Verhältnis zwischen Patentanmeldern und dem EPA.
- Die Arbeitsbedingungen für Patentprüfer sind so gestaltet, dass die Annahme von Patenten leichter fällt als die Ablehnung. Seit langem beklagen die Mitarbeiter des EPA unangemessene Produktivitätsvorgaben und warnen vor einer sinkenden Qualität bei den erteilten Patenten. (Sie streikten daher mehrmals in den Jahren 2006 und 2007.)
- Das EPA ist keine Behörde. Andernfalls könnte es durch Parlamente kontrolliert werden, u.a. durch Zuteilung von Mitteln.
- Bisherige EU-Richtlinieninitiativen räumen dem EPA eine zu mächtige Position ein und lassen wichtige Korrektive vermissen.

zu 4

- Der *Offenlegungsgedanke* ist dem Patentsystem in weiten Teilen verloren gegangen.
- Viele Patente sind viel zu abstrakt und enthalten weder die Informationen, die man benötigt, um die "Erfindung" nachzubauen, noch sind sie präzise genug, um sicher abschätzen zu können, ob man ein Patent verletzt.
- Zu oft werden absolut naheliegende Ideen patentiert.

zu 5

- In Patentverletzungsprozessen ist der Beklagte in einer bedrückenden Situation, denn
 - Er kann nur in einem getrennten Verfahren auf Nichtigkeit klagen,

- Ihnen können drastische Maßnahmen auferlegt werden.
(Unterlassung, Rechnungslegung, Vernichtung der produzierten Güter, etc.)
- Fälle der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie mittels fragwürdiger Patente und Patentverletzungsklagen tief in die unternehmerische Tätigkeit der Beklagten eingegriffen wird [2].
- Wird aber gegen ein Patent vorgegangen, kann es Jahre dauern, bis darüber entschieden und das Patent für ungültig erklärt wird.

Quellen/Fußnoten

1. ↑ Oligopole sind vereinfacht gesagt wie Monopole, aber mit einer Mehrzahl von Monopolisten.
2. ↑ Print & Produktion 3/2008, *Patentrechtsstreit verunsichert Web-to-Print-Branche* [1].
- Ein Dokument, das so ziemlich alles erklärt, was hier steht, ist das Gutachten "Patentschutz und Innovation". (Ca. 30 Seiten.) Es wurde 2007 vom wissenschaftlichen Beirat am *Ministerium für Wirtschaft und Technologie* erstellt. Das Gutachten benennt folgende Fehlentwicklungen im europäischen Patentsystem:
 1. Anmeldungen und Erteilungen nehmen doppelt so schnell zu wie Ausgaben für Forschung und Entwicklung.
 2. Es gibt eine Mehrbelastung der Patentämter, auch durch komplexere Patente (mit mehr Teilansprüchen).
 3. Bündelpatente, "Minenfelder" von Patenten.
 4. Die Qualität der Patente ist gesunken.
 5. Die Erteilungsrate (Anteil gewährter Patente im Verhältnis zur Zahl der beantragten) liegt trotz immer mehr Einreichungen fast konstant bei 67%.
 6. Der Mehraufwand bei Zurückweisung eines Antrags (70% höherer Aufwand) wird vom EPA ignoriert.
 7. Die Zahl der Einspruchsverfahren (relativ zur Gesamtzahl) hat sich halbiert, insbesondere in Bereichen Elektro- & Informationstechnik.
- Ein lesenswerter Artikel in der englischen Wikipedia: [Tragedy of the anticommons](#).

Änderungsantrag Nr.

TE084

Beantragt von

Andreas Witte

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte ProDemokratieerhalt, Freiheit statt Angst, Polizeiarbeit statt
Polizeigewalt, Folter,**Schlagworte Contra**

"lieber getazert wie erschossen"

Beantragte Änderungen

Der Parteitag möge beschließen folgenden Punkt in das Parteiprogramm aufzunehmen:

Der Einsatz von neuen nicht tödenden Waffen (Elektroschocker, Reizgase, Laser, Lichteffekte, Schallkanonen, etc.) die auf Distanzen von über einen Meter wirksam eingesetzt werden können ist bei Polizei (Bundes-, Landes-, örtlichen Polizeigruppen, Verkehrspolizei, Zoll, Bahnpolizei, Grenzschutz und polizeiverwandten Spezialeinheiten bei Einsätzen im In- und Ausland) und privaten Sicherheitsdiensten abzulehnen. Eine Erprobung im Einsatz als erster Schritt zu Ihrer Einführung ist ebenfalls abzulehnen. .

Begründung**Senkung der Hemmschwelle zum Waffen (miss / ge)brauch**

Schaut Euch einfach mal zur Einführung folgendes Video an:

<http://www.youtube.com/watch?v=A9GGzMkOF5o> So kann eine Situation "Verkehrskontrolle" eskalieren – und der hört nicht mal auf zu tasern während er spricht...

Durch das Ersetzen von Schusswaffen durch sogenannte nicht-tödliche Waffen sinkt die Hemmschwelle zu deren Einsatz extrem. Der Finger am Auslöser, so zeigen es die Erfahrungen aus den USA, sitzt außerordentlich locker, so dass man in einigen Polizeirevierien schon dazu übergeht, erstmal grundsätzlich diese Waffen zum Einsatz zu bringen und nachher zu prüfen, ob die Person gefährlich gewesen wäre. Zwar sind wir in Deutschland noch ein Stück weit davon entfernt, jedoch ist eine Erprobung dieser Waffen im Einsatz ein erster Schritt, diese einzuführen. Sind diese Waffen im Polizeieinsatz erstmal etabliert, werden wie bei einer Zensur des Internets weitere Begehrlichkeiten aufkommen. Deswegen wehret den Anfängen.

Einsatz gegen Menschenmassen / Gefährdung der Demonstration als Mittel der politischen Willensäußerung

Zudem lassen sich diese Systeme auch gegen Massen zum Beispiel auf Demonstrationen einsetzen. Anstatt die gewalttätigen Störer aus dem Demonstrationskörper zu entfernen, wird sich die Polizei darauf beschränken, die Demonstration mit Schallkanonen, Blendung, Tasernetzen, die bis zu 30 Demonstranten auf einen Schlag "abtransportfähig" machen, beim geringsten Anzeichen von Gewalt zu beenden. Die Demonstration als Willensäußerung und Bestandteil der demokratisch-freiheitlichen Gesellschaftsordnung kann so durch ein paar Randalierer (oder Provokateure, Anm. danebod) und der Reaktion der Polizeikräfte mit nichttödlichen Waffen in den Demonstrationszug hinein nachhaltig gefährdet werden. Demonstrationsformen, wie der friedlich-passive Widerstand durch Sitzen, Liegen, Anketten etc. werden ebenfalls als letzte Möglichkeit, auf Missstände durch entsprechende Aktionen aufmerksam zu machen, nachhaltig gefährdet, da die neuen nichttödlichen Waffen mobiler sind als Wasserwerfer und die damit verbundene Logistik, zudem können diese in Gebäuden eingesetzt werden.

medizinische Verträglichkeit

Nicht alle Menschen sind gleich. Somit auch nicht die Auswirkungen von Elektroschocks, Reizgasen, Blendungen, etc.. Taser als Hersteller von kleinen mobilen Elektroschockern legt zwar Wert darauf, dass im Zusammenhang mit dem Einsatz ihrer Produkte noch kein Tod nachgewiesen werden konnte, jedoch gibt es erste Patienten, die ins Koma getasert wurden oder mit sehr schwerwiegenden bleibenden Folgen dieser Geräte zu kämpfen haben. In Verbindung mit der Senkung der Hemmschwelle werden diese Waffen gegen jede Personengruppe angewendet - egal ob Kind (6) oder Rentner (82). Eine Untersuchung, hat zudem ergeben, nachdem man Schweine erst in Stress versetzte und dann taserte, hatten diese teilweise, aber reproduzierbar Kammerflimmern. Da das menschliche Nervensystem ähnlich funktioniert ist dieses Risiko nicht auszuschließen.

Bei Gas gilt das, wie die Auflösung der Besetzung der Moskauer Oper durch Tschetschenen zeigt, ganz grundsätzlich.

Nachtrag: Todesfälle gab es in den Zusammenhängen von Psychopharmaka und Taser. In polizeinahen Kreisen wird vom "Excited Delirium Syndrome" kurz ExDS gesprochen. Das ExDS ist keine von der WHO anerkannte Krankheit. Links zu dokumentierten Todesfällen findet man im Wikipedia.

Folter

Auch das UN-Komitee gegen Folter hat sich gegen diese Art der Waffen ausgesprochen. Nachlesen: engl.: The Daily Telegraph

weitere Quellen

auf jeden Fall Empfehlenswert ist die Doku von hitec (3sat): "In nicht tödlicher Mission: Amerikas neue Waffen"

Änderungsantrag Nr.

TE085

Beantragt von

LunaLoof

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, den Satz "Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an." im Parteiprogramm durch den folgenden Satz zu ersetzen: "Für uns ist es wichtig, dass der Urheber für seine schöpferische Leistung Anerkennung erfährt."

Begründung

Die **vollumfängliche** Anerkennung des Urheberpersönlichkeitsrechtes verhindert einen angemessenen Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern von Werken.

Gerade die kreative Bearbeitung und Fortentwicklung bestehender Werkes wird durch das Recht des Urhebers (und seiner Erben) Beeinträchtigungen seines Werkes zu verbieten, über Gebühr behindert.

Selbst gemeinfreie Werke sind hiervon noch betroffen. Auch trägt dieses Prinzip in seiner derzeitigen Ausprägung dem Erfahrungssatz, dass Werke nicht aus dem Nichts entstehen, sondern immer von anderen bereits vorher erschaffenen inspiriert wurden, nicht ausreichend Rechnung. Zudem geht dieses Konzept von dem allein schaffenden Genie aus und nicht von der Realität, dass die meisten Werke heute Gruppenanstrengungen entstammen.

Ein generelles Urheberpersönlichkeitsrecht wird nicht einmal im anglo-amerikanischen Kulturkreis anerkannt, hier ist das "Copyright" als "Vervielfältigungsrecht" rein wirtschaftlich bezogen. Lediglich einzelne Rechte, die hier aus dem Urheberpersönlichkeitsrecht abgeleitet werden, stehen dort Urhebern zu.

Deswegen werden solche Rechte auch in völkerrechtlichen Abkommen zum Urheberrecht wie dem TRIPs vom Schutz ausgenommen. Lediglich die Berner Übereinkunft in Art. 6bis erkennt einzelne moralische Rechte des Urhebers an. Wenn aber selbst die von uns als zu weitgehend empfundene internationalen Abkommen einen solchen Schutz nicht vorsehen, sollte die Piratenpartei sich erst recht nicht so weitgehend festlegen.

Damit soll nicht gesagt werden, dass die Piratenpartei keine Urheberpersönlichkeitsrechte befürworten darf - ich selbst halte beispielsweise viel von dem Recht der Urheber auf Namensnennung - sondern nur, dass hier eine **vollumfängliche** Anerkennung im Parteiprogramm erfolgt, die weder notwendig, noch vernünftig ist. Hierdurch werden interessante Optionen zur Reform des Urheberrechts von vornherein einer (notwendigen) Diskussion entzogen.

Änderungsantrag Nr.

TE086

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Präambel Die Wirtschaft bildet in jeder Nation die treibende Kraft für den Frieden, Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft – so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Sie umfasst und verbindet alle Teilnehmer unterschiedlichster Größe und Form, ob Großunternehmen oder privater Haushalt. Jeder von ihnen leistet seinen Beitrag für das Wohl unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Der Aufbau der Wirtschaft ist so zu gestalten, dass Ungleichheit, Benachteiligungen sowie Ausgrenzungen keinen Nährboden finden. Das System muss den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft entsprechen und den Fortschritt der Gesellschaft sichern. Jedem Menschen in Deutschland ist die gleiche Chance zu gewährleisten, sich wirtschaftlich zu beteiligen.

Änderungsantrag Nr.

TE087

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Zielsetzung Die Zielsetzung ökonomischen Handelns kann nicht in einer einseitigen Orientierung auf möglichst hohes Wirtschaftswachstum bestehen. Wirtschaftswachstum ist nicht essbar, ewiges Wachstum ist nicht möglich und es führt auch nicht automatisch zu einer glücklicheren Bevölkerung und kann als einzelne Kennzahl nicht die Komplexität wirtschaftlichen und menschlichen Lebens abbilden. Vielmehr sollte die Zielsetzung, auf welche das Gesamtsystem Wirtschaft ausgerichtet werden sollte, öffentlich diskutiert und in demokratischen Abstimmungen von der Bevölkerung vorgegeben werden. Neben den hinlänglich bekannten wirtschaftspolitischen Zielen, wie Wachstum, Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit oder die Vermeidung der Inflation kann die Wirtschaftspolitik auf alternative Zielgrößen wie eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die Verringerung der individuellen Arbeitszeit, die Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Energie- Zeit- oder Ressourceneffizienz bis hin zu einer Steigerung des „Bruttonationalglücks“ ausgerichtet werden. Der Mensch ist nicht ausschließlich an materiellem Eigennutz sondern, wie die experimentelle Wirtschaftsforschung zeigt, insbesondere an Fairness interessiert. Die Wirtschaftsordnung muss dieser Situation angepasst werden. Priorität jeden wirtschaftlichen Handelns hat die Versorgung der Bevölkerung und die Schaffung individueller Freiräume. Dahinter sollten unbedingtes Wirtschaftswachstum oder übersteigerte Exportorientierung zurücktreten. Die Rahmenbedingungen sind so zu setzen, dass besondere Leistung zu besonderer Entlohnung führt, nicht aber der reine Besitz zum automatischen Besitzzuwachs. Eine moderne Gesellschaft muss die Existenzsicherung für alle ermöglichen. Wir halten das marktwirtschaftliche Prinzip für eines der geeignetsten Werkzeuge, wirtschaftliche Prozesse abzuwickeln. Dem Unternehmertum kommt eine besondere Bedeutung zu. Ohne unternehmerisches Handeln findet auch keine Beschäftigung von Arbeitnehmern statt. Wir fördern deshalb das Prinzip des unternehmen statt unterlassen. Dazu wollen wir Konzepte entwickeln und umsetzen, die eine unternehmerische Selbständigkeit erleichtern. In diesem Kontext wird der Abbau ausgeufarter Bürokratien angestrebt.

Änderungsantrag Nr.

TE088

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Monopole & Dezentralisierung Eine besondere Beachtung gilt wirtschaftlichen Monopolen und monopolistischen Strukturen. Monopolbildung führt regelmäßig zu einer Übervorteilung von Kunden, Lieferanten, Beschäftigten und Öffentlichkeit durch die jeweiligen Monopolisten, was sich in erhöhten Preisen einerseits und Monopolprämien andererseits ausdrückt. Individuelle Freiheit (in ökonomischer Sicht) ist zu begrenzen durch die Abhängigkeiten, die andere in eine missbrauchbare Machtposition bringen. In gleichem Maße, wie Menschen (ökonomische) Macht über andere Menschen haben bzw. ausüben, sinkt der Freiheitsgrad der Machtloseren. Monopol- und Kartellstrukturen lassen den Menschen keine Alternativen und führen deshalb zu verstärkten Abhängigkeiten. Das Wirtschaftssystem ist so zu gestalten, dass Monopolstrukturen und deren Entstehung verhindert werden. Dezentralisierung ist ein hilfreicher Ansatz, Machtkonzentrationen aufzubrechen bzw. zu verhindern. Förderungen sollten deshalb insbesondere Dezentralisierung stimulieren: kleine und mittelständische Unternehmen statt Großkonzerne, kleine und mittelgroße Technologien statt Großprojekte, Subsidiarität statt Zentralismus („Europa der Regionen“) erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, die möglichst dezentral produziert und in räumlicher Nähe verarbeitet und verbraucht werden.

Änderungsantrag Nr.

TE089

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Teilhabeprinzip statt Ausschließlichkeit Inspiriert vom Ansatz freier Software wollen wir neue Teilhabe-Konzepte im Wirtschaftsleben fördern. Auch wenn Privateigentum in den meisten Situationen gerechtfertigt und sinnvoll ist, so muss doch festgestellt werden, dass privates Eigentum immer bedeutet, dass alle anderen Menschen von seiner Nutzung ausgeschlossen werden können. Die Förderung von Eigentum in anderer Form findet sich beispielhaft in förderwürdigen Ideen wie: * freie Hard- und Software * offenes Wissen und offene Patente * freie Geschäftsmodelle * Bürgerbusse & CarSharing * Verbrauchergemeinschaften * Haus- und Wohngemeinschaften, Mietshäuser-Syndikate * Produktions-, Handels-, Kredit-, Einkaufs-, Grundeigentums- und Nutzungsgenossenschaften Weitere freie/offene Konzepte, die Nutzungsmöglichkeiten auf möglichst viele Menschen verteilen (gemeinsame Nutzung statt ausschließendes Privateigentum), begrüßen und fördern wir ausdrücklich.

Änderungsantrag Nr.

TE090

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Geld kann als gesellschaftliches Verrechnungs- und Informationssystem betrachtet werden: Die in Geld ausgedrückten Preise informieren darüber, wieviel Aufwand zur Produktion nötig ist und wie viel den Käufern ein Produkt wert ist. Geld und seine Derivate informieren darüber, wer bereits Leistung ins Wirtschaftssystem eingebracht hat (Geldbesitzer) und deshalb Anspruch auf Gegenleistung durch die anderen Wirtschaftsakteure hat. Es informiert darüber, wer Leistung vom System bezogen hat, ohne seine Gegenleistung zu erbracht zu haben (Geldschuldner). Als neuralgisches System bedarf das Finanzsystem besonderer Beachtung und stabilisierender Elemente. Ohne funktionierendes Verrechnungssystem ist marktwirtschaftlicher Leistungsaustausch, Arbeitsteilung und Spezialisierung unmöglich. Aus dieser Sicht kann auch das Geldmonopol hinterfragbar sein. Das Finanzsystem sollte, wie andere kritische Subsysteme des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auch, redundant ausgelegt werden. Dies kann durch die Installation zusätzlicher Währungs- und Verrechnungssysteme geschehen. Insbesondere die Entwicklung dezentraler, internetbasierter elektronischer Finanzsysteme ist zu befördern. Wirtschaftsakteure könnten mit Hilfe solcher Systeme einerseits wählen, welche Zahlungsmittel sie nutzen und in welchem Wirtschaftsraum sie agieren, andererseits kann eine Vielzahl unterschiedlich konstruierter Währungssysteme zu einer Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems führen. Die software-technische Gestaltung solcher Systeme sollte auf freier Software basieren, um einzelnen Gruppen von Wirtschaftsakteuren die Gelegenheit zu geben, eigene Instanzen zu installieren, wenn bereits existierende Finanzsysteme eine kritische Entwicklungen durchmachen.

Änderungsantrag Nr.

TE091

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Wir sind uns im Klaren, dass der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Ausprägung nicht das Ende jeder ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung sein kann. Wir stehen deshalb insbesondere für Weiterentwicklungen des Wirtschaftssystems ein und fördern Experimente, die neue Wege menschlichen Lebens und Wirtschaftens aufzeigen. Insbesondere setzen wir uns für Experimentierklauseln ein, um neue ökonomische Instrumente, Konzepte oder Spielarten auszuprobieren (Sandboxprinzip) und die dort gemachten Erfahrungen in eine Weiterentwicklung der Ökonomie zurückzuführen. Solche ökonomischen Experimente könnten in gesonderten gesellschaftlichen Räumen (geographische oder sektorale Räume, wie einzelne Regionen oder Branchen) durchgeführt werden. Gemeinwirtschaftliche Ansätze und Konzepte wie das bedingungslose Grundeinkommen oder die negative Einkommensteuer wären so evaluierbar – unter realen Bedingungen in begrenzten Räumen und nicht als theoretisches Dogma.

Änderungsantrag Nr.

TE092

Beantragt von

wigbold -- AG_Wirtschaft --

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Hiermit beantrage ich folgende Gliederungen, Überschriften und Punkte in das Grundsatzprogramm der PIRATEN aufzunehmen. Die Nummerierungen im Text dienen dabei lediglich der Diskussion und Kommunikation. In der Schriftlegung können sie dann ggf. vernachlässigt oder geändert werden.

1 Grundsätze piratiger Wirtschaftspolitik

- (1) Die PIRATEN werden unvoreingenommen, auch mit Distanz zu herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards ein ReEngineering Wirtschaftspolitischer Dinge betreiben.
- (2) Die PIRATEN werden der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Sicht der Dinge neben der der Lobbyverbände aufzuzeigen.
- (3) Die PIRATEN werden Liberalismus entwickeln, eine philosophische, ökonomische und politische Ideologie, die die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anstrebt.

1.1 Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem

- (1) Die Wirtschaft oder Ökonomie ist die Gesamtheit aller Einrichtungen und Handlungen, die der planvollen Deckung des menschlichen Bedarfs dienen.
- (2) Die PIRATEN unterscheiden zwischen bürgerlichem und staatswesentlichem Wirtschaften: Das Bürgerliche Wirtschaften dient unmittelbar dem Bürger, das Staatswesentliche (Staatliche) Wirtschaften dient unmittelbar dem Staatswesen. Es ist zu betonen, daß für das Staatswesen jede Politik verantwortlich und vernünftig für sich selbst wirtschaftet.
- (3) Das Staatswesen stößt mit der Einflußnahme auf das Bürgerliche Wirtschaften an seine durch die Grundrechte bestimmten Schranken. Die PIRATEN lehnen eine unmittelbare Einflußnahme auf das Bürgerliche Wirtschaften durch den Staat ab.
- (4) Dagegen ist es gefordert, daß die Bürger das Staatliche Wirtschaften politisch gestalten. Das Staatswesen ist verpflichtet sein Wirtschaften für den Staat dem Volkeswohle unterzuordnen.
- (5)

(5) Die PIRATEN sehen die Gefahr einer Staatswirtschaft, die die Bürger zu Ihrem Nutzen einspannt. Die PIRATEN erkennen einen Interessenkonflikt im Staatwesen bezüglich des Bürgerlichen Wirtschaftens und der Selbsterhaltung des Staatswesens. Die PIRATEN sind gegen einen neuen Merkantilismus in dem das Bürgerliche Wirtschaften der Staatsfinanzierung sowie anderen Staatsinteressen untergeordnet wird.

(6) Wirtschaftspolitische Aufgaben des Staates sehen die PIRATEN lediglich in der Schaffung von Infrastruktur, die dem Bürgerlichen Wirtschaften dient: Der Staat als Wegbereiter für Bürgerliches Wirtschaften.

(7) Die Sozialen Marktwirtschaft erkennen die PIRATEN als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik an. Das durch sie geregelte Wirtschaftssystem ist in seiner Gesamtheit vielschichtig und komplex. In ihm sind verschiedenste systemische Komponenten vereinigt, die sich ergänzen. So gibt es marktwirtschaftliche, zentralwirtschaftliche, sozialwirtschaftliche und andere Teilsysteme; – auch die Selbstversorgung von Bürgern und Gemeinwesen wird durch die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik geregelt.

(8) Um die Komplexität der monolithisch verwobenen Teilsysteme zu entwirren, sehen es die PIRATEN als notwendig an, daß diese Wirtschaftsteilsysteme für sich isoliert betrachtet und politisch durch den Bürger gestaltet werden. Erst so ist eine differenzierte und verständliche Darstellung der Wirtschaftsordnung in der Öffentlichkeit möglich, und das Wirtschaftssystem wird für den Bürger transparent.

(8) Die PIRATEN betrachten diese unterschiedlichen ordnungspolitischen Komponenten der Sozialen Marktwirtschaft bzw. die politischen Teilsysteme als parallele Minimalsysteme. Diese Minimalsysteme sind einfach und verständlich zu gestalten. Über definierte Schnittstellen sind die Minimalsysteme verbunden und für sich auch klar separiert. Für die Modellierung der Minimalsysteme gilt der Grundsatz der Parallelität: Eine Ebene, keine Schnittpunkte. So ist es möglich Teilsysteme konkurrierend zu betreiben, zu testen, auszutauschen ohne das gesamte Wirtschaftssystem bzw. die gesamte Wirtschaftsordnung zu gefährden.

(9) Die PIRATEN sehen die Selbstversorgung als ursprüngliches Wirtschaftssystem an. Das Recht zur Selbstversorgung sehen die PIRATEN im Naturrecht begründet: Natürlicher Weise darf ein Mensch sowie eine menschliche Gemeinschaft bzw. Gesellschaft sich selbst mit dem versorgen, was sie benötigt. Jedes weitere Wirtschaftssystem kann nur ergänzend zur Selbstversorgung gesehen werden.

(10) Mit einem globalen Blickwinkel stellen die PIRATEN fest, daß sie die verschiedenen Wirtschaftssysteme anderer Völker sowie Wirtschaftsordnungen anderer Staaten anerkennen und respektieren.

1.2 Natürliche Ressourcen

- (1) Natürliche Ressourcen sind ursprünglich kein Eigentum oder Besitz. Den Ursprung, die Natur sehen die PIRATEN durch Naturrecht geschützt.
- (2) Natürliche Ressourcen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sind im Besitz des Deutschen Volkes bzw. der bürgerlichen Gesellschaft.
- (3) Das Staatswesen als Gemeinwesen verwaltet die Natürlichen Ressourcen der Bundesrepublik.
- (4) Werden Natürliche Ressourcen jemandem zugesprochen, ist zu berücksichtigen, daß er nur so viel durch seine Arbeit als Eigentum erfahren kann, wie er für seinen Lebensvorteil davon Gebrauch machen kann, bevor es verdirbt. Was darüber hinausgeht, ist mehr als ihm zusteht. - Nichts in der Natur darf zu Eigentum gemacht werden, daß es verdirbt oder zerstört wird. Gleichermaßen muß diese Natürliche Ressource auch allen anderen Bürgern zur Verfügung stehen.
- (5) Ist es aus bestimmten Gründen nicht möglich, daß eine Natürliche Ressource allen Bürgern zur Verfügung steht, wird das Staatswesen aus dieser Gemeingut schöpfen bzw. schöpfen lassen.
- (6) Die PIRATEN respektieren Natürliche Ressourcen auf dem Territorium anderer Völker und Staaten als in deren Besitz. Jedoch sehen die PIRATEN die einzelnen Bürger der Bundesrepublik als Mitglieder der Welt-Gesellschaft an den Natürlichen Ressourcen der Welt beteiligt, die nicht territorial beansprucht werden bzw. die nicht an Territorien gebunden sind. Das Staatswesen vertritt im internationalen Kontext die Bürger.

1.3 Schöpferische Kraft, Eigentum, Gesellschaft, Gemeingut

- (1) Das Grundgesetz garantiert dem einzelnen Bürger sein Eigentum. Eigentum stellt in unserer Wirtschaftsordnung eine wesentliche Komponente dar.
- (2) Eigentum entsteht durch schöpferische Kraft von Menschen und ihrem individuellen Geist.
- (3) Jedem Menschen steht es frei sich mit seiner Schöpferischen Kraft an Gesellschaften zu beteiligen. Sein für die Gesellschaft geschaffenes Eigentum ist sein Anteil an der Gesellschaft. Das durch ihn für die Gesellschaft geschaffene Eigentum geht in das Eigentum der Gesellschaft über. Der Mensch hat Anteil an der Gesellschaft.
- (4) Juristische Personen wie Kapitalgesellschaften sind politische Konstrukte. Nur inländische Juristische Personen genießen ihrem Wesen nach bedingt Schutz durch Grundrechte. Das Wesen der Juristische Personen bestimmt die Wirksamkeit, Das Wesen von Juristische Personen wird interpretiert bzw. praktisch durch Politik gestaltet.

(5) Eine wesentliche Angleichung der Juristische Personen mit Menschen lehnen die PIRATEN ab. Insbesondere die Interpretation, daß Gesellschaften bzw. Juristische Personen eine ursprüngliche schöpferische Kraft besitzen. - Ein kritisches Augenmerk gilt dabei dem Begriff "Person", der zunehmend Gebrauch findet.

(6) Gemeingut ist ein Gut, das für alle Nachfrager frei zugänglich ist. Die allgemeine Verfügbarkeit von Gemeingut kann jedoch zu unwirtschaftlichem Verhalten führen. Das Gemeingut der Gesellschaft wird dann vom Staatswesen verwaltet: Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und ähnliche Aspekte der Vernunft sind so zu berücksichtigen.

(7) Wird Gemeingut an sich jemandem als Eigentum zugesprochen, muß es jedem Bürger gleichermaßen als Eigentum zugesprochen werden, denn jeder Bürger ist an dem Gemeingut beteiligt. Die Bürger, die keine Verwendung für ihren Anteil am Gemeingut haben, müssen von denen entschädigt werden, die das Gemeingut zu Ihrem Vorteil nutzen.

1.4 Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen

(1) Infrastruktur ist der Unterbau einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Ohne Infrastruktur kann eine Volkswirtschaft nicht funktionieren.

(2) Die PIRATEN unterscheiden "private Infrastruktur" der bürgerlichen Gestaltung und "öffentliche Infrastruktur" der gemeinwesentlichen Gestaltung. Öffentliche Infrastruktur ist z.B: Die Wirtschaftsordnung, staatliche Unternehmertätigkeit und staatliche Infrastrukturinvestitionen

(3) Da Öffentliche Infrastruktur von der bürgerlichen Gesellschaft politisch beauftragt und finanziert wird, ist sie als Eigentum der Gesellschaft zu sehen, an der jeder einzelne Bürger beteiligt ist. Sie ist ein Ursprung von Gemeingut.

(4) Private Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie ein natürliches Monopol darstellen.

(5) Öffentliche Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie dem Bürger dienen bzw. ob Mißbrauch vorliegt.

(6) Es steht den Gemeinwesen frei, durch politische Gestaltung öffentliche Infrastrukturen parallel zu privaten Infrastrukturen zu schaffen.

(7) Eine *öffentlich-rechtlichen Anstalt* erkennen die PIRATEN ihrem Wesen nach als Behörde, eine staatliche Einrichtung, die im weitesten Sinne für die Erfüllung von Aufgaben des Staates und dabei insbesondere für Dienstleistungen des Staates gegenüber seinen Bürgern zuständig ist. Diese sind nicht marktfähig. Hierbei handelt es sich um gemeinwesentliche Selbstversorgung. Die Finanzierung erfolgt über Steuern, Abgaben sowie Gebühren. Diese Einrichtungen müssen klar zur Privatwirtschaft abgegrenzt werden. Privatwirtschaftliche Geschäftsgegenstände stehen diesen Einrichtungen nicht zu.

(8) Berufsständische Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Kammern erkennen die PIRATEN als privatwirtschaftliche Verbände und wünschen keinen Zwang zur Mitgliedschaft. Diese Körperschaften des öffentlichen Rechts sind in Körperschaften des bürgerlichen Rechts zu überführen.

(9) Kapitalgesellschaften, deren Gesellschafter Gemeinwesen wie z.B. Kommunen sind, sind privatwirtschaftliche Unternehmen.

1.5 Monopole, Kartelle, Patente

(1) Ein "Monopol" bezeichnet einen einzelnen Aspekt (Punkt), der durch sein Potential die geschaffene Ordnung des ihn beinhaltenden Systems außer Kraft setzt - Die Ordnung wird ungültig. Für ein Marktwirtschaftliches Monopol gilt so: Ein Monopol stört die Marktwirtschaftliche Ordnung: - Z.B wird die Preisfindung durch Angebots-, oder Nachfrage-Monopole gestört.

(2) Ein Kartell bestehend als Bündnis eigentlicher Konkurrenten kann ebenfalls die Marktwirtschaftliche Ordnung stören, wenn sie Preis- oder Mengen- bzw. Leistungs-Absprachen umsetzen.

(3) Die PIRATEN sehen es in einem marktwirtschaftlichen Zusammenhang als nötig an, Monopol - sowie Kartellbildung zu unterbinden.

(4) Alternativ ist für die PIRATEN denkbar, daß das ökonomisches Gut der Kartell- bzw. Monopolbildung als nicht marktfähig erkannt wird. Über die Legislative bzw. die politische Gestaltung werden dann strukturelle Änderungen in der Wirtschaftsordnung umgesetzt, so daß die betroffenen Güter sowie Dienstleistungen in andere Komponenten der Wirtschaftsordnung überführt werden.

(5) Patente und ähnlich hoheitlich erteilte Schutzrechte sehen die PIRATEN als befristete Monopole, die das Staatswesen dem Nutznießer gewährt, wenn im Gegenzug ein Nutzen für die Bürger entsteht. Die Praxis zeigt jedoch, daß der erwartete Nutzen für die Bürger meist nicht gegeben ist. - Im Gegenteil: Die PIRATEN sehen hier ein großes Potential des Mißbrauchs und lehnen deshalb hoheitlich erteilte Schutzrechte ab.

(6) Natürliche Monopole entstehen von selbst, z. B. durch Marktvorsprung, Produktions-, Standortvorteil sowie aufgrund von Markteintrittsbarrieren. Hier ist regelmäßig zu prüfen, ob die Verhältnismäßigkeit noch gegeben ist, bzw. ob der Monopolist seine Vormachtstellung gegenüber den Bürgern mißbraucht.

1.6 Geldpolitik

(1) Dem Geld kommt als Tauschmittel in der Sozialen Marktwirtschaft eine besonderer Stellenwert zu. Es ist ein Wertäquivalent für Güter sowie Dienstleistungen.

(2) Geld entsteht durch den Prozeß der Geldschöpfung. Die PIRATEN sind sich bewußt, daß es verschiedenste Arten von Geld bzw. verschiedenste Systeme zur Geldschöpfung gibt.

(3) Der Euro wird durch das Eurosystem geschöpft als "Zentralbankgeld". Die Bundesbank ist wie die Europäische Zentralbank (EZB) ein Teil des Eurosyste ms. Die EZB ist ein politisches Konstrukt, eine Rechtsperson. Die EZB ist allein befugt, die Ausgabe des Euro zu genehmigen. Die PIRATEN erkennen in der EZB die gemeinsame Währungsbehörde der Staaten Europas. Die PIRATEN befinden die Unabhängigkeit der EZB generell als fragwürdig.

(4) Der Euro ist sogenanntes *Fiat-Geld*, ein Kreditgeld, bei dem von Seiten des Emittenten keine Einlöseverpflichtung in Kurantgeld (Vollwertiges Geld) besteht. Seine Akzeptanz wird durch gesetzliche Vorschriften erreicht und sichergestellt – wie z.B: die Erklärung zum gesetzlichen Zahlungsmittel.

(5) Auf Basis des Euro können zudem Geschäftsbanken Geld schöpfen: Das Giral- bzw. Geschäftsbankengeld. Dieses Geld entsteht ebenfalls durch Kredit, den die Geschäftsbanken gewähren. Oder durch das Eintauschen von Bargeld in sogenanntes *Sichtguthaben*. Geschäftsbanken sind in der Lage auf Grundlage des eingezahlten Bargelds, ein Vielfaches an Giralgeld durch Kreditvergabe zu schöpfen.

(6) Neben dem Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel benutzt der Bürger hauptsächlich Giralgeld. Die PIRATEN sind sich des Unterschieds bewußt: Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel. – Obwohl die Einheit "Euro" den Anschein gibt, besteht keine Deckung des Giralgeldes durch das gesetzliche Zahlungsmittel. Die PIRATEN sehen diese Unterdeckung des Giralgeldes als systemkritisch an. Die PIRATEN fordern eine vollständige Unterlegung des Giralgeldes mit der dargestellten Währung.

(7) EZB-Geld sowie Giralgeld entsteht durch Kredit. An jeden Kredit ist immer Zins und Tilgung als Schuld gebunden sowie Eigentum des Kreditnehmers als Sicherung.

(8) Die PIRATEN erkennen Zins als Ursache für exponentielles Wachstum der Geldmenge und somit der Verschuldung.

(9) Die PIRATEN sehen es zumindest als fragwürdig an (wertloses) Fiat-Geld bzw. Giralgeld als Schuld mit Eigentum des Schuldners abzusichern, da hier zur Tilgung der zinsbelasteten Schuld in Summe ein immer rasanter werdender Eigentumsübergang auf die Banken erzwungen wird.

(11) Die PIRATEN sehen in der ausschließlichen Möglichkeit zur Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ein Quasi-Monopol der Geldschöpfung. Die PIRATEN wünschen die Aufhebung des Geldschöpfungsmonopols.

(12) Die PIRATEN sehen es im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft als notwendig an, dem Gesetzlichen Zahlungsmittel des Staatswesens Bürgerliche Währungen als Wertkorrektiv gegenüberzustellen. Diese müssen frei an Devisenbörsen auch gegen Gesetzliches Zahlungsmittel gehandelt werden können. Spekulative Kursschwankungen werden dann durch eine Tobin-Steuer gedämpft. Die Art und Weise der Bürgerlichen Geldschöpfung ist frei.

(13) Es steht so auch jedem Gemeinwesen frei, eine eigene Währung zu jedem Zweck zu schaffen und Geld zu schöpfen.

(14) Die Bürger als Vertragspartner entscheiden frei, welche Währung sie für ihre Geschäfte verwenden oder sparen.

(15) Die PIRATEN erkennen Geld als definiertes Kunstprodukt. Geld sowie Geldschöpfung ist bestens geeignet für eine Regulierung bestimmter Märkte. So ist es denkbar, für verschiedene Märkte verschiedene Währungen herzustellen, die den ggf. speziellen Anforderungen entgegenkommen.

1.7 Abgrenzung zu anderen Politiken: Finanzpolitik, Sozialpolitik, etc

(1) Das Wirtschaften des Staates ist selbstverständlich auch von seinen Finanzen abhängig. Die Finanzen bestimmen den Haushalt, die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Staates. So fordert das Wirtschaften des Staates die Finanzpolitik, diese Finanzen bereitzustellen. Jedoch hat die Finanzierung der unterschiedlichen Politiken bzw. Ministerien nichts mit Wirtschaftspolitik an sich zu tun, die dem Bürgerlichen Wirtschaften dient. - Es ist auch hier zu betonen, daß jede Politik verantwortlich und vernünftig für sich selbst wirtschaftet.

(2) Die Finanzpolitik des Staatswesens mit der Wirtschaftspolitik zu verweben, birgt für die PIRATEN die Gefahr eines neuen Merkantilismus, in dem das Wirtschaften der Bürger der Finanzierung des Staates untergeordnet wird.

(3) Gleiches gilt für die Sozialpolitik. Hier sehen die PIRATEN die Gefahr der Instrumentalisierung des Bürgerlichen Wirtschaftens. Die Sozialpolitik ist unabhängig von der Wirtschaftspolitik. Sie hat ihren eigenen Haushalt, den sie mit der Finanzpolitik abstimmen muß.

(4) Die PIRATEN sind aus wirtschaftspolitischer Sicht sowie aus Gründen der Machtzentration davon überzeugt, daß Wirtschaftspolitik für sich alleinstehen muß und nur dem Bürgerlichen Wirtschaften dient.

(5) Die PIRATEN halten eine klare systemische und fachliche Trennung zwischen den Politiken ein, ganz nach dem obenstehenden Grundsatz der Parallelität von Systemen.

(6) Die PIRATEN fordern eine weitestgehende Befreiung des Bürgerlichen Wirtschaftens von Staatlicher Bürokratie.

(7) Die PIRATEN sind gegen die Erfassung des einzelnen Bürgers sowie der Gesellschaft als staatswirtschaftliches Personal oder ähnliches: Z.B. im Sinne von "Humankapital"

(8) Die PIRATEN sehen die durch den Staat erhobenen Steuern und geschaffenen Abgaben zur Finanzierung des Staatswesens als ein nötiges *Beisteuern* und *Beigeben* der Bürger. Die Steuern und Abgaben müssen jedoch regelmäßig auf ihre Grundsätze und auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Zudem dürfen Steuern und Abgaben keinen maßgeblichen Einfluß auf das Bürgerliche Wirtschaften haben.

1.8 Globalisierung

(1) Die moderne Informationstechnologie sowie die Möglichkeit zu reisen, ermöglicht ein Bewußtsein des Einzelnen für die Welt und deren globale Zusammenhänge.

(2) Aus dieser Globalisierung ihres Bewußtseins leiten die PIRATEN Respekt und Verantwortung vor der Welt ab.

(3) Die Freiheiten der Globalen Kommunikation sowie der Möglichkeit zu reisen, sind wesentlich für die Selbstbestimmung eines Individuums in der globalisierten Welt.

(4) Die Möglichkeit unter Völkern sowie Staaten gemeinsame Verträge zu schließen, lässt eine politische Gestaltung globaler Wirtschaftssysteme zu und schafft so weitere Komponenten der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

(5) Das Staatswesen vertritt die Interessen seiner Bürger bei der Schaffung entsprechender internationaler Rechtsgrundlagen nach geltendem nationalem Recht.

(6) Menschen und Gesellschaften der verschiedenen Völker und Staaten schließen Verträge untereinander, auf die das Staatswesen keinen Einfluß nehmen darf.

Begründung

Die "Grundsätze piratiger Wirtschaftspolitik" stellen eine Initiation für die Wirtschaftspolitik der PIRATEN dar. Auf dieser Grundlage soll Wirtschaftspolitik bei den PIRATEN entwickelt werden.
- Dieser Antrag stellt eine Erdung dieser Grundsätze durch die Basis und gleichzeitig durch das höchste beschließende Organ der PIRATEN dar.

Dieser Antrag steht mit seinem Bezug auf den Einzelnen Bürger den konkurrierenden Anträgen entgegen, die sich auf einen übergeordneten gesellschaftspolitischen Kontext beziehen und eine *ideale Gesellschaft* auch durch wirtschaftspolitische Ordnungsmaßnahmen formen wollen.

Dieser Antrag orientiert sich mit seiner Politik am Wirtschaften der Bürger und an deren individueller Freiheit.

Dieser Antrag trennt klar zwischen der Bürgerlicher-Wirtschaft (Privat) und der Staats-Wirtschaft (Öffentlich). Somit wird die Abgrenzung der Bürgerlichen Wirtschaft vom Staat deutlich, die durch die Grundrechte vor staatlichen Einflußnahmen sowie Übergriffen geschützt ist.

In dieser Abgrenzung können die PIRATEN klar Position beziehen, Übergriffe des Staatswesens anprangern, die Grundrechte hochhalten und die Wirkung der Grundrechte in ihrer Wirtschaftspolitik manifestieren.

Dieser Antrag bietet einen Lösungsraum, in den Problemstellungen transferiert und beantwortet werden können. Die Eckpunkte sind die piratigen Grundsätze.

Ich habe mich entschlossen, die Themenblöcke als ein Text zur Abstimmung zu stellen

- aus Zeitersparnis – der BPT ist nur kurz gemessen an der Antragsflut.
- da nur in Gänze eine Struktur von Wirtschaftspolitik erkennbar wird.
- da der Text insgesamt eine Alternative zu der Summe der konkurrierenden Textbausteine darstellt.
- ...
- da der Stil der Formulierungen in ihrer Präzision, nicht zu den anderen hier beantragten wirtschaftspolitischen Textbausteinen kompatibel ist.

Der Stil der Formulierung ist in einem sachlichen Ton. Die Grundsätze sind mit Fakten unterlegt oder selbst faktisch. – Für manche mag es trivial erscheinen. Oder manche finden den Ton zu dozierend. Doch dieser Stil unterscheidet sich von den anderen Parteiprogrammen und spricht eine deutliche Sprache. Vielleicht spricht er gerade dadurch einen Teil der 40% Nichtwähler an, die wie alle anderen die Freiheit haben ...

- ... das Programm für jeden Zweck zu benutzen.
- ... zu verstehen, wie das Programm funktioniert.
- ... Kopien weiterzuverbreiten.
- ... das Programm zu verbessern.

Die Veröffentlichung dieses Programms erfolgt in der Hoffnung, daß es von Nutzen sein wird, aber OHNE IRGENDEINE GARANTIE, sogar ohne die implizite Garantie der MARKTREIFE oder der VERWENDBARKEIT FÜR EINEN BESTIMMTEN ZWECK.

Arrr....)

Änderungsantrag Nr.

TE093

Beantragt von

Skreutz

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Die Piratenpartei sieht dringenden Überholungsbedarf im Jugendmedienschutz der Bundesrepublik Deutschland. Neue Medien wie das Internet, Social Networks und Computerspiele sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen, so gibt es laut einer Bitkom-Studie über 10 Millionen Online-Spieler in Deutschland. Die deutsche Politik ist den potentiellen Gefahren dieser neuen Medien bisher jedoch vor allem mit Paranoia und Mitteln der Zensur begegnet. Besonders zeigt sich dies in der anhaltenden "Killerspiel"-Debatte – ein polemischer Kampfbegriff, der Millionen Spieler in Deutschland diskreditiert und die Nähe zur Illegalität suggeriert.

Die Piraten halten diese Ausrichtung des Jugendmedienschutzes für grundsätzlich falsch und sehen darin Symbolpolitik anstelle konstruktiver Lösungen. Jugendschutz beginnt mit Medienbildung, nicht mit Zensur. Die Piratenpartei will daher restriktive Jugendschutzbestimmungen auf den Prüfstand stellen und die Schaffung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrern und Schülern vorantreiben.

Anmerkung: Dieses Modul dient als Präambel bzw. diffuse Positionsangabe. Konkretere Forderungen werden in den folgenden, separat abzustimmenden Modulen aufgestellt:

1. Modul 2: Computerspiele
2. Modul 3: Onlinemedien und Medienbildung

Begründung

Die polemische Debatte zu Computerspielen diskriminiert Millionen von Spielern in Deutschland und kriminalisiert durch die Äußerungen einzelner Spitzenpolitiker eine ganze Jugendkultur – ohne sich auf wissenschaftliche Fakten zu stützen. Gleichermassen werden mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag Mittel der Zensur für Onlinemedien angewendet, anstatt in die Medienbildung für Jugendliche zu investieren, damit jene sich sicher im Netz bewegen können. Die Piratenpartei hat sich stets gegen Zensur, gegen Symbolpolitik und für die Gamercommunity eingesetzt. Dies sollte nun im Grundsatzprogramm verankert werden.

Änderungsantrag Nr.

TE094

Beantragt von

Skreutz

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Die europaweit härtesten Jugendschutzbestimmungen und polemisch geführte politische Debatte um Computerspiele schränken die künstlerische Freiheit ein und können ohne eine hinreichende Medienbildung von Eltern, Lehrern und Kindern gleichermaßen keine Wirkung entfalten. Forderungen nach Verkaufs- und Herstellungsverboten schwächen nicht nur eine innovative Branche, sondern werden auch der Realität nicht gerecht. Bisher konnte keine wissenschaftliche Studie den Zusammenhang zwischen Computerspielen und Gewalttaten belegen, vielmehr zeigen diverse Studien positive Lerneffekte - sogar bei Actiontiteln - auf. Forderungen nach Zensur entreißen lediglich den Eltern die Verantwortung über ihre Kinder. Die Piratenpartei sieht es daher als notwendig an, Eltern mit dem notwendigen Wissen über Gefahren sowie Lernaspekte moderner Medien zu befähigen, selber über den Medienkonsum ihrer Kinder zu urteilen. Nur so kann ein effektiver Jugendmedienschutz entstehen.

Darüber hinaus setzen die Piraten sich dafür ein, die Notwendigkeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpjM) neu zu bewerten. Mit der USK verfügt Deutschland bereits über einen sehr gut funktionierende Selbstkontrolle. Während die BpjM vorgeblich dem Zweck dient, ebenfalls den Jugendschutz durch Mittel der Indizierung und Beschlagnahmung sicherzustellen, sind in Realität üblicherweise Titel betroffen, die ohnehin über keine Jugendfreigabe verfügen. Bei Künstlern führt dies zu einer unfreiwilligen Selbstzensur und damit zu einer Einschränkung der künstlerischen Freiheit. So wurden in der Vergangenheit bereits zahlreiche Titel beschnitten, welche ohnehin nur an Erwachsene verkauft werden durften.

Die Piratenpartei fordert ein Umdenken, denn Jugendschutz darf nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit Erwachsener oder der künstlerischen Freiheit benutzt werden. Insbesondere dann nicht, wenn bereits funktionierende Jugendschutzmechanismen existieren.

Begründung

Dies ist das Modul 2 des Blocks Jugendmedienschutz und stellt detailliertere Forderungen und Positionierungsangaben für das Medium Computerspiele auf. Die Begründung leitet sich aus dem Antragstext ab.

Änderungsantrag Nr.

TE095

Beantragt vonSkreutz**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Onlinemedien wie Social Networks, Online-Enzyklopädien und Blogs sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft geworden, sie haben das Internet zu einem neuen Kulturraum gemacht. Auf die potentiellen Gefahren dieses Raums fand die Politik in Deutschland bisher nur Methoden wie Internetsperren oder Zwangskennzeichnungen für ein hochdynamisches, interaktives Medium. Die Piratenpartei sieht in diesen Methoden keinen wirksamen Jugendmedienschutz, sondern vielmehr eine Gefahr für den freien Meinungs- und Wissensaustausch.

Jugendschutz im Netz sollte vor allem durch Aufklärung und Medienbildung geschehen. Risiko-Aspekte wie Phising, Viren und Datenschutz müssen Schülern bereits früh vermittelt werden, denn als Jugendliche gehören sie zu der aktivsten Gruppe im Netz. Dennoch fehlt es häufig an Medienkompetenz: Viele Jugendliche geben sorglos Informationen von sich im Netz Preis, die für ihre Berufskarriere fatale Folgen haben können. Die Piratenpartei setzt sich daher dafür ein, die Medienbildung in Deutschland voran zu treiben. EDV-Technik sowie die Fähigkeit, relevante Informationen aus dem Netz zu extrahieren und sich dort sicher zu bewegen sind Schlüsselqualifikationen für immer mehr Berufsgruppen.

Bildungseinrichtungen müssen daher mit der Hard- und Software sowie dem Know-How ausgestattet werden, um dieses Wissen Schülern früh vermitteln zu können.

Begründung

Dies ist das Modul 2 des Blocks Jugendmedienschutz und stellt detailliertere Forderungen und Positionierungsangaben für Onlinemedien auf. Im Kern soll für bessere Medienbildung gesorgt werden, anstatt potentielle Gefahren mit Netzsperren auszublenden.

Änderungsantrag Nr.

TE096

Beantragt von
Buccaneerps
Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Pragmatismus statt Aktionismus

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, in das Wahlprogramm die Aufhebung der Verjährungsfristen bei schwerem sexuellen Kindesmissbrauch aufzunehmen:

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Verjährungsfrist bei schwerem sexuellen Kindesmissbrauch (bisher 20 Jahre nach Volljährigkeit) aufgehoben wird. Es soll gelten: Schwerer sexueller Kindesmissbrauch verjährt nie. Weiterhin wird die zivilrechtliche Verjährungsfrist der strafrechtlichen Verjährungsfrist angeglichen.

Begründung

Die weitaus meisten Opfer schweren Missbrauchs sind jahrzehntelang nicht in der Lage, gegen ihre ehemaligen Peiniger vorzugehen oder nur über die Geschehnisse zu reden. Sie bleiben oft ein Leben lang traumatisiert und sind auf psychologische Hilfe angewiesen. Viele Opfer müssen durch Angehörige oder den Staat finanziell unterstützt werden, da sie nicht oder wenig belastbar sind. Die Selbstmordrate unter Opfern ist hoch und der Aufbau sexueller oder gar familiärer Beziehungen nachhaltig gestört. Die Täter sollen ihr Leben lang in Gefahr sein, strafrechtlich und zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ihre oft subtilen psychologischen Unterdrückungselemente dürfen nicht noch belohnt werden, wenn es einem Opfer zu spät gelingt, sich daraus zu lösen und es dann auch noch die eigene Ohnmacht bei der bisher vergeblichen Ahndung zu spüren bekommt.

Wir Piraten müssen endlich zu diesem Thema Stellung beziehen und vor allem auch zeigen, daß es uns bei der Verhinderung von Websperren eben nicht um eine inhärente Förderung des Missbrauchs von Kindern geht. Die Politiker in Deutschland verfolgen zum Thema Kindesmissbrauch einen völlig falschen Ansatz: Während der Schweregrad der Straftat vom Missbrauch über das Dokumentieren des Missbrauchs zum Verbreiten des Missbrauchs zum Betrachten des Missbrauchs abnimmt, werden absurderweise teure und ineffiziente Maßnahmen gegen das Betrachten des Missbrauchs gefordert, der Missbrauch selber ist aber kaum ein Thema. Wir sollten genau anders herum das Problem angehen: Kindesmissbrauch ist alltäglich in Deutschland und auf der Welt, in Familien, Schulen und – wie sich

gezeigt hat - in kirchlichen, staatlichen oder privaten Institutionen. Diese Täter müssen nach rechtsstaatlichen Prinzipien verfolgt, überführt und bestraft werden.

Eine gute Informationsseite dazu ist [MOGIS](#)

Ich verwende absichtlich nicht den Begriff "Kinderpornographie" sondern den Begriff "dokumentierter Kindesmissbrauch". Der übliche Begriff ist eigentlich eine Verharmlosung und geht am Thema komplett vorbei.

Änderungsantrag Nr.

TE097

Beantragt von
Silberpappel
Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Grundrechte, Freiheit, Selbstbestimmung

Schlagworte Contra

Programmerweiterung

Beantragte Änderungen

Die Piratenpartei Deutschland möge den folgenden Text in ihr Parteiprogramm aufnehmen:

selbstbestimmtes Leben und Lieben

Wir setzen uns ein für freies, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben für alle Bürger jeden Geschlechts und jeder sexuellen Orientierung.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der ein Mensch in erster Linie als Individuum gesehen wird und nicht als Vertreter einer Kategorie. Körperliche Faktoren und gewählte Lebensweisen dürfen kein Anlass von Unterscheidung, also Bevorzugung oder Benachteiligung sein.

Wir fordern das Recht auf individuelle Selbstbestimmung: Kein Individuum darf dazu gezwungen werden, eine gesellschaftliche Rolle oder Lebensweise anzunehmen, die dessen Natur oder persönlichen Wünschen widerspricht. Kein Individuum darf aufgrund dieser Selbstbestimmung bevorzugt oder benachteiligt werden. Keinem Individuum darf aufgrund dieser Selbstbestimmung gesellschaftliche Akzeptanz oder Teilhabe verwehrt werden.

Diese Freiheit auf individuelle Selbstbestimmung findet ihre klare Grenze ausschließlich dort, wo die Freiheit, Würde und Unversehrtheit eines anderen Individuums klar bedroht oder eingeschränkt wird.

Aufgabe des Staates in diesem Zusammenhang ist es:

- überflüssiges Schubladendenken aus rechtlichen Bestimmungen zu entfernen
- juristische Beschränkungen zu entfernen, die Menschen in ihrer freien Entfaltung und Selbstbestimmung behindern
- alle Bürger unabhängig von ihrer Natur und Lebensweise rechtlich gleichzustellen
- allen Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft füreinander und/oder für Kinder sorgen, die Möglichkeit zu eröffnen, die gleiche rechtliche Institution einzugehen, die Rechte und Pflichten mit sich bringt und besonderem Schutz unterliegt (Ehe / Lebenspartnerschaft / Wahlverwandschaft)

Sowohl unsere nationale, als auch globale Gesellschaft ist noch weit von der Idealvorstellung eines freien Individuums und echter,

gelebter Akzeptanz entfernt.

Deshalb fordern und fördern wir rechtliche Bestimmungen und gesellschaftliche Bestrebungen, welche die Diskriminierung von einzelnen Individuen bekämpfen, auch wenn dabei bestehendes Kategoriedenken vorerst weitergelebt wird.

Langfristiges Ziel ist aber die Dekonstruktion der Kategorisierungen und somit die Förderung des Individuums. Die Bevorzugung von Menschen zum Ausgleich körperlicher Unterschiede muss auch weiterhin möglich sein.

Wir sind uns bewusst, dass diese Ziele nicht nur durch rechtliche Regelungen zu erreichen sind. Daher setzen sich die PIRATEN für eine tolerante und freiheitliche Gesellschaft ein, in der ein Mensch als Individuum in freier Selbstbestimmung aufwachsen, sein Leben gestalten und teilhaben kann.

Begründung

Dieser Antrag ist eine Alternative zum Antrag "Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung". Er ist allgemeiner / abstrakter formuliert.

In diesem Antrag steht der Mensch als Individuum im Mittelpunkt und die Stärkung seiner Freiheiten.

Dies deckt sich mit dem Freiheitsgedanken der Piraten.

Er wurde von einigen Mitgliedern der AG Queeraten und anderen zusammen per Piratenpad, Mailingliste und Mumble erarbeitet. Drüber hinaus haben wir zu Recherchezwecken Kontakt aufgenommen mit einer Intersexuellen-Organisation. Wer sich dem Antrag anschließen möchte, möge dies bitte tun.

"Freiheit" und "Selbstbestimmung"

In unserem Programm und in der Kommunikation in unserer Partei spielen die Begriffe "Freiheit" und "Selbstbestimmung" eine wichtige Rolle. Für viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, Asexuelle, Polyamore, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle sind diese zentralen Begriffe der Piratenpartei im täglichen Leben noch keine Realität.

In den letzten Jahrzehnten hat sich viel getan. 1969 wurde Homosexualität legalisiert und 2001 die "Homoehe" eingeführt.

Aber immer noch werden volle Freiheit und Selbstbestimmung queeren Bürgern in Deutschland vorenthalten.

Wer in einer "Homoehe" lebt, ist gegenüber Bürgern in echter "Ehe" nach wie vor benachteiligt.

Intersexuellen Bürgern ("Zwittern") wird oft sogar die Selbstbestimmung über ihren Körper verwehrt.

Diese Beschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung für viele Bürger in Deutschland sollten Piraten beseitigen wollen.

(In diesem Zusammenhang verweise ich besonders auf die Präambel und

den Abschnitt "Bildung als individueller Prozess" unseres Programms.)

die Aufgaben des Staates

In diesem Antrag ist wichtig, dass zwischen unseren Zielen und den Aufgaben des Staates klar unterschieden wird. Unser Ziel ist eine tolerante Gesellschaft. Wir wollen es aber nicht als Aufgabe des Staates definieren, seine Bürger zu Toleranz zu erziehen. Aufgabe des Staates ist es in erster Linie, nicht selbst zu diskriminieren / Freiheit zu beschneiden.

Erst in zweiter Linie soll er seine Bürger vor Eingriffen in deren Freiheit schützen.

Und eine Vorbeugung gegen Diskriminierung in Form einer Umerziehung durch den Staat, das wollen wir explizit nicht fordern.

Individuum und Gesellschaft

Wir fordern keine absolute Individualisierung. Wir fordern neben Freiheit und Selbstbestimmung auch Akzeptanz und Teilhabe an der Gesellschaft.

Geschlecht

Auch bei den Geschlechtern gibt es nicht nur schwarz und weiß, männlich und weiblich, 1 und 0. Transsexuelle sind körperlich eindeutig männlich oder weiblich und fühlen sich dennoch im falschen Körper gefangen. Bei Intersexuellen ist das Geschlecht uneindeutig. Es gibt Menschen, die chromosomal eindeutig Mann sind, aber eine angeborene Resistenz gegen männliche Hormone haben. (XY-Frauen, XX-Männer, ...)

Und dann gibt es Menschen, die sich einfach nicht in eine der Schubladen "Mann" oder "Frau" einordnen lassen wollen, schon garnicht durch den Staat.

Dies alles dürfen wir nicht zugunsten eines schwarz-weiß-Denkens ignorieren. Eine Einordnung in eine solche Schublade sollte nur freiwillig geschehen.

Geschlecht in der Piratenpartei

In der Piratenpartei erfassen wir das Geschlecht der Piraten nicht. Im IRC, auf der Mailingliste, im Wiki etc. werden oft Pseudonyme benutzt und wir wissen garnicht, ob wir mit einem Mann oder einer Frau kommunizieren. In der Satzung werden Mitglieder geschlechtsneutral als "Pirat" bezeichnet.

Das Schubladendenken bei den Geschlechtern spielt also für viele Piraten schon jetzt keine große Rolle.

Im Sinne von Freiheit, Selbstbestimmung und auch Datensparsamkeit können wir daran mit diesem Antrag anknüpfen.

Änderungsantrag Nr.

TE099

Beantragt von

Tobias Rudert

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Grundrechte, Datenschutz, lebendige Demokratie, Piraten-Thema

Schlagworte Contra

Formal bereits gültig

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen, im Grundsatzprogramm in Kapitel 2 (Privatsphäre und Datenschutz), Unterkapitel 2.1 (Privatsphäre) nach dem Satz "Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis." folgenden Satz einzufügen:

Die Gewährleistung der Integrität informationstechnischer Systeme und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sollen in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Außerdem soll im selben Absatz in dem Satz "Diesem Kommunikationsgeheimnis muss ein starker gesetzlicher Schutz gegeben werden, da Regierungen wiederholt gezeigt haben, dass sie bei sensiblen Informationen nicht vertrauenswürdig sind." das Wort "Diesem" mit dem Wort "Dem" ersetzt werden.

Begründung

Die Piratenpartei Deutschland fordert in ihrem Parteiprogramm, das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis zu einem Kommunikationsgeheimnis auszuweiten. Dieses würde Kommunikation zwischen informationstechnischen Systemen schützen.

Das BVerG hat in seinem Urteil zur "Onlinedurchsuchung" ein Grundrecht auf Gewährleistung der Integrität informationstechnischer Systeme erklärt. Dieses schützt informationstechnische Systeme an sich.

Bereits 1983 hat das BVerG in einem Urteil zur Volkszählung das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Grundrecht anerkannt. Dieses Recht bezieht sich grundsätzlich auf alle Daten, egal wie sensibel sie sind oder wo sie gespeichert werden.

Das geforderte Kommunikationsgeheimnis und das erklärte Grundrecht auf Integrität informationstechnischer Systeme ergänzen sich somit. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stellt die Grundlage für den Datenschutz dar.

Diese Grundrechte sollen in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. Da diese zwar nach dem BVerG geltendes Recht sind, jedoch von der Politik nicht in die Verfassung aufgenommen wurden, möchten wir dies erreichen. Wer eine Verfassung ließt, sollte alle ihm gewährten Grundrechte dort auch niedergeschrieben finden. Dies wäre ein Ausdruck lebendiger Demokratie durch aktive Pflege und Weiterentwicklung der Grundrechte in einer sich verändernden Welt.

Anzumerken ist, dass das BVerG nach eigener Aussage mit dem Grundrecht der Integrität informationstechnischer Systeme "Schutzlücken" im Grundrechtekatalog schließt (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Neues-Computer-Grundrecht-schuetzt-auch-Laptops-und-Daten-im-Arbeitsspeicher-184298.html>). Mit diesem Grundrecht begegnet man der Argumentation der Online-Durchsuchungs-Befürworter, man würde keine Kommunikation abhören, weil man technisch gesehen Informationen abgreift, bevor diese das System verlassen.

Im weiterem Verlauf des Textes das Wort "Diesem" durch "Dem" zu ersetzen dient ausschließlich der Formschöheit des Textes.

Der Landesparteitag Bayern 2010.1 hat einen programmatischen Antrag beschlossen, der die Aussagen dieses Antrags mit einschließt.

Änderungsantrag Nr.

TE100

Beantragt von

Rüdiger Marsch

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Der Prozess der Globalisierung ist zu begrüßen, soweit er allen Menschen des Planeten hilft, glücklicher zu werden. Dies kann durch materielle Wohlstandssteigerungen erreicht werden, von diesen jedoch auch unabhängig sein. Globalisierung darf nicht dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit von Menschen auf der einen Seite des Planeten durch destabilisierende Entwicklungen auf der anderen Seite des Planeten unverhältnismäßig eingeschränkt wird. Gemäß dem Ansatz der Dezentralisierung fordern wir deshalb, ergänzend zum Globalisierungsprozess einen Regionalisierungsprozess anzustoßen, der auf eine Ökonomie der Nähe sowie regionale Energieautonomie und Versorgungssouveränität abzielt. Regionen sollen ihre Grundbedürfnisse weitgehend aus sich selbst heraus erfüllen können. Das betrifft insbesondere: Nahrung, Wohnen, Kommunikation, Nahverkehr, Bildung, Kultur, Pflege, Heilung und andere auf den Menschen bezogene Güter. Die Einbettung jeder Region ins globale Wirtschaftsgewebe soll einerseits Versorgungsredundanz und andererseits globalen Warenaustausch bei internationaler Arbeitsteilung gewährleisten. Der zweisäulige Ansatz regionaler Ökonomie der Nähe integriert in das globale Wirtschaftsgefüge stabilisiert das wirtschaftliche und damit gesellschaftliche System der Menschheit, verringert Abhängigkeiten und wirkt heute bestehenden Machtungleichgewichten entgegen.

Änderungsantrag Nr.

TE101

Beantragt vonBlackspot + weiteren Piraten aus Rheinland-Pfalz**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Menschenrechte, Mitbestimmung, Wahlrecht, Demokratie

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, dem Parteiprogramm folgenden weiteren Absatz mit dem Titel "Wahlrecht als Menschenrecht und Wahlaltermgrenze" hinzuzufügen:

"Wahlrecht als Menschenrecht und Wahlaltermgrenze"

Die Piratenpartei kämpft für ein Menschenbild, indem der Mensch nicht erst ab 18 Jahren als politisch interessiert und mündig deklariert wird. Wahlreife definiert sich darüber, einen politischen Willen zu haben und diesen artikulieren zu können. Menschen können nur selbst entscheiden, wann sie ihrem politischen Willen Ausdruck verleihen können – unabhängig ihres Alters. Die Piratenpartei verlangt, dass dieses Menschenbild sich auch im Wahlsystem widerspiegelt und fordert daher die Abschaffung des Wahlalters. Wir erachten jegliche Altersgrenzen beim Wahlrecht als willkürlich. Um eine konkret spürbare Verbesserung schnell zu realisieren, soll als Übergangslösung kurzfristig das Wahlalter auf 14 Jahre gesenkt werden.

Einige Befürworter der Abschaffung des Wahlalters stehen ein für ein Familienwahlrecht, bei dem Eltern stellvertretend für ihre Kinder zur Wahl gehen dürfen. Die Piratenpartei lehnt ein solches Wahlrecht ab, da die Unmündigkeit der Kinder und Jugendlichen damit nicht abgeschafft, sondern noch verstärkt wird. Der von uns angestrebten Selbstbestimmung und Emanzipation steht ein Familienwahlrecht im Wege. Jeder Mensch soll selbst frei wählen und mitbestimmen können ohne Bevormundung durch Eltern oder andere Autoritäten.

Die Abschaffung des Wahlalters stellt einen immensen demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt dar und wird positive Veränderungen auf unsere Gesellschaft haben. Politik wird aus neuen Perspektiven gesehen werden und demokratische Entscheidungen werden sich stärker an einer politischen Nachhaltigkeit für die nachfolgenden Generationen ausrichten. Gleichsam wird das politische Interesse schon früh gefördert und demokratisches Miteinander erlernt. Die Piratenpartei fordert begleitend zur Abschaffung des Wahlalters eine Reform der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche müssen zusätzlich zum Politikunterricht frühestmöglich an demokratische Entscheidungsverfahren herangeführt werden und selbst mitbestimmen können. Schulen müssen in demokratische Bildungseinrichtungen verwandelt werden, in denen Schüler und

Schülerinnen gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern entscheiden. Nur so können Kinder und Jugendliche Demokratie erfahren und politisches Interesse und Gespür für politische Teilhabe entwickeln."

Begründung

Der Antragstext spricht größtenteils für sich. Weitere Begründung erfolgt aber gerne mündlich auf dem Bundesparteitag.

Dem Argument, Kinder seien nicht "reif" für eine Wahl, entgegnen wir, dass man eine Reifegrenze nicht festmachen kann und es in einer Demokratie immer so ist, dass die Wahlentscheidung nur subjektiv "gut" oder "schlecht" ist. Unsere Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass jeder mitbestimmen kann - egal wie reif, schlau oder alt er ist, welches Geschlecht er besitzt oder welche politische Einstellung er hat. Die willkürliche Grenze von 18 Jahren wollen wir abschaffen. Alle Menschen, die von der Politik betroffen sind, sollen auch mitbestimmen können.

Weitere Begründung ergibt sich auch aus dem ausführlicheren Sonstigen Antrag, der eine Positionierung des BPT zum Wahlalter fordert.

Änderungsantrag Nr.

TE102

Beantragt vonAlexander Heidrich**Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Datenschutz, Datensparsamkeit

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Wir sind für die Abschaffung der Anbieterkennzeichnungspflicht (Impressumspflicht) für Privatpersonen da die gegenwärtige gesetzliche Regelung im Telemediengesetz unserer Ansicht nach nicht angemessen ist, weil sie das Recht auf freie Meinungsäußerung ohne zwingenden Grund in unangemessener Weise einschränkt. Daher sollte die Impressumspflicht dahingehend geändert werden, dass folgende Interessen in sinnvoller Weise gegeneinander abgewogen werden:

- 1.) das berechtigte Interesse des Verbraucherschutzes
- 2.) das berechtigte Interesse auf die informationelle Selbstbestimmung bzw. den Schutz der eigenen Privatsphäre

Es sollte die Faustformel gelten: Überall dort, wo es kein berechtigtes Interesse für den Verbraucherschutz gibt, sollte der Betreiber einer Webseite das Recht haben, seine Meinung frei zu äußern, ohne dass dieser dafür den Schutz der eigenen Privatsphäre aufgeben muss.

Begründung

Der Konflikt ergibt sich ganz speziell:

- 1.) aus der sehr allgemeinen Interpretation des Begriffs „geschäftsmäßig“ in § 5 Telemediengesetz, sodass auch private Webseiten unter die Impressumspflicht fallen.
- 2.) aus der Tatsache, dass unterschiedliche Gerichte zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen kommen. Man hat als Bürger keine klaren und eindeutigen Kriterien, an die man sich halten kann, um auf das Impressum verzichten zu können.

Wenn man eine Webseite zur freien Meinungsäußerung nutzen will und wenn man keine Strafe oder Abmahnung riskieren will, dann ist man wegen der Impressumspflicht gezwungen, seine persönlichen Daten offen zu legen. Und somit muss man zwangsläufig auf den Schutz der Privatsphäre verzichten.

Begründung 1:

Viele Ideen und Werke, die unsere Kultur prägten und bereicherten, wurden ursprünglich im Schutze der Anonymität oder unter einem Pseudonym veröffentlicht. Politischen Machtstrukturen, gesellschaftliche Konventionen und religiöse Intoleranz waren vermutlich die Hauptgründe, weshalb sich die Autoren nicht offen zu ihren Werken bekennen konnten. Die Anonymität des Autors war manchmal ratsam, um die soziale Stellung nicht zu gefährden – und manchmal war sie sogar notwendig zum Schutz des eigenen Lebens. Die Zeiten mögen sich geändert haben, aber das Grundproblem ist geblieben. Es liegt in der Natur der Sache, dass neue Ideen immer wieder mit den bestehenden Gesellschaftsstrukturen und Gepflogenheiten kollidieren, dass sie traditionelle Tabu-Grenzen überschreiten und bestehende Weltbilder in Frage stellen. Die Möglichkeit, neue Ideen anonym veröffentlichen zu können, ist deshalb auch heute im Internet-Zeitalter noch immer eine der wichtigsten Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Wandel in einer Demokratie.

Begründung 2:

Die Impressumspflicht hat bei Privatpersonen ganz andere Konsequenzen als bei Firmen. Als Privatperson kann man beim Impressum nur seine Privatadresse und seine private Telefonnummer angeben. Man hat keine Firmenadresse, keinen Pförtner, keine Presseabteilung, keinen Werksschutz, ... die einen nach außen hin abschotten und die unliebsame Besucher und Anrufer abhalten. Deshalb ist man als Privatperson sehr viel stärker von den Konsequenzen betroffen, die sich aus der Impressumspflicht ergeben. Und daraus ergibt sich bei Privatpersonen auch eine besondere Notwendigkeit zum Schutz der Privatsphäre, die es bei Firmen nicht gibt.

Begründung 3:

In der heutigen Zeit ist die Gestaltung einer eigenen Webseite im Internet ein üblicher Weg, um seine eigenen Meinungen in Wort, Schrift und Bild zu äußern. Folgende Gefahren können möglicherweise eintreten:

- Es gibt Vorurteile über manche Minderheiten. Aus dem Inhalt der Webseite lässt sich möglicherweise rekonstruieren, dass man einer dieser Minderheiten angehört. Daraus können sich berufliche oder gesellschaftliche Nachteile ergeben.
- Wenn man sich auf der eigenen Webseite kritisch mit extremistischen oder fundamentalistischen Strömungen auseinander setzt, dann besteht die Gefahr, dass sich diese Kreise rächen wollen und dass es Übergriffe ins Privatleben gibt.
- Wenn man sich auf der eigenen Webseite kritisch mit den Geschäftspraktiken von Firmen auseinander setzt, dann könnte es Probleme geben, wenn man später einen neuen Job sucht.
- Wenn man im Internet eigene Krankheiten und Familienprobleme anspricht, dann könnte es ebenfalls Probleme geben, wenn man später einen neuen Job sucht.

- Wenn man sich als Deutscher mit Migrationshintergrund auf der eigenen Webseite kritisch mit den politischen Zuständen im Heimatland auseinander setzt, dann könnte es Probleme geben, wenn man später wieder in sein Heimatland zurück kehrt.

- usw.

Aus solchen Gründen kann es für eine Privatperson ratsam sein, die eigene Adresse nicht im Internet zu veröffentlichen. Wenn man jedoch gezwungen wird, die eigene Adresse zu veröffentlichen, dann wäre es ratsam, all diese Themen auf der eigenen Webseite nicht zu veröffentlichen. Dadurch wird jedoch das Recht auf freie Meinungsäußerung massiv eingeschränkt.

Wenn man seine Meinung im Internet veröffentlichen will, wenn man aber nicht bereit ist, ein Impressum anzugeben, dann bleibt einem im Moment nur die Möglichkeit, die eigenen Texte in fremden Foren oder Internetdiensten einzutragen. Die Möglichkeiten zur Gestaltung und zur Pflege der eigenen Texte sind dabei jedoch massiv eingeschränkt.

Die Argumentation basiert weitgehend auf dem Dokument [Impressumspflicht contra informationelle Selbstbestimmung](#) von Elias Erdmann und wurde mit Zustimmung des Autors übernommen.

Einen ähnlichen Antrag hat auch [Turovskiy](#) verfasst.

Änderungsantrag Nr.

TE103

Beantragt von

Alexander Jentz

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

individueller und gesellschaftlicher Bildungserfolg

Schlagworte Contra

sozialer Unfrieden und steigende Sozialkosten

Beantragte Änderungen

Die bildungspolitischen Ziele der Piratenpartei sollen durch die Erwägung, dass institutionelle Bildung den Menschen nicht in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit einschränken soll, ergänzt werden.

Dazu soll im Abs. „Bildung als individueller Prozess“ des Parteiprogramms als 3. Satz „Dabei soll er in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.“ eingefügt werden.

Aktueller Abs.:

Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab. Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Neuer Abs.:

Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. **Dabei soll er in seiner persönlichen Entfaltungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.** Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab. Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Begründung

Neben anderen Einflüssen bedingte die zur Mitte der 1970er-Jahre beginnende, bereits Ende der 1970er-Jahre als permanent akzeptierte Massenarbeitslosigkeit die überwiegende Akzeptanz der Verschärfung der libertären Schulusancen, die die Schüler sich zu Beginn der 1970er-Jahre im Zuge des Zurwehrsetzens gegen die Prügelstrafe erkämpft hatten. Die Akzeptanz dieser Verschärfungen wird seit Beginn der 1980er-Jahre (<http://www.freie-schule-frankfurt.de/pages/index.php>) begleitet von deren zunächst nur sehr punktueller, zunächst nur sehr allmählich ansteigender Ablehnung, die seit Mitte der 1990er-Jahre flächendeckend und in signifikantem Steigen begriffen ist.

Dieser Ablehnung begegnend wird die bis heute in stetem Steigen begriffene Verschärfung der Schulusancen, deren Akzeptanz sich ebenfalls seit Mitte der 1990er-Jahre ganz überwiegend zu einem bloßen Ertragen gewandelt hat, bewerkstelligt durch die bereits zu Beginn der 1980er-Jahre begonnene Instrumentalisierung des Bildungsauftrags zur Erfüllung des Erziehungsauftrags.

So begann damals das, dessen Auswirkungen durch den ersten PISA-Test 2000 der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden sind, die sich aber für Insider bereits seit Ende der 1980er-Jahre abzeichnen aufgrund der nie öffentlich bekannt gewordenen PISA-Vorläufer.

Im Rückgriff auf den redaktionellen Verfassungsentwurf des Parlamentarischen Rats beschrieb das Bundesverfassungsgericht 1957 in dem bis heute maßgeblichen „Elfes-Urteil“ das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2, Abs. 1, GG

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“

als „das Recht, innerhalb der Gesetze zu tun und zu lassen was man will“, aber bezog mit seiner weiteren Erläuterung, „dass dem einzelnen Bürger eine Sphäre privater Lebensgestaltung verfassungskräftig vorbehalten ist, also ein letzter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit besteht, der der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist“, neben der Handlungsfreiheit auch die dazu nötige Individualität des Grundrechtsträgers in den Schutzbereich des Art. 2, Abs. 1, GG ein.

Später hat das Bundesverfassungsgericht diesen letzten unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit als „intimes mit sich selbst alleine sein“ bezeichnet.

Darauf setzt eine 1990 erschienene Dissertation über Abwehransprüche der Schüler nach Art. 2, Abs. 1, GG auf (<http://www.vwb-verlag.com/Katalog/n053.html>). Bereits dort wird nachgewiesen, dass die allgemeinen Schulusancen der End-1980er-Jahre, die im

Wesentlichen bis heute aufrechterhalten und verschärft werden, prädisponierend auf die spätere hirnphysiologische Tätigkeitsverteilung wirken, und dass sich diese Prädisposition später als Mangel an Initiative und Kreativität darstellt. Und bereits dort wird nachgewiesen, dass diese Prädisposition des späteren „intimen mit sich selbst alleine seins“ eine später dauernd wirkende Einschränkung der Handlungsfähigkeit bedingt.

Die äußere Grenze dieses „intimen mit sich selbst alleine seins“ definiert das Bundesverfassungsgericht mit der Aufnahme sozialer Kontakte derart, dass diese bereits durch das „intime Beieinandersein“ durchbrochen ist.

Dem gegenüber durchbricht beispielsweise das Lesen eines Buchs nicht die Grenze des „intimen mit sich selbst alleine seins“. Und so wird man in einer menschenleeren Bibliothek durchaus „intim mit sich selbst alleine sein“, wenn man dort gedankenversunken über die Buchtitel liest und dann ein Buch wählt oder es lässt.

Diese bisher nur für Besitzer von Privatbibliotheken denkbare Situation des „intimen mit sich selbst alleine seins“ in einer menschenleeren Bibliothek ist mit dem Beginn der IT-Revolution Mitte der 1990er-Jahre immer mehr Menschen möglich geworden, so dass deren „intimes mit sich selbst alleine sein“ an Inhalt und Umfang zugenommen hat. Mittlerweile sind die IT-basierenden sozialen Kontaktmöglichkeiten hinzugekommen zur Normalität des IT-basierenden erweiterten „intimen mit sich selbst alleine seins“ in einer menschenleeren Bibliothek, aus der heraus man jederzeit sofort mit Initiative und Kreativität wieder soziale Kontakte aufnehmen kann. So wird durch die allgemeinen Schulusancen der End-1980er-Jahre, die im Wesentlichen bis heute aufrechterhalten und verschärft werden, und die mangelnde Initiative und Kreativität prädisponierend auf die spätere hirnphysiologische Tätigkeitsverteilung wirken, die Normalität des späteren erweiterten „intimen mit sich selbst alleine seins“ und die daraus folgende erweiterte Handlungsfähigkeit wesentlich weiter eingeschränkt als Ende der 1980er-Jahre.

Auch bei Kindern und Jugendlichen ist das IT-basierende erweiterte „intime mit sich selbst alleine sein“ teilweise bis hinab ins Grundschulalter Normalität geworden, so dass die dieses sehr stark einschränkenden allgemeinen Schulusancen heute in der Mittelstufe beginnend eine immer bewusster werdendere Entscheidung der Schüler zwischen Auflehnen oder Ertragen provozieren.

Diese Entscheidung ist, egal ob bewusst oder unbewusst getroffen, eine Entscheidung zwischen Grundrechtsinanspruchnahme und Grundrechtsverzicht, und die zutage tretende Botschaft „Integrität durch Grundrechtsverzicht“ wird bewusst oder unbewusst erkannt.

Und sie wird von immer mehr Schülern zugunsten der Grundrechtsinanspruchnahme getroffen und somit gegen die Integrität. Tatsächlich umfasst diese Gruppe sowohl die Schüler, die sich den bildungsgangbedingten, in der Dissertation beschriebenen

rechtswidrigen Grundrechtseinschränkungen entziehen, als auch die, die sich den erziehungsbedingten, rechtmäßigen Grundrechtseinschränkungen entziehen, aber mittlerweile steht auch die Rechtmäßigkeit dieser Grundrechtseinschränkungen auf dem Prüfstand.

Dagegen wird zusätzlich zu den bisherigen, seit Anfang der 1980er-Jahre in zunächst sehr flacher und seit Mitte der 1990er-Jahre immer steiler werdender steter Zunahme begriffenen Ordnungswidrigkeits- und Sorgerechtsverfahren seit der 2008 erfolgten Aufnahme der Schulpflicht ins BGB mit einer diesbezüglichen Neuinterpretation des § 171 StGB auch strafrechtlich vorgegangen mit einer steilen Rückwirkung auf die Zahl der Sorgerechtsverfahren, ohne dass sich bisher Auswirkungen gezeigt haben.

Aber auch am anderen Ende der Scala wirkt die bewusst oder unbewusst getroffene Entscheidung zum Grundrechtsverzicht innerhalb des „letzten unantastbaren Bereichs menschlicher Freiheit, der der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist“. So wie trotz fallenden Schülerzahlen die Anzahl der Schulverweigerer steigt, fällt trotz steigender Abiturienten- und Studierendenzahlen und bei steigenden Graduiierungs-, Diplom- und Dissertationszahlen die Anzahl der Habilitationen. In Deutschland ist die Anzahl der Nachweise der Befähigung zur Erschliessung neuer Wissensgebiete, - eine Tätigkeit, die per Definition nahezu ausschliesslich beim „intimen mit sich selbst alleine sein“ erfolgt-, seit 1992 um 28% gesunken.

Insgesamt ist eine Entwicklung hin zu einer großen, aber auch aus anderen als den hier erwähnten Gründen kleiner werdenden Gruppe der integren Grundrechtsverzichter in vollem Gang, deren fortschrittliche Eigendynamik dem Vergleich mit der Vorgängergeneration nicht standhält und absehbar zum Erliegen kommt, und die begleitet ist von einer kleinen, aber auch aus anderen als den hier erwähnten Gründen größer werdenden Gruppe der Grundrechtsinanspruchnehmer, die von den Grundrechtsverzichtern sozialversorgt werden muss und trotzdem eine größer werdende Aversion gegen diese hegt, weil durch deren Grundrechtsverzicht die gelebte Verfassungsmäßigkeit von der geschriebenen Verfassungsmäßigkeit so weit entkoppelt worden ist, dass sie in die Lage gekommen sind in der sie sich befindet.

Diesem, durch die als Reaktion auf die Freiheiten, die sich die Schüler in den 1970er-Jahren im Zuge des Zurwehrsetzens gegen die Prügelstrafe erkämpften, mit den 1980er-Jahren einsetzenden Verschärfungen der Schulusancen begonnenen, zuerst von Gerhard Huhn untersuchten und bereits in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auch mit den PISA-Vorläufern klar abzeichnenden Trend setzte die Laborschule Bielefeld in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre den Versuch entgegen, Schule durch die von Beschränkungen befreieende Integration neuer Technologien effektiver zu machen.

Der Versuch scheiterte weil die erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre verfügbar werdenden multimedialen Technologien noch nicht vorhanden waren.

Bis Anfang der 2000er-Jahre lagen Untersuchungen vor, nach denen pädagogikbefrachtete Software nicht selbstständig angenommen wird, wenn eine unbefrachtete Alternative greifbar ist, und so wurde die maßgebliche Integration der IT-Technologie in die Schule aufgegeben. Stattdessen wird sie benutzt, um unzuträglichen Begleiterscheinungen wie beispielsweise dem steten Schwererwerden der Schultaschen dadurch entgegen zu wirken, dass diese durch den Laptop ersetzt werden.

Auch auf dem Versuch der Laborschule Bielefeld beruhende, erkannte Schwierigkeiten berücksichtigende Weiterentwicklungen wie beispielsweise das internetbasierende dezentrale Schulsystem, das Mitte des laufenden Jahrzehnts für Bayern entwickelt wurde, werden nicht umgesetzt zugunsten des laptop-statt-Schultasche-Trends.

Die hier beschriebene Entwicklung der letzten 30 Jahre wird von der Pädagogik ganz überwiegend nur insoweit bestritten, als dass sie sich nicht in der aggressiven Rolle sieht, die ihr durch die Hirnphysiologie nachgewiesen wurde, sondern in der defensiven Rolle der Verteidigerin des status quo. Spätestens seit dem Steinhäuser-Schulmassaker von 2001 sieht sich die deutsche Pädagogik in ihrer Rollendefinition bestärkt und gefordert, und Nachweise rechtswidriger Grundrechtseinschränkungen, wie der erstmals durch Gerhard Huhn erfolgende, werden allenfalls als Hinderung an der Menschenformung verstanden.

So geht die Entwicklung trotz der klar nachgewiesenen Tendenz zu immer schlechter werdenden Ergebnissen des individuellen und gesellschaftlichen Bildungserfolgs hin zu immer invasiveren Schulformen wie beispielsweise dem baden-württembergischen Bildungshaus, in dem das zwischen Schule und Schüler, bzw. den diesen vertretenden Eltern, bestehende Rechtsverhältnis auf ein reines Petitionsverhältnis reduziert wird.

Wie weit sich institutionelle Bildung heute bereits von der Unterstützung der persönlichen Entfaltung entfernt hat wird deutlich, wenn man die allgemeinen Schulusancen mit den Kriterien misst, mit denen sie beim EUGhMn verteidigt werden (<http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht1.tif>, <http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht2.tif>, <http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht3.tif>, <http://feudalisten.eu/upload/grundrecht/nvwz/schulrecht4.tif>).

In den 10 Jahren seit dem PISA-Schock ist die zu Beginn der 1980er-Jahre begonnene Instrumentalisierung des Bildungsauftrags zur Erfüllung des Erziehungsauftrags nicht nur weiter betrieben, sondern auch flankiert worden.

Zusammen mit der Aufnahme der Schulpflicht ins BGB im Sommer 2008 sind die Grundlagen einer de facto-KiTa-Pflicht ab dem 3. Geburtstag gelegt worden, die bis zum 1. Geburtstag hinab disponibel ist, die Verschulung akademischer Bildung ist in vollem Gang und die dazu adäquate Entmündigung arbeitsloser Unter-25-Jähriger ist mit der SGB 2-Novelle vom Sommer 2007 bereits vollzogen.

Die vor 30 Jahren begonnene und seit 20 Jahren forcierte Instrumentalisierung des Bildungsauftrags der institutionellen Bildungseinrichtungen zugunsten deren Erziehungsauftrags, die eine lebenslang wirkende rechtswidrige Einschränkung des in Art. 2, Abs. 1, GG verbrieften Rechts der freien Entfaltung der Persönlichkeit bedingt, ist ein strukturelles Problem.

Deshalb wird es nicht durch Länder- oder diesen nachgeordnete Exekutiv-Bildungsprogramme lösbar sein.

Beispielsweise scheint das NRW-Bildungsprogramm durchaus geeignet zur Zurückdrängung der hier erläuterten fortschreitenden Tendenz, aber bereits auf Länderebene ist es beispielsweise ausweislich der teilweise die Unbrauchbarkeitsgrenze überschreitenden Zustände der Schulgebäude, stundenlangen Anfahrtswege der Schüler und „nullter“ Unterrichtsstunde längst Usus geworden, Schüler als reine Manövriermasse anzusehen, so dass fest damit zu rechnen ist, dass auch solche Programme innerhalb dieser Usancen umgesetzt werden und derart das Problem verschärfen und vergrößern.

Entsprechend ist die hier angestrebte grundsätzliche Richtungsentscheidung auf Bundesebene nötig, bevor Weiteres folgen kann.

Änderungsantrag Nr.

TE104

Beantragt von

1000Sunny

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte ProBürgerrechte, Kindersicherheit, Verhindern von
Parallelgesellschaften**Schlagworte Contra**

Bürgerrechtseinschränkungen, staatliches Bildungsmonopol

Beantragte Änderungen

Nur die Teilnahme am Schulunterricht sichert, dass Kinder und Jugendliche die Grundlagen einer gleichberechtigten, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kennenlernen. Keine Open-Education-Bewegung, keine sozialen Netzwerke im Internet, der Familie und der Gemeinschaft können die vielen Vorteile eines mindestens 9-jährigen ganzwöchigen Schulbesuchs ersetzen.

Eltern und deren Lebensentwürfe und das soziale Umfeld außerhalb des Schulgebäudes schränken viele Kinder ein. Es gibt sogar Eltern, die manche Dinge tabuisieren und ablehnen. Dieses kann nur von fürsorglichem Schulpersonal abgefangen werden, die unter staatlicher Genehmigung nur die Dinge ablehnen und tabuisieren, die von den aktuellen Kultusministerien oder ihren eigenen Wertevorstellungen abgelehnt werden.

Zusätzlich sind Mitschüler für alle Kinder und Jugendlichen die beste Möglichkeit sie in die Gesellschaft zu integrieren. Auch hier darf man keinem Angebot außerhalb des Schulgebäudes trauen. Wieder gibt es Eltern, die sich falsch um die Kinder kümmern, oder ihnen gar den Umgang mit bestimmten anderen Kindern verbieten.

Nur im Schulgebäude und der jahrelangen permanenten Verbringung dorthin und über sonst keine anderen Kanäle können Kinder heutzutage über ihre Rechte aufgeklärt werden. Und nur dort kann ihnen vermittelt werden, dass sie ihren Bildungsweg unabhängig von Elternwünschen gestalten können.

Dafür braucht es die aktuelle Regelung der Schulpflicht und wir erkennen an, dass dafür alle aktuellen Grundrechtseinschränkungen in den Landesgesetzen gerechtfertigt sind. Wenn nur ein Kind gerettet werden kann, dann sollten wir vor keiner Maßnahme zögern. Nur durch diese Grundrechtseinschränkungen ist es möglich sicherzustellen, dass auch alle Kinder und Jugendlichen - wenn nötig gegen ihren eigenen geäußerten und begründeten Willen - in dem Schulgebäude unsere gleichberechtigte und demokratische und pluralistische Gesellschaft

kennenlernen. Für dieses Ziel sind auch polizeiliche Maßnahmen, Erzwingungshaft gegen die Eltern, Zwangspsykiatrisierung oder Sozialarbeit als Strafe gerechtfertigt.

Zusätzlich müssen Kinder so früh und lange wie möglich aus dem Einflußbereich ihrer Eltern gebracht werden. Wieder gibt es hier Eltern die falsche politische Ansichten haben - oder religiös sind. Auch dieses kann nur durch eine allgemeine Schulpflicht und ihre Grundrechtseinschränkungen in den Landesgesetzen sichergestellt werden.

Wir distanzieren uns deswegen von allen Experimenten, wie sie aktuell in Ländern wie den USA, Kanada, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Finnland, Dänemark, Belgien, Russland, Japan oder Australien begangen werden. Wenn Familien hier in Deutschland die Schulpflicht nicht passt, können sie in jedes beliebige Land auswandern. Hier liegt es dann alleine in der Verantwortung der Eltern, wenn sie die Kinder von ihrer Nachbarschaft trennen, diese ihre sozialen Kontakte und Freunde verlieren. Deutschland hat sein Möglichstes getan und die anderen Länder sind jetzt am Zug nachzuziehen.

Zusätzlich hilft die Schulpflicht es zu verhindern, dass sich Dinge wie Online-Unterricht etablieren können und so potentiell unkontrollierbare und gefährliche Alternative zur Schule entstehen könnte, die dann ihren allgemeinen Integrations- und Erziehungsauftrag gefährdet.

Ebenfalls verhindert die aktuelle Schulpflicht die Möglichkeit, dass Kinder sich in Berufung auf Grundrechte und Streikrechte vor dem Unterricht drücken.

Ebenfalls können mit der Möglichkeit die Kinder in die Schule zu zwingen - gegen ihren Willen - keine Schulreformen durch Verweigerung des Besuchs von "schlechten" Schulen erzwungen werden. Dieses würde Kinder und ihre Familien in eine Machtposition gegenüber dem Staat stellen, der unseren Wohlstand gefährden könnte.

Auch ist die Schulpflicht in vielen Bundesländern das einzige Mittel Schulen in Elterninitiativen zu verhindern - denn diese müssen erst dagegen klagen, was sich nur große Anbieter aber nicht kleine Elterninitiativen leisten können.

Damit sorgt die Schulpflicht dafür, dass der Staat hier das wichtige Bildungsmonopol fest in der Hand halten kann und ein einheitliches und monolithisches Bildungssystem sich nur verändert, wenn ein gesamtgesellschaftlicher Konsens gefunden wurde. Dieses wichtige Verfahren kann nur durch die Politik und den Staat bewerkstelligt werden - und die Schulpflicht ist das erste Mittel um private Initiative und Abweichungen zu verhindern.

Besonders wirtschaftlich schwache Elterninitiativen werden so elegant verhindert, da diese Eltern ohnehin gezeigt haben, dass die Bildung, die sie für ihre Kinder wollen würden nicht zu wirtschaftlichem Erfolg führt und so die Existenz ihrer Kinder in unserer Gesellschaft gefährdet und sie womöglich gleich von vornherein zu einer Generation neuer HarzIV-Empfänger macht.

Oberstes Augenmerk muss aber auf den vielen, vielen Eltern liegen, die versagen und von denen man täglich Horrorberichte in der Zeitung liest – denn vor denen ist die Schulpflicht das einzige Mittel, das diese Kinder retten kann.

Insbesondere muss unser Augenmerk auf den Homeschoolern liegen, die ihre Kinder schulfrei bilden wollen – und sie damit vielleicht von der Gesellschaft isolieren könnten.

Regelmäßige Kontrollen –wie bei der Bildungspflicht– durch die lokalen Schulbehörden oder Schulen wie in anderen Ländern können nicht die Kontrolle durch eine Schulanwesenheit ersetzen.

Experimente in anderen Ländern, wie mit der Bildungspflicht sind generell abzulehnen, denn bei der Schulpflicht geht es um Schule.

Quellen:

[Privatschulgründungen / Schulprojekte Eine Schule ohne Klassenzimmer ist keine Schule](#)

[Der Kampf um eine Schulgründung](#)

Asyl:

[Asyl für Schulverweigerer](#)

Bildungspflicht:

[Bildungspflicht statt Schulpflicht](#)

[Religiöse oder Liberale Gründe](#)

[Konservativ-Liberal](#)

[Verhinderung von Schulstreiks durch Repressionen](#)

Werbung von Online-Unterrichtsbefürwortern:

[Online-Unterricht bringt bessere Ergebnisse](#)

[Keynote on Open Education](#)

zu bestätigende Grundrechtseinschränkungen (Beispiele):

[Bayern BayEUG](#)

Artikel 118 Schulzwang

(1) 1 Nimmt eine Schulpflichtige oder ein Schulpflichtiger ohne berechtigten Grund am Unterricht oder an den sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen (Art. 56 Abs. 4 Satz 2) nicht teil, so kann die

Schule bei der Kreisverwaltungsbehörde die Durchführung des Schulzwangs beantragen. 2 Die Kreisverwaltungsbehörde kann durch ihre Beauftragten die Schulpflichtige oder den Schulpflichtigen der Schule zwangsweise zuführen. 3 Eine Vorladung der oder des Schulpflichtigen ist nicht erforderlich.

(2) Zur Durchführung des Schulzwangs dürfen die Beauftragten der Kreisverwaltungsbehörde Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum betreten und unmittelbaren Zwang ausüben.

(usw.)

Artikel 120 Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes können im Vollzug der Bestimmungen über die Schulpflicht die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person und Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt werden (Art. 102 Abs. 1 ,Art. 106 Abs. 3 der Verfassung, Art. 2 Abs. 2 , Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) .

[[Hessen](#)]

§ 68 Schulzwang

Wer seiner Schulpflicht nicht nachkommt, kann der Schule zwangsweise zugeführt werden, wenn andere pädagogische Mittel, insbesondere persönliche Beratung, Hinweise an die Eltern, die Kinder- und Jugendhilfe, den Ausbildenden und den Arbeitgeber oder gemeinsame Gespräche der Beteiligten erfolglos geblieben sind. Die Entscheidung über die zwangsweise Zuführung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt. Bei der Zuführung kann die Hilfe der für den Wohnsitz, für den gewöhnlichen Aufenthalt oder für den Beschäftigungsort der oder des Schulpflichtigen örtlich zuständigen Verwaltungsbehörde (Gemeindevorstand) in Anspruch genommen werden.

Auch Behinderte flüchten anstatt unsere Reformen abzuwarten:

[[Auf der Flucht vor der Schule](#)]

wachsende Werbung der Homeschool-Lobby:

Dieter Lenzen [Heimunterricht muss erlaubt sein](#)

[Henk Blok im Auftrag der niederländischen Regierung](#)

[Homeschooling verbessert akademische Leistungen, verringert Auswirkung sozio-ökonomischer Faktoren](#)

[Zusammenfassung mehrerer Studien über angebliche Sozialkompetenzen](#)

[Zusammenfassung einer Studie in UK - University of London](#)

[Home Education in Deutschland, Hintergründe und Entwicklung von Thomas Spiegler](#)

[Sozialisation](#)

Begründung

Als Bürgerrechtspartei mit dem besonderen Fokus auf Bildung müssen wir klar die Grenzen ziehen zwischen den wichtigen Grundrechtseinschränkungen und den Grundrechtseinschränkungen, die wir bekämpfen wollen. Die immer weiter steigende Medienaufmerksamkeit, wie z.B. nach der Asylgewährung durch die USA, und auch die unkoordinierten Antworten müssen eine klare Linie zeigen, die wie in der Stellungnahme von Julia Schramm klar stellen, warum wir für die Schulpflicht sind und gegen die Bildungspflicht.

((Stellungnahme Julia Schramm s.u.))

Änderungsantrag Nr.

TE105

Beantragt von

Jasenka Wrede

Programm

Präambel / Bildung

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Die folgenden Vorschläge zu Programmpunkten sind entweder in der AG-Bildung selbst im letzten Jahr thematisiert worden oder in den LVs der <Länder erarbeitet und zum großen Teil bereits abgestimmt, oder in die Landesprogramme eingearbeitet worden.

Es sind Themen, die Bildung auf Bundesebene betreffen, oder zumindest deren Vertretung auf Bundesebene sinnvoll machen, da sie sowohl Landes- als auch Bundesrecht tangieren. Bitte tragt Euch als Unterstützer, Kritiker (im Pro-contra Bereich), oder als thematischer Interessent auf den verlinkten Diskussionsseiten ein. So kann bereits vor der endgültigen Abstimmung über die Themen ein Meinungsbild entstehen. Die Präambel enthält Erweiterungen zum bisherigen Grundsatzprogramm zum Kernthema Bildung der Piratenpartei. Das aktuelle Programm ist entsprechend kursiv dargestellt und durch Normaltext erweitert.

Leider war eine Abstimmung in der AG-Bildung in der kurzen Zeit nicht mehr möglich, sodass ich den Antrag persönlich einbringe.

Weiterführende Links und Quellen

Programmerweiterungen und Programmtext:

Piratige Grundlagen

Jeder Mensch hat das Grundrecht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

Gleichzeitig ist Bildung ein elementarer Teil der kulturellen Entwicklung einer Gesellschaft - nur gebildete Bürger können am gesellschaftlichen Leben vollumfänglich teilnehmen. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt von der Teilhabe ihrer Bürger. Voraussetzung dafür ist die selbständige Entscheidung über die eigene Lebensgestaltung und über die Art der Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Grundlagen dafür sind Bildung und der Zugang zu Kultur.

Freier Zugang zu Bildung

Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen ist im Interesse aller. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, in Form des Staates, eine leistungsfähige und ihrem Zwecke angemessene Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und frei zur Verfügung zu stellen:

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und in eine stabile Demokratie.

Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen.

Aus diesem Grund ist auch die Lehrmittelfreiheit zu befürworten. Diese ist am besten dadurch herzustellen, dass die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen unterstützt und ausgebaut wird.

Diese freien Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden ohne rechtliche Hürden die Lernmittel auf seinen Unterricht anzupassen.

Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft.

Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht.

Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen.

Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern.

Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsbegriff

Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich, die sich kritisch, wahrnehmungsorientiert und mit eigenen Erkenntnissen in die demokratische politischen Teilhabe durch fundierte Meinungsbekundung einbringen wollen.

Die Piratenpartei bekennt sich deshalb zu einem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts.

Sie differenziert zwischen der Bildung und der wirtschaftsorientierten Ausbildung in der deutschen Bildungslandschaft.

Eine qualitativ besser gebildete Bevölkerung ist ein Gewinn für eine demokratische und soziale Gesellschaft, der weit über quantifizierbare Effekte reiner Arbeitsplatzorientierung hinausgeht. Die soziale und kulturelle Herkunft sowie die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Elternhauses dürfen keinen Einfluss auf den individuellen Zugang zu Bildung haben.

Nur wenn alle Schülerinnen und Schüler die richtige individuelle Förderung erhalten, können sich die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.

Bildung als Teil der individuellen Entwicklung

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen.

Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken.

Neben starren Lehr- und Stundenplänen werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab.

Neutralität

Private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen, solange sie keinen Einfluss auf die bestehenden Lehrinhalte hat.

Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden.

Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

- *kursiv = aus dem Grundsatzprogramm' und muss nicht als Teil abgestimmt werden.'*
-

Die vorher genannten Punkte können einzeln abgestimmt werden, sind aber wegen des Sinnzusammenhangs in einem Antrag aufgeführt.

Änderungsantrag Nr.

TE106

Beantragt vonJasenka Wrede**Schlagworte Pro****Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Bildungsstandards****Programmtext:****Bildungsstandards**

Auf Basis bildungspolitischer Erkenntnisse und der Diskrepanz zu derzeit herrschenden Bildungs-Missständen in Deutschland fordern wir die zügige Umsetzung der Bildungsempfehlungen (vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, HU Berlin und der Kultusministerkonferenz der Länder) nach festgesetzten Bildungsstandards auf Bundes- und Länderebene.

Zur Gewährleistung bundeseinheitlicher Bildungsstandards in allen Bundesländern übernimmt das ausführende Organ der Bundesregierung die qualitätsführende Kontrolle und Evaluation.

Begründung

Um die Vorteile des föderativen Schulsystems (allen vornweg das Subsidiaritätsprinzip) mit den Vorteilen eines zentral geregelten Bildungssystems (insbesondere Gleichbehandlung) zu verbinden empfiehlt die AG Bildung mehr Richtlinienkompetenzen für den Bund.

Dies betrifft insbesondere die Bereiche Vergleichbarkeit von Abschlüssen, Strukturausgleich, Freizügigkeit und verpflichtenden Fächerkanon in allen Ländern.

Die bisherigen Abstimmungen zwischen den Ländern (z.B. Kultusministerkonferenz) sollen mit verbindlichen Zielvorgaben durch den Gesetzgeber manifestiert werden.

Dies ist ein realistischer Schritt der keine weitreichenden Veränderungen des Bildungssystems erfordert. Mit diesen Rechten ausgestattet können ...

Aufnahme des Rechts auf Bildung im Grundgesetz

Die Piratenpartei spricht sich für eine Aufnahme des Rechts auf Bildung (analog dem §14 der EU Grundrechte-Charta) unter gleichen Bedingungen für Alle in das Grundgesetz aus.

Die Landesverbände der Piratenpartei bearbeiten landesspezifische Themen und schlagen konkrete Verbesserung für das jeweilige Bildungssystem vor. Dabei gibt es aber ein gemeinsames Ziel: Erziehung und Bildung bei denen alle Schüler die gleichen Entwicklungschancen haben und eine notwendige Förderung erhalten - unabhängig vom Wohnort, sozialem, körperlichem oder intellektuellem Hintergrund.

Die Piratenpartei möchte den Stellenwert der Bildung in der Gesellschaft verbessern.

Die Verbesserungen beim Bildungssystem haben dabei immer die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Fokus.

---Meinungsbild der AG Bildung

Leider war eine Abstimmung in der AG-Bildung in der kurzen Zeit nicht mehr möglich, obwohl zu diesem Punkt bereits 2009 ein positives Meinungsbild eingeholt worden war. Ich bringe den Antrag somit persönlich ein.

Weiterführende Links und Quellen

Quellen

- Artikel 14 der [Grundrechte-Charta](#) der Europäischen Union
- [Artikel 7 Grundgesetz](#)
 - [Artikel 141 Grundgesetz](#) -  [Bremer Klausel](#) (auch Westberlin)
 - [Art.30 GG](#), [Art.70 GG](#) - allgemeinen und gesetzgeberischen Kompetenzvermutung für die Länder
- nach Bundesland
 - Baden-Württemberg:
 - Schulgesetz [SchulG](#)
 - Privatschulgesetz [PrSchulG](#)
 - Hessen:
 - Verfassung des Landes Hessen ([Art. 56ff](#))
 - Hessisches Schulgesetz ([HSchG](#))
 - Hamburg:
 - Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG): [\[1\]](#)
 - Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG): [\[2\]](#)
 - Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG): [\[3\]](#)
 - ... Quelle z.B:  [Schulpflicht#Heutige Rechtslage](#)
- [Expertise zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards](#)
- [Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht](#)
- [Leitlinien des Innovationskreises Berufliche Bildung](#)
- [Genderreport](#)
- [KK Schulgesetze der Länder](#)

Änderungsantrag Nr.

(offen)

Beantragt von

Bernhard Schubach

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Kulturflatrate / Privatkopie / Informationsfreiheit

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Passus in das Parteiprogramm aufzunehmen: Die Piratenpartei fordert die Einführung einer Kulturflatrate als Ersatz der bestehenden Urheberabgaben auf Hardware und der GEZ Gebühr auf Computer. Die Kulturflatrate soll auf die Nutzung von privaten Internetzugängen erhoben werden. Gleichzeitig wird eine nichtkommerzielle Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken über diese Internetzugänge freigestellt. Durch die Kulturflatrate wird eine adäquate Vergütung der Urheber ermöglicht.

Begründung

Momentan wird eine Reihe von pauschalen Vergütungen für urheberrechtlich geschützte Werke erhoben ohne dass die zugrundeliegende Nutzung im Sinne einer Privatkopie praktisch nutzbar ist. Dieser Zustand soll durch eine Regelung ersetzt werden bei der einer pauschalen Vergütung eine pauschale Nutzbarkeit im privaten Rahmen gegenübersteht. Dadurch werden verbreitet Kulturtechniken legalisiert und ein fairer Ausgleich zwischen Kulturschaffenden und interessierten Bürgen geschaffen

Änderungsantrag Nr.

TE108

Beantragt von

Boris Tourovsky

Programm

Parteiprogramm/Bildung

Schlagworte Pro

Chancengleichheit

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, folgenden Unterpunkt des Punktes "Bildung" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Gerechte und zeitgemäße Gestaltung der Ausbildungsförderung

Die staatliche Förderung der Ausbildung und des Studiums für sozial Schwächere stellt eine wichtige Maßnahme für die Unterstützung von Chancengleichheit und der allgemeinen Zugänglichkeit von Bildung in der Gesellschaft dar und sollte grundsätzlich ausgeweitet werden. Die jetzige Form dieser Förderung - in erster Linie geregelt durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) - schränkt die Betroffenen allerdings sehr stark in ihrer Arbeitstätigkeit ein, was weder als zeitgemäß noch als gerecht bezeichnet werden kann. In einer sich rapide verändernden Informationsgesellschaft erfordert allein die Dauer der erforderlichen Ausbildung eine Abkehrung von der Idee, dass Ausbildungsförderung durch den eigenen Dazuverdienst des Förderbeziehenden gemindert werden sollte. Zudem wird so der ursprüngliche Sinn der Ausbildungsförderung verfälscht, da die Praxiserfahrungen, die im Laufe einer beruflichen Tätigkeit neben der Ausbildung, oftmals eine wichtige Stütze für das weitere Berufsleben bilden und deren Wegfall die Chancen der Förderbedürftigen schmälert, statt diese zu verbessern.

Im Hinblick auf die zuvor genannten Schwachstellen des heutigen Ausbildungsförderungssystems müssen alternative Förderungsmöglichkeiten stärker in den Vordergrund gebracht werden, darunter einkommensunabhängige, langlaufende, unverzinsliche staatlich bereitgestellte Kredite für Studierende sowie Stipendiumsprogramme, welche nicht von den Einkommensverhältnissen, sondern von den in der Ausbildung bzw. Studium erbrachten Leistungen abhängt.

Begründung

Die Idee des BAFöGs ist es, Studierenden finanziell unter die Arme zu greifen, um ihnen ein Studium überhaupt zu ermöglichen. Dabei wird zur Feststellung der Bedürftigkeit das Einkommen der Eltern sowie das eigene Einkommen des Förderungsbeziehenden beachtet. Für das eigene Einkommen gibt es dabei einen Freibetrag (entspricht in etwa einem 400€-Job), wenn man etwas darüber hinaus verdient, geht es in den Sand, da der entsprechende Betrag vom BAFöG abgezogen wird. Bei Praktikumsvergütungen wird sogar ab dem ersten verdienten Euro angerechnet. Hinzu kommt auch, dass diese Anrechnung rückwirkend verrechnet (beschränkt sich also nicht auf Streichung der Bafögleistungen in Zukunft, sondern erfordert eine Rückzahlung des bereits erhaltenen Betrags), es keinerlei Anspruch auf Ratenzahlung oder Stundung dieses Betrags gibt und falls man die Rückzahlung nicht durchführen kann, kommen auch noch heftige Bußgelder (2500€) obendrauf. Im Endeffekt wird die Idee der Ausbildungsförderung so komplett auf den Kopf gestellt, da ein Studierender, der keine Unterstützung von den Eltern bekommt und auf alle verfügbaren Geldquellen angewiesen ist zu einem Armutsdasein verdonnert wird und aus eigener Kraft (Aufnahme eines Nebenjobs) dieses nicht beenden kann. Dazu kommt natürlich auch ein absolut falsches Signal, das dadurch gesendet wird - "Arbeiten ist blöd, wenn du arbeitest kriegst du eh weniger als wenn du nix tust" und die völlig fehlende Kulanz bezüglich Rückzahlungen sowie die Unmöglichkeit, das Förderungsverhältnis vorzeitig zu kündigen. Der Antrag macht keinerlei Aussagen bezüglich der Höhe des BAFöGs; es geht lediglich darum, dass das BAFöG-System zu seiner eigenen Grundidee zurückkehrt, eine *Förderung* zu sein, anstatt Studierende finanziell zu belasten bzw. die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit vor Abschluss des Studiums unmöglich zu machen.

Änderungsantrag Nr.

TE109

Beantragt vonBoris Tourovsky**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Kommunikationsfreiheit, Digitales Zeitalter

Schlagworte Contra

Rechtsfreier Raum, Killerspiele

Beantragte Änderungen

Der Antrag ist konkurrierend zu Jugendschutz 2, welcher um einen Punkt im Vergleich zu diesem Antrag erweitert ist ("Aufklärung und Medienkompetenz").

Es wird beantragt, folgenden Punkt mit Unterpunkten in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Jugendschutz im Zeitalter der globalen Vernetzung

Mediale Inhalte untergehen seitens staatlicher Stelle in Deutschland einer strengen Kontrolle, die deren Übereinstimmung mit jugendschutzrechtlichen Richtlinien überprüft. Der Einzug von Computern und des Internets ins tägliche Leben hat diese Vorgehensweise allerdings vor enorme Herausforderungen, welche sowohl mit dem Aufkommen neuer Inhaltsformen wie Computerspielen oder sozialer Netzwerke als auch mit der Etablierung des Internets als einer globalen alters- und länderunabhängigen Kommunikationsstruktur zusammenhängen.

Eine mechanische Übertragung von Praktiken der Vergangenheit, die für andere Medien entwickelt und eingesetzt wurden, kann diesen Herausforderungen auf keinen Fall gerechtwerden. Vorgehen, welche die veränderten Gegebenheiten nicht beachten, werden leicht zur Gefahr für die Privatsphäre und die Kommunikationsfreiheit der Bürger. Bereits jetzt werden Argumente des Jugendschutzes dazu verwendet, den Zugang zu bestimmten Inhalten wie z.B. Filmen und Computerspielen in Deutschland erheblich zu erschweren. Eine Übertragung dieser Maßnahmen auf neue Kommunikationsstrukturen im Netz würde die gesetzliche Grundlage für eine Zensur des Internets bilden und ist somit strikt abzulehnen.

Grundsätzlich bedarf die heutige Auslegung des Jugenschutzes einer grundlegenden, kritischen Evaluierung, welche auf die damit verbundenen Gefahren wie auch auf deren allgemeine Effizienz eingeht.

Begründung

Wir haben im Wahlkampf, über Pressemitteilungen und auf diversen Aktionen ("Killerschach" etc.) uns bereits öfters zu dem Themenkomplex geäußert, außerdem ist das Thema Jugenschutz gleich mit mehreren unserer Kernthemen verknüpft (Zensur, freies Internet, keine Bevormundung der Bürger). Deshalb erscheint es mir durchaus angebracht, die Position zum Jugendschutz in das Grundsatzprogramm einzubringen. Der Antrag ist absichtlich sehr allgemein formuliert, da es sich um das Grundsatzprogramm handelt und somit eine Grundlage für tagespolitische Aussagen bzw. Forderungen bilden soll und nicht selbst auf konkrete Fragestellungen eingeht.

Der konkurrierende Antrag "Jugendschutz2" ist wortgleich bis auf das Aufbringen des Themas "Medienkompetenz".

Änderungsantrag Nr.

TE110

Beantragt vonBoris Tourovsky**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Kommunikationsfreiheit, Digitales Zeitalter, Medienkompetenz

Schlagworte Contra

Rechtsfreier Raum, Killerspiele

Beantragte Änderungen

Der Antrag ist konkurrierend zu Jugendschutz 1, da es um einen Punkt im Vergleich zu Jugendschutz1 erweitert ist (letzter Unterpunkt, "Aufklärung und Medienkompetenz").

Es wird beantragt, folgenden Punkt mit Unterpunkten in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Jugendschutz im Zeitalter der globalen Vernetzung

Mediale Inhalte untergehen seitens staatlicher Stelle in Deutschland einer strengen Kontrolle, die deren Übereinstimmung mit jugendschutzrechtlichen Richtlinien überprüft. Der Einzug von Computern und des Internets ins tägliche Leben hat diese Vorgehensweise allerdings vor enorme Herausforderungen, welche sowohl mit dem Aufkommen neuer Inhaltsformen wie Computerspielen oder sozialer Netzwerke als auch mit der Etablierung des Internets als einer globalen alters- und länderunabhängigen Kommunikationsstruktur zusammenhängen.

Eine mechanische Übertragung von Praktiken der Vergangenheit, die für andere Medien entwickelt und eingesetzt wurden, kann diesen Herausforderungen auf keinen Fall gerechtwerden. Vorgehen, welche die veränderten Gegebenheiten nicht beachten, werden leicht zur Gefahr für die Privatsphäre und die Kommunikationsfreiheit der Bürger. Bereits jetzt werden Argumente des Jugendschutzes dazu verwendet, den Zugang zu bestimmten Inhalten wie z.B. Filmen und Computerspielen in Deutschland erheblich zu erschweren. Eine Übertragung dieser Maßnahmen auf neue Kommunikationsstrukturen im Netz würde die gesetzliche Grundlage für eine Zensur des Internets bilden und ist somit strikt abzulehnen.

Grundsätzlich bedarf die heutige Auslegung des Jugendschutzes einer grundlegenden, kritischen Evaluierung, welche auf die damit verbundenen Gefahren wie auch auf deren allgemeine Effizienz eingehen.

Aufklärung und Medienkompetenz als zentrale Anliegen des modernen Jugendschutzes

Bedingt durch das Aufkommen neuer Kommunikationsstrukturen wird immer offensichtlicher, dass der Fokus von Jugendschutzbestimmungen sich weg von restriktiven Maßnahmen und in Richtung Aufklärung bewegen muss. Die Medienkompetenz und der verantwortungsvolle Umgang mit Medien muss in der Gesellschaft insgesamt, sowohl unter Erwachsenen als auch unter Jugendlichen und Heranwachsenden, gefördert werden. Dadurch können die Gefahren des digitalen Zeitalters gebannt werden, ohne dass dabei eine zensurähnliche Einschränkung der Kommunikationsfreiheit vorgenommen werden muss.

Begründung

Wir haben im Wahlkampf, über Pressemitteilungen und auf diversen Aktionen ("Killerschach" etc.) uns bereits öfters zu dem Themenkomplex geäußert, außerdem ist das Thema Jugendschutz gleich mit mehreren unserer Kernthemen verknüpft (Zensur, freies Internet, keine Bevormundung der Bürger). Deshalb erscheint es mir durchaus angebracht, die Position zum Jugendschutz in das Grundsatzprogramm einzubringen. Der Antrag ist absichtlich sehr allgemein formuliert, da es sich um das Grundsatzprogramm handelt und somit eine Grundlage für tagespolitische Aussagen bzw. Forderungen bilden soll und nicht selbst auf konkrete Fragestellungen eingeht.
Der konkurrierende Antrag "Jugendschutz1" ist wortgleich bis auf den Verzicht auf das Thema "Medienkompetenz".

Änderungsantrag Nr.

TE111

Beantragt vonBoris Tourovsky**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Rechtssicherheit

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags und stellt eine Einleitung dar. Die restlichen Teile finden sich hier: [2](#), [3](#), [4](#)

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Rechtssicherheit im Internet" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Rechtssicherheit im Internet

Das Internet wird für immer mehr Menschen zu einem täglich genutzten Instrument im privaten wie im geschäftlichen Leben. Dadurch ergeben sich zahlreiche Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen, denen allerdings nicht oder nur sehr bedingt durch Anpassungen der Gesetzeslage Rechnung getragen wird. Für Teilnehmer aller Formen von Internetkommunikation müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es jedem ermöglichen, ohne spezielle juristische oder technische Vorkenntnisse dieses Medium für gängige Zwecke nutzen zu können. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Möglichkeiten des Internets für die Zukunft voll ausgeschöpft werden.

Begründung

Dieser Antrag soll eine Einleitung für den Punkt "Rechtssicherheit im Internet" darstellen, das ich als sehr angemessenes Kernthema empfinde. Einerseits knüpft es an viele unserer anderer Forderungen an, andererseits werden so Brücken für Themen gebaut, die wir bisher nicht bearbeitet haben. Auch die Grundidee der "Rechtssicherheit" stellt ein gutes Gegenpol zum Schlagwort "Rechtsfreier Raum" dar, das ja oft gegen uns verwendet wird. Die verlinkten Anträge sollen das Thema dann mit etwas konkreteren Forderungen füllen (nicht zu konkret, da es sich um das Grundsatzprogramm handelt), gleichzeitig sorgt überhaupt die Aufnahme des Themas mit Einleitung für die Möglichkeit, darauf basierende tagespolitische Aussagen und Forderungen zu machen.

Änderungsantrag Nr.

TE112

Beantragt vonBoris Tourovsky**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Rechtssicherheit

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags. Die restlichen Teile finden sich hier: [1](#), [2](#), [4''](#)

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Beschränkung von Abmahnungen gegen Verbraucher" bzw., falls der Antrag "Rechtssicherheit im Internet 1" angenommen wurde, dem Punkt "Rechtssicherheit im Internet" einen Unterpunkt "Beschränkung von Abmahnungen gegen Verbraucher" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Abmahnungen, die Handlungen im Internet als Grund haben und sich gegen Privatpersonen richten, haben mit der Verbreitung des Internets rapide in Anzahl zugenommen und bilden in manchen Bereichen bereits die Grundlage von Geschäftsmodellen. Insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass viele Gesetze Grauzonen aufweisen, wenn es sich um Internetfragen handelt, oder sich rapide verändern, dient eine solche Situation nur der Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Aus Gründen der Rechtssicherheit fordern wir eine grundsätzliche Beschränkung von Abmahnungen gegen Privatpersonen, die sich auf Vergehen in der Internetkommunikation beziehen und keinen Grund zur Annahme eines absichtlichen Gesetzesverstoßes erkennen lassen.

Begründung

Die Begründung steht eigentlich im Antragstext drin. Der Antrag schließt auch Sachen mit ein, die wir bereits anderswo erwähnen (zum Beispiel beim Urheberrecht, da es Vorkommnisse wie "Song heruntergeladen -> saftige Abmahnung eingehandelt" unterbinden soll).

Änderungsantrag Nr.

TE113

Beantragt vonBoris Tourovsky**Programm**

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Digitales Zeitalter

Schlagworte Contra**Beantragte Änderungen**

Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags. Die restlichen Teile finden sich hier: [1](#), [3](#), [4](#)''

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Vereinfachung der Geschäftsabwicklung im Internet" bzw., falls der Antrag "Rechtssicherheit im Internet 1" angenommen wurde, dem Punkt "Rechtssicherheit im Internet" einen Unterpunkt "Vereinfachung der Geschäftsabwicklung im Internet" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Vor der Verbreitung des Internets waren Handelsbeziehungen mit ausländischen Partnern einer begrenzten Gruppe von (vorwiegend großen) Unternehmen vorbehalten. Dies verursachte eine entsprechende Regulierung durch den Gesetzgeber, die heute veraltet ist. Immer mehr Menschen beteiligen sich am sogenannten „Außenhandel“. Sowohl Verbraucher als auch kleine Unternehmer nutzen die Möglichkeit über das Internet Waren und Dienstleistungen zu kaufen und zu verkaufen. Diese Entwicklung erhöht die wirtschaftliche Wechselwirkung mit ausländischen Partnern insbesondere bei Kleinst- und Kleinunternehmen und sollte durch eine signifikante Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen für diese Unternehmen gefördert werden.

Internetbasierte Zahlungssysteme erfreuen sich bei unterschiedlichen Transaktionen immer größerer Beliebtheit und sind bei reinen Internetgeschäften im Zahlungsverkehr oftmals bereits gängiger im Vergleich zu "klassischen" Zahlungsarten wie Wechsel, Schecks, Überweisungen oder Kreditkartenzahlungen. Die rechtlichen Aspekte dieser Zahlungen sind allerdings weitgehend obskur, sodass z.B. die Meldung von Ausgaben oder Einnahmen, die über solche Zahlungssysteme abgewickelt werden, aus steuer- wie handelsrechtlicher Sicht nicht problemlos abzuwickeln ist. Es müssen sichere Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Zahlungsverkehr mithilfe internetbasierter Zahlungssysteme regulieren und zugleich deren rechtlich bedenkenfreie Nutzung ermöglichen. Auch die Pflicht zur Rechnungsstellung muss aufgrund der Entwicklung von immer neuen Kommunikationsformen und -medien reformiert und angepasst werden.

Begründung

Die Verbreitung des Internets öffnet auch für Erwerbstätigkeit ganz neue Perspektiven, die gefördert und genutzt werden sollten. Wie in vielen anderen Bereichen auch hinkt hier aber die Gesetzgebung stark hinterher. Während es technisch kein Problem darstellt, einen Auftrag von einem US-amerikanischen Kunden über Skype auszuhandeln, mit Webmoney bezahlt zu werden und diese dann für die Bezahlung eines ukrainischen Freelancers (von dem man nur den Nick und die ICQ-Nummer kennt) für die Betreuung der eigenen Webseite einzusetzen, ist die ordnungsgemäße Verbuchung der Vorgänge ein schlichter Grusel – und das muss geändert werden.

Änderungsantrag Nr.

TE114

Beantragt von

Boris Tourovsky

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Dieser Antrag ist Teil eines modular aufgebauten Antrags. Die restlichen Teile finden sich hier: [1](#), [2](#), [3](#)

Es wird beantragt, dem Grundsatzprogramm den Punkt "Abschaffung der Anbieterkennzeichnungspflicht für private Blogs und Webseiten" bzw., falls der Antrag "Rechtssicherheit im Internet 1" angenommen wurde, dem Punkt "Rechtssicherheit im Internet" einen Unterpunkt "Abschaffung der Anbieterkennzeichnungspflicht für private Blogs und Webseiten" mit folgendem Wortlaut hinzuzufügen:

Die Anbieterkennzeichnungspflicht ("Impressumspflicht") erstreckt sich in Deutschland auch auf private Blogs und Webseiten. Damit wird ein freier Meinungsaustausch im Internet massiv behindert, da Menschen, die am Meinungsaustausch mittels eines Blogs oder einer Webseite teilnehmen wollen, dazu gezwungen werden, ihre privaten Kontaktinformationen zu veröffentlichen. Eine Reglementierung von Internetauftritten in einer solchen Art und Weise zeigt zudem ein völliges Missverständnis des Gesetzgebers für den Stellenwert und die Kommunikationsstruktur dieses Mediums in der heutigen Welt. Wie in vielen anderen Situationen führt diese Regelung zur Entstehung eines Abmahngeschäfts, das vor allem unwissende bzw. unschuldige Verbraucher betrifft. . Damit vor allem die Verbraucher auch im Internet die Rechtssicherheit wieder finden, ist eine Beschränkung der Anbieterkennzeichnungspflicht auf juristische Personen sowie natürliche Personen, deren Onlineauftritt gewerbliche Ziele verfolgt, notwendig, was zudem den ursprünglichen, im Verbraucherschutz begründeten Zielen dieser Pflicht entspricht.

Begründung

Sehr ausführliche Begründungen sind im ähnlichen [Antrag von Alexander Heidrich](#) zu finden. Von meiner Seite kann ich sagen, dass es klar unpiratisch ist, per Gesetz die Offenlegung der eigenen Kontaktdaten bei der Führung einer eigenen Webseite oder Blogs zu fordern, wie es die Anbieterkennzeichnungspflicht in ihrer jetzigen Fassung verlangt.

Änderungsantrag Nr.

TE115

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Medienkompetenz / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Medienkompetenz**

Internet und moderne Medien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir möchten, dass staatliche Bildungseinrichtungen auch auf diese Veränderungen reagieren und wollen daher die fächerübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bildungs- und Erziehungsbereichen einführen. Medienkompetenz muss in der Ausbildung von allen Erziehungs- und Lehrberufen als pädagogische Grundlage verankert werden. Zudem soll das neue Fach „Medienverantwortung“ in den Pflichtbereich bei weiterführenden Schulen eingeführt werden. Die Piratenpartei unterstützt die Verankerung festangestellter "[Medien- und Informationstechnischer pädagogische Berater](#)", als zusätzliches Angebot für alle Bildungsinstitutionen in Deutschland.

Begründung**Medienkompetenz ist Kernkompetenz menschlicher Kommunikation.**

Sie ist fächerübergreifend für den Schulbereich zu entwickeln. Medienkompetenz tangiert alle Lebensbereiche und ist entsprechend im Bundesprogramm als Kernkompetenzmodell für Erziehung, Schule, und Soziales mit zu berücksichtigen.

Zusammenhang: Medienkompetenz ist im Blick auf neue Medien eine Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts, die für alle Lebensbereiche von grundlegender Bedeutung ist.

Nach OECD-Bericht 2006, setzt sich das Dreieck der Medienkompetenz aus den gleichberechtigten Bereichen: Medienwissen, Medienhandeln und Medienbewertung zusammen.

Dabei geht es um so unterschiedliche Bereiche wie Wissensvermittlung, sozialen Austausch, Arbeitsbeziehungen, Unterhaltung, Kulturteilhabe, technische Grundfertigkeiten, Konsum und den Umgang mit Medien selbst.

Sei es im historischen Sinne, bezogen auf Text und Buch oder im technokratischen Wandel betrachtet, als elektronisches Medienangebot.

Der Umgang mit den "alten" Printmedien wird weiterhin als Schlüsselkompetenz benötigt, da sie eine wichtige Basis der neuen Medien darstellen und eigenständige Qualitäten haben ("The Medium is the Message" - Marshall McLuhan), um unabhängig von aufwendigen technischen Hilfsmitteln Informationen beschaffen zu können, um an einem weiteren Feld der Wissensvermittlung und der kulturellen

Ressourcen teilhaben zu können und um Wahlmöglichkeiten der Lebensführung offen zu halten.

Basis heutiger Medienkompetenzdiskussionen ist das "Bielefelder Modell nach Baacke 1999", indem die Förderung von Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und auch die Mediengestaltung selbst, als Notwendigkeit des Wirkungskreises positiven Lernens und des kompetenten Umgang mit Medien aller Art im Vordergrund steht. Dieser Förderung soll im Bildungs- und Erziehungsbereich durch Angebote besserer Zugangsbedingungen der Institutionen, "fächerübergreifende" Lerninhalte, Informationsveranstaltungen für Lehrer und Eltern durch "MIBs" (Medien und Informationstechnische Berater) und die Berücksichtigung des Faches Medienkompetenz in der Lehrer- Aus-, und Weiterbildung gesellschaftlich langfristig umgesetzt werden.

Durch die Schaffung einer Transparenz zur Medienlandschaft und die Steigerung der individuellen Medienkompetenz, wird gleichsam ein Rahmen geschaffen, die Gefahr unbewusster Beeinflussung durch Medien und einseitiger gesellschaftlicher Steuerung des einzelnen Bürgers zu minimieren.

Die Forderung von Medienkompetenz auf ein Schulfach und die Lehrerfortbildung allein reduziert -reicht nicht aus, da die Erlangung von Medienkompetenz nur die Momentaufnahme eines Augenblicks im Lebenszyklus und damit nur die Basis eines lebenslangen gesellschaftlichen Lern- und Anpassungs- Prozess ist. Es muss der gesellschaftlichen Veränderung in technokratischer und kommunikationspraktischer Entwicklung ebenso Rechnung tragen, wie auch der Fortbildung der Erzieher und Lehrer, um dieser Aktualität des lebenslangen Lernens gerecht zu werden.

--formuliert für den LPT 2010 BW MedienkompetenzJasenka

Quellen

- Medienkompetenz auf dem Deutschen Bildungsserver
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
- Handbuch Medien: Medienkompetenz (1999): hrsg. v. Dieter Baacke u.a., Bundeszentrale für politische Bildung 1999
- eiterführende Links zur Medienkompetenz Uni Leipzig
- Grafik zum Medienkompetenzmodell nach Baacke 1999
- Internet und Bildungschancen Schäfer, kopaed 2007
- Produktive Medienarbeit "Thiele" PROMPT 2004
- "medi@ NRW" Lässt sich Medienkompetenz messen? (aus der Expertenkommission der Staatskanzlei NRW)
- KMK 2004 zu bundesweiten Bildungsstandards
- Modellvergleiche zu Lern- und Spieltheorie aus Oerter, Montada

Quellen

- Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch , von Rolf Oerter (Autor), Leo Montada (Autor) , Verlag: BeltzPVU; Auflage: 5., vollst. überarb. A. (2002), ISBN-10: 3621274790
- Förderung von Medienkompetenz im Kindergarten, Modellprojekt Berlin Projektbericht GMK
- Medienpädagogisches Manifest -Keine Bildung ohne Medien- GMK
- Quellen und Materialien der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
- Informationssystem Medienpädagogik

Änderungsantrag Nr.

TE116

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Erweitertes Bildungsangebot zu Medienkompetenz / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Bildungsangebote "Medienkompetenz" für Lehrer und Eltern**

Im Bereich Medienkompetenz und Pädagogik besteht ein bundesweiter Bedarf an Weiterbildung für Lehrer. Zudem sollen Angebote geschaffen schaffen, bei denen Eltern gemeinsam mit ihren Kindern an das Thema Mediennutzung herangeführt werden.

Begründung

Da Medienkompetenz eine seit 1999 anerkannte Kulturfertigkeit ist und der Bezug zu Medienkompetenz immer noch nicht in den Lehrplänen für Erzieher- und Lehrerausbildungen mit aufgenommen wurde, ist neben der Aufnahme von Medienkompetenz im Ausbildungswesen für soziale Lehr- und Erziehungs-Berufe, auch die Notwendigkeit der Fortbildung der bereits ausgebildeten Erzieher und Lehrer vonnöten.

Pädagogische Fachkräfte frühere Generationen müssen die Möglichkeit bekommen, sich im Rahmen ihrer Tätigkeit im Bereich Medienkompetenz weiterzubilden um der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung in ihrem Beruf Rechnung tragen zu können.

Nur so ist ein aktueller Bezug zu Kindern-, Jugendlichen, Elternhaus und den aktuellen Medienansprüchen der Gesellschaft gewährleistet.

Quellen

- siehe Medienkompetenz

Änderungsantrag Nr.

TE117

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Schulfach Lebenskunde / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Das verpflichtende Schulfach "Lebenskunde", soll einstündig flächendeckend an allen Schulen des Bundes ab 2013 eingeführt werden.

Im neu zu schaffenden Fach Lebenskunde sollen Schüler darauf vorbereitet werden, ihr Leben selbstbestimmt und verantwortlich individuell gestalten zu können.

Dazu soll der Unterricht unter anderem Wissen über Geschichte, Soziologie, Philosophie, Ethik und Psychologie anhand von aktuellen Themen der Gesellschaft und individuellen "Geschichten" vermitteln. Es ist als praktisches Fach, mit theoretischem Hintergrundwissen angelegt. Die Kooperation mit Organisationen im thematischen Umfeld wird angestrebt.

Begründung

Die Notwendigkeit zur Ergänzung des Bildungsangebotes durch dieses Fach ergibt sich aus den erweiterten gesellschaftlichen Ansprüchen, die an die Schule und die Schüler selbst gestellt werden.

Aufgaben der Kompetenzerziehung, der Bildung eines selbstständigen, verantwortungsbewussten und sich seiner Handlungen bewussten Menschen werden im Rahmen der Forderungen von Ausbildungsbetrieben, die eine entsprechende Qualifikation von Schulabsolventen erwarten, und Eltern die ihr Kind gefördert und gefordert sehen wollen, immer häufiger an die Institutionen gestellt. Durch die steigende Anteilnahme von mehreren Personen eines Haushalts am täglichen Arbeitsprozess, steigt auch die Verlagerung von Lebenszeit ihrer Kinder in den institutionellen Bildungs- und Erziehungsangeboten. Die Institutionen werden mit zusätzlichen Problemen wie Stressoren, psychosomatischen Auswirkungen, gesundheitlichen und körperlichen Dissonanzen, Bewegungsmangel und anderen gesellschaftlichen, ethischen und sozialen Problemen der Kinder und Jugendlichen konfrontiert. Um diesem erweiterten Anspruch auch für die Bildung der nachkommenden Generation gerecht zu werden, ist eine bewusste Wertevermittlung mit dem Ziel eigenverantwortlichen, selbstständigen Handelns von Kindern und Jugendlichen nötig.

Dieser kann in einem die gesamte Schulzeit begleitendem Fach Lebenskunde ab dem ersten Schuljahr integriert werden. Themen zu Handlung und Auswirkung, Sozialisation, ethischer Vielfalt, Religion, Philosophie, psychischen und körperlichen Auswirkungen eigenen Verhaltens, gesundheitlicher Prävention, psychosozialen Konsequenzen beeinflussbarer Handlungsformen, Stärkung der Persönlichkeitsbildung, Gruppendynamik, Kommunikationsformen, Medienverhalten und anderen gesellschaftlich relevanten Zusammenhängen sind Inhalte dieses Faches. Das Fach Lebenskunde dient der Stärkung von individuellen und gesellschaftlichen Kompetenzen, der eigenen Persönlichkeitsfindung und Verantwortung sich selbst und der Gesellschaft gegenüber, in der wir leben.

Quellen

- [Aktuelle Lehrpläne](#)
- [BuVG](#)
- [Verhandlung des BVerfG zum Fach LER in Brandenburg](#)
- [Schule in Baden-Württemberg mit 60% konfessionslosen Schülern hat Religions- aber keinen Ethik-Unterricht](#)
- [Diskussion zu Ethik-Unterricht im Landtag aus dem Jahre 2002](#)

Änderungsantrag Nr.

TE118

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Betreuungsschlüssel / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****An den Erziehungs- und Lehrbereich angepasster Betreuungsschlüssel**

Die Piratenpartei will einen zumutbaren Betreuungsschlüssel, der eine verbesserte Lehre und Betreuung zum Ziel hat.

Dazu gehören die Förderung von Lehrerstellen, die Abschaffung von befristeten Verträgen, sowie die Ausarbeitung einer beamtenäquivalenten Stellenmöglichkeit, die speziell auf Lehrerberufe zugeschnitten ist.

In Anlehnung an die aktuellen Bildungsberichte des BMBF und der entwicklungsbedingten Optima im Bildungswesen erstreben wir, die folgenden Quoten bis zum Jahr 2021 verbindlich umzusetzen:

- 1:100 Professor/ Student
- 1:max 500 Sozialpsychologische Betreuer/ Student
- 1:max 15 Lehrer/ Schüler
- 1:max 100 Sozialpsychologische Betreuer/ Schüler
- 2:14 Kind/ Erzieher
- 1:max 3-4 Kind/ Krippenbetreuung

Begründung

Unter Berücksichtigung der familiären und gesellschaftlichen Hintergründe der Schüler sollte der Betreuungsschlüssel in allen Ländern des Bundes entsprechend der optimalen Fördermöglichkeiten für die kindliche Entwicklung, bis hin zum selbstverantwortlich handelnden Bürger des Staates, nach den aktuellen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie an allen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen angepasst werden.

Der Bildungs- und Erziehungsstandard in Deutschland hat in den letzten 20 Jahren erheblich nachgelassen. Studien wie Deutscher Nationaler Bildungsbericht, OECD "Programme for International Student Assessment" (PISA), sowie die Erhebungen "Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung-(IGLU)", "Trends in Mathematics and Science Study"- (TIMSS); der internationalen Forscherorganisation IEA IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement). Um weiteren Einbrüchen in der Bildungslandschaft Deutschlands vorzubeugen, sind umfassende Maßnahmen im Rahmen der Ausbildung, Fortbildung und Arbeitswelt von Lehr- und Betreuungskräften notwendig. Stressfaktoren auf Seiten der Lehrenden sowie der Lernenden müssen reduziert werden.

Solche Stressoren wurden durch staatliche Kürzungen, fehlende Neueinstellung, und unflexible Anstellungsmodi mit verursacht. Sie führten mitunter auch zu schlechten Lehr- Lern – Betreuungsschlüssel der letzten Jahre.

Zur Wahrung und Steigerung von Qualität im Erziehungs- und Bildungssystem in Deutschland, sollte der Status von Lehrern als "unkündbare" Kräfte im Beamtenstatus aufgehoben werden. Die Qualität und Aktualität der Ausbildung und am Kind, Jugendlichen und Studenten vollzogene Bildung und Erziehung, muss durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Betreuungskräfte gesichert werden. Der Betreuungsschlüssel an Erziehungs- und Bildungsinstitutionen muss auf ein zumutbares Maß angepasst werden.

--angelehnt an den [Programmvorschlag "Lehrerschlüssel" BW zur LTW 2011](#)

Quellen

Studien:

- [Bildungsbericht Vergleich 2006-2008](#)
- [bpb](#)
- OECD "Programme for International Student Assessment" [\(PISA\)](#)
- [\[http://translate.google.de/translate?hl=de&langpair=en](#)

Änderungsantrag Nr.

TE119

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Variable Schulsysteme / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Variable Schulsysteme**

Alternative Schulkonzepte, auch auf kommunaler Ebene, und in privater Trägerschaft müssen genehmigungsfähig werden und parallel zu den bisherigen Schulformen existieren dürfen. Den Schulen ist hier auf Wunsch von Eltern, Schülern und Schulträgern durch eine entsprechende Reform der Schulgesetzes mehr Mitsprachemöglichkeit einzuräumen. Der Bund garantiert den Bürgern aller Ländern eine frei wählbare Schulform, nach Orientierung an Bundesbildungsstandards. Schulräger können sich zur Erreichung der bildungspolitischen Zielsetzungen, besserer Schulformen und verbindlicher bundesweiter Bildungsstandards auf Wunsch zu gemeinsamen Trägerschaften zusammenschließen.

Änderungsantrag Nr.

TE120

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Schultypübergreifendes Kurssystem -modulares Schulsystem / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Schultypübergreifendes Kurssystem -modulares Schulsystem**

Die Piratenpartei unterstützt die Vielfältigkeit der Bildungslandschaft in Deutschland.

Ein gleichsames Bestehen von 1 und 3 gliedrigen Schulsystemen, sowie alternativen Modellen wird angestrebt. Die Parallelität des Bildungsangebotes fördert die Qualität der einzelnen Institutionen. Maßgeblich hierfür ist die Orientierung der Bildungsinstitutionen Deutschlands an einem "bundesweiten Bildungsstandard" und zentraler Evaluation für alle Bildungsinstitutionen. Das dient der Vergleichbarkeit der Qualifikationen. der Qualität von Bildung und Lehre und zugleich der Mobilität im Bildungssystem. Die Piratenpartei präferiert das staatliche freie Bildungsangebot für jeden Bürger in einem "einzügigen 10jährigem Schulsystem" das ein modularisiertes Kurssystem unterstützt.

Alternative Formen von Schultypübergreifenden modularen Schulsystemen sollen sich in Zukunft durchsetzen, um in jeder Region Deutschlands die Bildungsmöglichkeiten jedes Bürgers zu optimieren und vom Standort der Wohnung unabhängig zu gestalten.

Begründung**Differenziertes, integriertes, Kurssystem**

Die Unterteilung in Schularten und Klassenstufen ist zu unflexibel, um auf die Leistung der Schüler eingehen zu können - verfehlt ein Schüler in einem Fach die angeforderte Leistung, müssen alle Fächer wiederholt werden, erbringt er geforderte Leistungen schneller, hat er keine sinnvolle Möglichkeit, seine schulische Laufbahn zu beschleunigen.

Wir fordern daher ein differenziertes, integriertes Kurssystem ohne eine Aufteilung nach Schularten vorzunehmen. Ein differenziertes System erlaubt es, stärker auf die Leistungen und Neigungen der einzelnen Schüler einzugehen, indem beispielsweise Kurse unterschiedlicher Leistungsstufen angeboten werden können.

Das differenzierte Kurssystem mit modularen Lerninhalten orientiert sich im Nachwies der erreichten Lernziele an thematisch erreichten Lernmodulen. Diese Lernmodule werden ähnlich, der entsprechenden heutigen Fächerorientierung, in thematische Kursziele integriert. Sie gliedern sich in Kernfächer mit kulturellen Kernkompetenzen (nach Bundesbildungsstandards der aktuellen KMK Beschlüsse) und fachliche Zusatzmodule.

Lernziele sind in Kurs-Teilschritten -den Sogenannten Modulen, die von Schülern erreichten Lerninhalte gegliedert.

Eine bestimmte Anzahl von Modulen bildet einen Kursabschluss. Eine bestimmte Anzahl von Kursen bildet die Grundlage zur Prüfungsanmeldung eines öffentlich anerkannten Bildungsabschlusses. Die Schüler haben hierbei in relativ flexibler Reihenfolge Kurse in den unterschiedlichen Gebieten zu erbringen. Der Lerninhalt setzt sich dabei aus Pflicht- und Wahlkursen zusammen.

Anstelle des klassischen Durchfallens tritt hier die Wiederholung – gegebenenfalls auf einem anderen Niveau oder mit anderen Fördermöglichkeiten – des entsprechenden Kurses, nicht mehr der ganzen Klassenstufe.

Neben den klassischen Fächern können zusätzliche außerschulische Leistungen, wie die Übernahme von Betreuungsangeboten, Volkshochschulkurse, Fernunterricht, absolvierte Onlinekurse an Hochschulen, soziale Aufgaben im Bildungs- und Betreuungswesen, Musikunterricht, sportliche Anerkennung in Vereinen und Kurse aus dem offenen Bildungsangebot Deutschland eingebracht werden.

Durch bundesweit geregelte Bildungsstandards, die schulisch geprüft werden, und einen verpflichtenden Basiskanon wird die Vergleichbarkeit der Abschlüsse bei gleichzeitig stärkerer Flexibilität der Schüler ermöglicht.

--angelehnt an den [Programmvorschlag Modulares Schulsystem](#) BW zur LTW 2010

Quellen

- [ISB München](#)
- [Handbuch Modulschulen -Staatsinstitut für Schulqualität](#)
- [Geschwister-Scholl-Schule Tübingen Projekt Erko](#)
- [PM zur KMK 2010 -Schwerpunktthemen für den Bildungsbericht 2012](#)
- [2. nationaler Bildungsbericht 2008 BMBF- Schriftenreihe](#)
- [Berufsschule](#)
- [Schulversuch](#)
- [Modulunterricht Planungsmappe-Gegenüberstellung zum Regelbetrieb](#)
- [Hauptschule Aidenbach-Projektprotokoll \(Vorbildlich-Präsentation\)](#)
- [Gesamtschule Hamm Projektbericht](#)
- [Modulunterricht Deutsch 2009](#)
- [Modulplanung Mathmatik](#)
- [-Österreich Projektprotokoll](#)

Änderungsantrag Nr.

TE121

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Ganztagsbetreuung/ Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Familienfreundliche Ganztagesbetreuung**

Staatliche Bildungseinrichtungen sollen den Familien dabei helfen, die notwendige Flexibilität zu erreichen, den Anforderungen des Familien- und Berufslebens gerecht zu werden. Dafür soll an allen Schulen ein Angebot zur Ganztagesbetreuung geschaffen werden.

Durch die flächendeckende Einführung eines freiwilligen und schulübergreifenden Ganztagesbetreuungskonzepts werden allen Schülern Förderungsmöglichkeiten angeboten. Durch die Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und Jugendverbänden können zudem viele bisher außerschulische Aktivitäten integriert und somit allen Schülern zugänglich gemacht werden.

Das Betreuungsangebot ergänzt den Unterricht um zusätzliche Bildungsmöglichkeiten und außerschulische Aktivitäten. Neben Wahlfächern, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe soll ein möglichst breites Angebot an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen ausdrücklich erwünscht und zu beiderseitigem Vorteil.

Begründung

Dieses Modell orientiert sich an einer Ganztagesbetreuung, ohne eine Ganztagesschule darzustellen – die Schüler werden betreut, haben ein extracurriculares Programm, Nachhilfe, HA-Betreuung, Sport, etc. – aber eben dadurch nicht mehr Pflichtunterricht (höchstens Wahl-pflichtveranstaltungen). Dies soll einerseits eine bessere Betreuung der Schüler ermöglichen, entlastet die Eltern und entspannt soziale Probleme.

- Schule kann Schüler komplett (von allen Schülern) von früh morgens bis spät Abends mit einem abwechslungsreichen Programm – das Hobbies, soziale Kontakte und Essen einschließt, versorgen.
- Schwache Schüler werden gefördert
- Starke Schüler können Interessen vertiefen (Bsp. Labor, Praktika, etc.)
- Schüler aus armen oder schwierigen Familien erhalten Möglichkeiten geboten (Bsp. Sportunterricht, Musikunterricht, "Hobbie AGs", etc.)
- Schüler soll in allen Lebenslagen ein "psychosoziales Betreuungsangebot" zur Verfügung stehen.

in Anlehnung an Vorschlag BW zur LTW 2011 Ganztagsbetreuung

Quellen

- [psychosoziale Faktoren bei ADHS](#)
- [BMFSFJ -Nationaler Aktionsplan "Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010" \(NAP\)](#)
- [DGE-Standards für die Schulverpflegung](#)sowie: "Maßnahmen zur Unterstützung der gesunden Ernährung und der Bewegungsförderung"
- [Fachkräfteportal für Kinder- und Jugendhilfe](#)
- [FB1 Institut für Grundschulpädagogik](#)
- [Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung](#)
- [14. Kinder- und Jugendbericht](#)
- [GEW Situation in den Bundesländern](#)

Änderungsantrag Nr.

TE122

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Kindergarten / Kinderkrippen / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Kostenloser Kindergarten- / Krippenbesuch**

Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Kinder in der Grundschule leichter lernen und sich besser in einer Gruppe zurechtfinden. Gleichzeitig können Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten maßgeblich zur Entlastung berufstätiger Eltern beitragen und es manchen Eltern überhaupt erst ermöglichen einen Beruf auszuüben.

Deshalb wollen wir, dass der Besuch von Kindergärten ab dem dritten Geburtstag und der Besuch von Kinderkrippen bereits nach abgeschlossenen ersten Lebensjahr für jedes Kind kostenlos angeboten wird.

Damit haben alle Kinder, ungeachtet ihres familiären und gesellschaftlichen Hintergrunds, möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg.

Begründung

Die Kindergartenbesuchsquote ist bei Schulanfänger sehr hoch, die Quote ist jedoch unter Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus sogenannten 'bildungsfernen' Haushalten geringer. Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung entscheidet aber auch im Wesentlichen über den Erfolg in der Grundschule. (Quelle: Mikrozensus Dtld, IGLU Studie)

Die IGLU Studie ist ein internationaler Vergleich zur Lesekompetenz von Grundschulkindern, ein Ergebnis der Studie: "...erreichen die Kinder, die eine vorschulische Einrichtung besuchen, eine höhere Lesekompetenz." Im Rahmen der Chancengleichheit und unter der Berücksichtigung der demographischen Entwicklung können wir es uns nicht weiter erlauben Kinder hier auszuschließen.

--angelehnt an Landesprogrammvorschlag BW zur LTW 2011 KITA-KIGA-Angebot ab dem 1. Lebensjahr

Quellen Links:

- http://statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familie/famZ_05_01.asp -- Kinder in Kindertageseinrichtungen in BaWü (2007)
- http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3150_D.PDF -- Gesetzentwurf zum beitragsfreien KiGa-Jahr (SPD, 2008)
- [Nationaler Bildungsbericht BRD 2009](#)
- [Internationale Leistungsvergleiche BMBF](#)
- [IEA \(International Association for the Evaluation of Educational Achievement\)](#)
- [14. Kinder- und Jugendbericht](#)
- [FORSA Studie mit Eltern](#)
- [GEW Situation Bundesländer](#)
- [Kinder in Kindertageseinrichtungen in BaWü \(2007\)](#)
- [Gesetzentwurf zum beitragsfreien KiGa-Jahr \(SPD, 2008\) - PDF](#)
- http://iglu-www.ifs-dortmund.de/assets/files/iglu/IGLU2006_Pressekonferenz_erweitert.pdf

Änderungsantrag Nr.

TE123

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Bolgnareform / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Restrukturierung des Bologna-Prozesses**

Es ist wichtig, eine internationale Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen zu erreichen, wie sie beispielsweise durch die Lissabon-Konvention des Bologna-Prozesses angestrebt wird.

Doch fordern wir die Rückkehr zu einem selbständigen Studium.

Die gegenwärtige Verschulung der Universitäten muss möglichst vollständig rückgängig gemacht werden, jedoch ohne dabei die internationale Vergleichbarkeit zu gefährden.

Der Bologna-Prozess muss entsprechend reformiert und umgestaltet werden. Jedem Bachelor Absolventen muss ein Master-Studienplatz zustehen. Die Manifestierung von Bachelor und Masterstudiengängen in Deutschland darf nicht zum Erlöschen der Diplom- und Magisterabschlussmöglichkeiten an den Universitäten führen.

Begründung

Die ursprünglichen Ziele der Lissabon-Konvention sind in jedem Fall erstrebenswert und müssen pragmatisch, ohne Einbußen im Bildungsstandard umgesetzt werden.

- 1.Rückkehr zu selbstständigem Studium: Keine unnötige Verschulung der Universitäten.
- 2.Verhinderung der Abwertung durch den "zweitklassigen" Bachelor-Abschluss durch ausreichende Tiefe gegenüber dem nur wenigen möglichen Master-Abschluss, die Barrieren für den letzteren sind zu senken (Quote und Anforderungen) .
- 3.Unabhängigkeit der Hochschulausbildung von Wirtschaftsforderungen.
- 4.Bessere Rahmenbedingungen für Auslandssemester durch landesweite Anpassung der Semestertermine an internationale Standards.

---ausgearbeitet in BW zur LTW 11 Bolgnareform

Quellen

- [Hochschulrahmengesetz \(pdf\)](#)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung ([BMBF](#)) zum Thema [Bologna-Prozess](#)
- Die neueste, sehr ausführliche Studie zum Thema [Studienabbrücher](#) vom HIS
- Semestertermine der Universitäten Baden-Württembergs:
 - Vorbildlich: [Uni Mannheim](#).
 - Verbesserungsbedarf besteht bei [Uni Freiburg](#), [Uni Heidelberg](#), [Uni Hohenheim](#), [Uni Karlsruhe](#), [Uni Konstanz](#), [Uni Stuttgart](#), [Uni Tübingen](#), [Uni Ulm](#)
- [Bildungsstreik Uni Tübingen](#) Bildungs-Forderungen und Antworten der Fachbereiche und des Rektorats
- [Zugang zum Hochschulstudium](#) Diskussionspapier der Arbeitsgruppe Hochschulzugang.
- [Hochschulrektorenkonferenz: Zulässige und unzulässige Zugangsvoraussetzungen Masterstudium, Empfehlung zur Harmonisierung von Semesterzeiten](#)

Änderungsantrag Nr.

TE124

Beantragt von

Jasenka Wrede

Programm

Verfasste Studierendenschaften bundesweit / Bildung

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Verfasste Studierendenschaften

Seit dem Jahr 1977 sind die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studenten in Baden-Württemberg und Bayern durch die damalige Abschaffung der Verfassten Studierenschaften massiv eingeschränkt.

Wir wollen dieses demokratische Hochschulorgan wieder bundesweit einführen.

Damit soll die Gleichbehandlung deutscher Studenten bundesweit gesichert sein, damit alle Bundesländer die Möglichkeit an der Teilhabe des demokratischen Bildungsprozesses in Hochschulen Deutschlands haben.

Begründung

Im Jahr 1977 wurden die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studenten in Baden-Württemberg durch Abschaffung der Verfassten Studierenschaft massiv eingeschränkt.

Dies war vor Allem eine Reaktion auf die damalige Bedrohung durch die RAF, durch die die Verfassten Studierendenschaften als "Sumpf des Terrorismus" (Zitat des damaligen Ministerpräsident Hans Filbinger) angesehen wurden.

Schon seinerzeit wurde mit der Terrorangst Einschränkungen eingeführt die nicht Ziel führend waren.

Es wird Zeit anzuerkennen, dass es sich bei den Studenten und Studentinnen an unseren Hochschulen zu großen Teilen um überzeugte Demokraten handelt, daher fordern wir die Wiedereinführung dieses demokratischen Hochschulorgans.

---angelehnt an die Programme BW, Bayern Verfasste Studierendenschaften

Quellen

- verfasste Studierendenschaft
- Filbingers Reform
- AStA
- Uasta
- unabhängige Studierendenschaft
- s.o. Bolgna Reform

Änderungsantrag Nr.

TE125

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Barrierefreies Lernen -Inklusionsregelung/ Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Barrierefreies Lernen**

In den meisten Bundesländern Deutschlands ist für lernbehinderte, körperbehinderte oder sonstige Kinder mit Förderbedarf das Risiko einer Sonderschuleinstufung und der daraus folgenden Ausgrenzung aus dem Regelschulbetrieb im internationalen Vergleich besonders hoch. Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung wirkt sich, wie internationale Studien beweisen, auf den Lernerfolg beider Gruppen positiv aus.

Deshalb wollen wir das hierzulande betriebene Modell der Sonderschule soweit möglich verlassen und eine Schule für alle ermöglichen. Dies erfordert unter anderem bauliche Maßnahmen zum barrierefreien Zugang an Schulen und die Umsetzung des Inklusionsprinzips zur Integration an deutschen Schulen.

Begründung

Behinderte sollen so weit es möglich ist, in den "normalen" Schulbetrieb integriert werden.

Für Körperbehinderte ist eine entsprechende Barrierefreiheit an Deutschen Schulen, Erziehungsinstitutionen und Universitäten zu garantieren.

Das Inklusionsprinzip zur Integration behinderter Menschen im Bildungswesen soll schnellstmöglich umgesetzt werden.

---ausgearbeitet in BW zum LTW 2011 Barrierefreies Lernen

Quellen

- Stellungnahme zum Gesetz für inklusive Bildung
- Die Grünen zum gesellschaftlichen Inklusionsprinzip
- Inklusion als Lernprinzip

Änderungsantrag Nr.

TE126

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Studiengebühren / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Abschaffung der Studiengebühren**

Abschaffung der Studiengebühren und weiterer finanzieller Zusatzbelastungen für Studierende, um die barriere- und kostenfreie Bildung für alle Studierenden im Sinn der EU/UN-Vorschriften zu realisieren.

Begründung**Abschaffung Studiengebühren**

Jeder Mensch hat das Recht auf die Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und kulturelle Betätigung.

Studiengebühren und andere finanzielle Zusatzbelastungen im Studium halten Menschen aber durch die Mehrbelastung vom Studium ab.

Wir fordern daher die Abschaffung der Studiengebühren und weiterer finanzieller Zusatzbelastungen für Studierende wie Verwaltungsgebühren, um barriere- und kostenfreie Bildung für alle zu realisieren.

Es muss bundesweit dafür Sorge getragen werden, dass den Universitäten und studentischen Organisationen die finanziellen Zuwendungen aus dem Bildungsetat erhalten um den geregelten Studienbetrieb gewährleisten zu können.

---ausgearbeitet BW zum LTW2011 [Abschaffung der Studiengebühren](#)

Quellen

- s.o. zu Bolognareform

Änderungsantrag Nr.

TE127

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Finanzierung / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Finanzierung des Bildungswesens**

Die Piratenpartei vertritt das Ziel, die Finanzierung des Bildungswesens in Deutschland über die Anpassung des Bildungsetats nach weltweitem durchschnittlichen Mindestsatz von 8% am Bruttoinlandsprodukt zu orientieren und in zeitnaher Form umzusetzen. Die Piratenpartei unterstützt die derzeitigen Bestrebungen des Bundesbildungsplans und der Pläne des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu einer Steigerung des Bildungsetats auf 10% vom BIP bis zum Jahr 2015 (von derzeitigen 2,9%, die unterhalb des Europasolls von 3% sind).

Begründung

Nach Zahlen der statistischen Landes- und Bundes-Ämter in Deutschland, ist die aktuelle Bildungsfinanzierung in Deutschland im unteren Weltdrittel und damit für ein wirtschaftlich und technologisch fortschrittliches Land in weltweiter Spitzenposition, sozial nicht vertretbar.

Eine Mindestanpassung an den weltweiten Anteil an den BIP der Länder ist dringend notwendig, um Bildung in Deutschland wieder die Qualität zu ermöglichen, die Bürger in diesem Staat für ihre Kinder "verdient" haben.

Quellen

- <http://www.bmbf.de/de/96.php>
- <http://www.bafoeg-aktuell.de/News/2007/11/27/hoehere-bildungsetat-von-bundestag-bestaeigt/>
- http://www.didacta.de/812_Schavan-Bildungsetat-steigt-weiter.php
- http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Bundestag-bestaeigt-Bildungsetat_aid_834081.html
- [Deutsche Lehrer im EU Vergleich](#)
- [RP](#)
- [BR -aktuell](#)
- [GEW Kleine Klassen](#)
- [Bildungsbericht Vergleich 2006-2008](#)
- [bpb](#)
- OECD "Programme for International Student Assessment" [\(PISA\)](#)
- [EURYDICE](#)
- [Nationaler Bildungsbericht BRD 2009](#)
- [Internationale Leistungsvergleiche BMBF](#)
- [IEA \(International Association for the Evaluation of Educational Achievement\)](#)
- [14. Kinder- und Jugendbericht](#)
- [FORSA Studie mit Eltern](#)
- [GEW Situation Bundesländer](#)

Änderungsantrag Nr.

TE128

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Fortbildung von pädagogischen Fachkräften / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Fortbildung von pädagogischen Fachkräften**

Regelmäßige Fortbildung von Lehrern und Erziehern in Deutschland muss durch einen verpflichtenden Fortbildungsturnus stattfinden um die Qualität von Bildungsinhalten und deren Aktualität für unsere Kinder zu gewährleisten.

Die Piratenpartei strebt eine bundesweite Regelung zur verpflichtenden Fortbildung für Lehrer spätestens alle 2 Jahre an.

Begründung

Der fortschreitenden Entwicklung in der Gesellschaft wird das statische Angebot an Lehrkräften in Deutschland nicht mehr gerecht.

Durch das Beamtentum und eine "einmalig abzuleistende"

Lehrqualifikation, sind viele pädagogische Fachkräfte heutzutage nicht mehr auf dem Stand der gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Einige Bundesländer haben dieser Entwicklung durch Landesrichtlinien in der Lehrerqualifikation und örtlichen Angeboten durch die Kultusministerien bereits Rechnung getragen.

Besonders in den Bereichen der Medienentwicklung und überregionaler, sozialer Kommunikationsformen entfremden sich die heutigen Kinder und Jugendlichen immer weiter von den historischen Formen gesellschaftlichen und sprachlichen Umgangs.

Durch regelmäßige Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte, könnte diese Entfremdung der Generationen im Bildungswesen auf ein Minimum reduziert werden. Auch die Aktualität des Fächerkanons und der fachspezifischen Bildungsangebote wird damit gewährleistet.

Quelle

- [Fortbildungen für Lehrer](#)

Änderungsantrag Nr.

TE129

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Aufhebung des Beamtenstatus bei Betreuern und Lehrern / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Der Beamtenstatus von Lehren soll aufgehoben werden.**

Neueinstellungen nur noch im befristeten Angestelltenverhältnis auf max. 5 Jahre, Verlängerung und Neueinstufung entsprechend der Evaluationsergebnisse zur Qualität von Lehre und Betreuung vorgesehen.

Begründung

Die Maßnahme zur **Streichung des Beamtenstatus** erscheint notwendig, um die Bereitschaft konkurrierenden Qualitätspotentials" für die Bildung zu reaktivieren. Durch die Einführung einer Probezeit mit Evaluationsphase, soll die Bereitschaft Qualität und Inhalte in den Dienst der Bildung von Schülern zu stellen, gewährleistet werden (siehe auch Erklärungen zu Fortbildung und Evaluation). Somit wird das Engagement für Schüler und das Bildungssystem durch entsprechende Leistungsanpassungen gezielt unterstützt.

- Probezeit mit Evaluationsstatus durch Kollegen, Eltern und Schüler
- befristetes Angestelltenverhältnis, um "Gewöhnung und Desinteresse" zu vermeiden
- dadurch notwendige regelmäßige erneute Evaluation nach spätestens 5 Jahren

Die Abschaffung des Beamtenstatus soll zum einen die Staatskasse direkt entlasten, zum anderen gewährleisten, dass Fort- und Weiterbildung von Lehrern auch tatsächlich stattfinden, da der befristete Arbeitsvertrages, neben der Bereitschaft zum Qualitätsmanagement die Bereitschaft zur Fortbildung zu den angebotenen Lehrinhalten beinhaltet.

Neueinstellungen Um den Betreuungsschlüssel und die Qualität des Bildungssystems zu gewährleisten, sowie den Lehrermangel und schlechten Erziehungsstatus auszugleichen, sind Neueinstellungen unumgänglich.

Bund, Länder, Kreise, Kommunen und Städte müssen zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen, um den Mangel an Lehrkräften, Erziehungs- und Bildungsmaterial zu garantieren (siehe Forderung zum BIP mit 10%).

Quellen

Studien:

- [Bildungsbericht Vergleich 2006-2008](#)
- [bpb](#)
- OECD "Programme for International Student Assessment" [\(PISA\)](#)
- [EURYDICE](#)
- [Nationaler Bildungsbericht BRD 2009](#)
- [Internazionale Leistungsvergleiche BMBF](#)
- [IEA \(International Association for the Evaluation of Educational Achievement\)](#)
- [14. Kinder- und Jugendbericht](#)
- [FORSA Studie mit Eltern](#)
- [GEW Situation Bundesländer](#)

Artikel:

- [Deutsche Lehrer im EU Vergleich](#)
- [RP](#)
- [BR -aktuell](#)
- [GEW Kleine Klassen](#)
- weiterführende Quellen unter den Punkten Betreuungsschlüssel, Fortbildung, Evaluation

Änderungsantrag Nr.

TE130

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Evaluation von pädagogischen Fachkräften / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Regelmäßige Evaluation pädagogischer Fachkräfte**

Zur Wahrung der Qualität der Lehre und Erziehung, und um Mobbing, Missbrauch und ungerechte Behandlung einzelner Kinder, Schüler oder Jugendlicher vorzubeugen, ist eine regelmäßige Evaluation des Erziehungs- und Lehrpersonals durchzuführen.

Der Turnus der Evaluation sollte 2 Jahre nicht übersteigen. In Schulen ist eine jährliche Befragung anzuraten.

Begründung

Evaluation durch die Befragung mit Inhalten zu Qualität, Zufriedenheit und persönlichem Empfinden zum Erziehungs- oder Lehrprozess, soll alle am Bildungsprozess Beteiligten erreichen. Mit der Befragung von Schülern, Eltern, Kollegen, Vorgesetzten und den Betroffenen selbst, soll ein möglichst realistisches Bild zur Qualität und Akzeptanz der pädagogischen Fachkräfte erstellt werden. Zu hoffen ist, durch regelmäßige Evaluation, dass pädagogische Fachkräfte eher die Bereitschaft zu Fortbildung und ausgewogenem gruppendiffusiven Verhalten aufweisen.

Eine zentrale Evaluation lässt jedoch nur dann weitreichende Steigerungen der Bildungsqualität erwarten, wenn sie sich an finanzielle Gegebenheiten der Entlohnung auswirkt -sowohl in positivem, wie auch in sanktionierendem Sinne. Im Hochschulbereich haben sich Evaluationskriterien positiv ausgewirkt, sodass auch eine Besserung der Bildungsqualität im Schul- Und Vorschulbereich zu erwarten sein wird.

Quellen

- [Evaluation Uni Münster](#)
- [Lehrerevaluation](#)
- [Kernaussagen Lehrerevaluation](#)
- [Lehrevaluation durch Schüler](#)
- [taz Artikel zu Urteil zu "Spickmich" Bewertung durch Schüler im Internet](#)
- [taz Artikel zu Schulradar - Spickmich für Eltern](#)
- [Umfrage zum Thema unter 1000 Personen](#)

Änderungsantrag Nr.

TE131

Beantragt von

Jasenka Wrede

Programm

pädagogisch-psychologisches Fachpersonal an Bildungsinstitutionen / Bildung

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Pädagogisch-psychologisches Fachpersonal an jeder Schule

Die Anzahl der Schulsozialarbeiter, psychologischen Beratern und pädagogischen Betreuern an deutschen Schulen muss flächendeckend gewährleistet sein.

An jeder deutschen Schule sollte ein Pädagogisch-psychologischer Berater Vor Ort für Lehrer und Schüler zugleich zur Verfügung stehen.

Begründung

Die Entwicklung an deutschen Schulen hin zur "Ausbildungswerkstatt" bringt durch den vermehrten Leistungsdruck bei Schülern und Lehrern immer wieder neue Probleme auf, da diese sich neue Ventile suchen (siehe Gewalt gegen Material und Menschen, sowie den Voyeurismus von Gewalt über Handy und Internet und Burn-out-Syndrom bei Lehrern).

Nur durch eine statische Fachkraft für Supervision, Gewaltprävention und als Beratungskraft, ist dem gesteigerten Bedarf zur Konfliktminimierung an Schulen beizukommen.

So können präventive Kurse zu Gewalt und sozialem Verhalten ebenso angeboten werden, wie ein zusätzliches individuelles Betreuungsangebot für Lehrer und Schüler.

Es ist zu erwarten, dass Konflikte und Gewalt in der Entstehung bereits im Vorfeld des Ausbruchs erkannt werden somit ihre Auswirkungen reduziert werden können.

Quellen

- [Präventionsmethodik](#)
- [FHnwl](#)
- [Handbuch Demokratie an Schulen](#)
- [LMZ Landesmedienzentrum](#)
- [Schulische Gewaltprävention](#)
- [Schulberatung](#)
- Coaching an Schulen, Beate West-Leuer, Psychosozial-Verlag; Auflage: 1 (1. April 2007)
- [Schüler gegen Mobbing](#)
- [Gewalt an Schulen](#)

Änderungsantrag Nr.

TE132

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Internetverfügbarkeit im Bildungssystem / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Freien Zugang zu Informationssystemen**

Die Piratenpartei unterstützt den freien Zugang zu Informationssystemen als Basis der freien Meinungsbildungsmöglichkeit jedes Bürgers.

So ist der Zugang zum Internet und allen gesellschaftlich verfügbaren Medienstrukturen für alle Bürger bundesweit zu gewährleisten.

Im Bereich der Bildung sind flächendeckend in allen Institutionen Möglichkeiten zu schaffen, damit Lehrer und Schüler an diesen Informationssystemen partizipieren können.

Begründung

Die Verfügbarkeit von Informationsequipement an allen Bildungs- und Erziehungsinstitutionen bedeutet in der praktischen Umsetzung, dass in jedem Klassenzimmer mindestens ein Zugang ins weltweite Informationssystem vorhanden sein sollte.

In Kindergärten sind die Zugangänge, unter Berücksichtigung pädagogischer Zusammenhänge und dem Entwicklungsstand der Kinder durch pädagogische Netze und einen Zugang pro Gruppe anzupassen. Selbstverständlich sind auch die Lehrerzimmer und Organisationen von Erziehungsinstitutionen entsprechend auszustatten.

Quellen

- [Schulen ans Netz](#)
- [Internet in Schulen Leher stellen ihre Arbeit vor](#)
- [Schulweb als Austauschboard für leher und Schüler](#)
- [Internet an Schulen- Referat für Einsteiger](#)
- [OLPC](#)
- [Bertelsmann -Verantwortung für Internet an Schulen](#)
- [Institut für medien und Kompetenzforschung -Internet an Schulen](#)
- [Informationssystem medienpädagogik](#)
- [GMK Medienpädagogisches manifest](#)

Änderungsantrag Nr.

TE133

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Schulspeisung / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Schulspeisung**

Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig.

Berufstätige Eltern, besonders Alleinerziehende, haben nicht immer die Möglichkeit, ihren Kindern ein Mittagessen zu bieten.

Schulspeisungen können dabei helfen, dass sich ihre Kinder trotzdem ausgewogen und gesund ernähren. Wir unterstützen daher die bundesweite Einführung solcher Schulspeisungen an allen Schulen und Kindertagesstätten.

Die Finanzierung dieser Schulspeisungen ist dabei so zu gestalten, dass alle Schüler unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie daran teilnehmen können. Zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung sollen finanzielle Erleichterungen so gestaltet sein, dass andere Schüler nicht erfahren, wer gefördert wird.

Bei der Planung sollte auch berücksichtigt werden, ob die Verwaltungskosten für die Essensgebühren die Einnahmen übersteigen oder eine vollständig kostenlose Schulspeisung günstiger wäre.

Begründung

An allen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen soll eine Schulspeisung eingeführt werden - alle Schüler, unabhängig vom sozialen, ethischen und finanziellen familiären Gefüge, sollen also Mahlzeiten angeboten werden ohne dass es zu sozialen Ausgrenzungen von Schülern kommt, deren Familien den Normaltarif nicht bezahlen können.

Mindestens eine Mahlzeit soll verfügbar sein. Rund 1/3 der Schüler kommen ohne Frühstück und noch mehr bereits zeitlich gestresst in die Schule.

Mit einem gemeinsamen Frühstücksangebot könnte man sowohl den Stress etwas "entzerren", als auch eine gesunde Basis für den Vormittag anbieten, um das berühmte 11.00-Uhr-Loch zu überwinden.

Und nicht nur das, durch ein entsprechendes vitamin- und ballaststoffreiches, kristallzucker- und fettarmes Angebot kann die Konzentrationsfähigkeit der Schüler bewusst gesteigert werden.

Eine Initiative hierzu hat das Deutsche Kinderhilfswerk 2003 "Warum ein gesundes Schulfrühstück für alle Kinder?" mit Unterstützung der Barmer Krankenkasse und anderen Institutionen gemeinsam gestartet, nur wurde diese Idee bisher kaum umgesetzt.

Quellen

- [Schule plus essen](#)
- [Kindernothilfe, gesundes Frühstück](#)
- [Kompetenzzentrum für psychische Gesundheit in der Erziehung](#)
- [Landesprogramm Bildung und Gesundheit NRW](#)
- [Schulgesundheit Hessen](#)
- [ISB Bayern](#)
- [Gesundheitsförderung in der Schule](#)

Änderungsantrag Nr.

TE134

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Einsatz von Lehrmaterial unter freien Lizenzen / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen****Einsatz von Lehrmitteln unter freien Lizenzen**

Die Piratenpartei unterstützt die Verwendung von freien Lizenzen für Lehrmittel an Bildungseinrichtungen.

Dies trägt nicht nur zur Kostensenkung bei Schülern und Studenten bei, sondern auch dazu, dass die Lehrmittel nach Bedarf erweitert und verändert werden können.

Begründung

Um die Kosten von Lehrmitteln zu senken, sollten Lehrmittel mit freien Lizenzen verwendet werden. Kopien in Schulen von kopiergeschützten teuren Büchern müssen somit nicht mehr in "Grauzonen" von Lehrer für ihre Schüler erstellt werden.

Auch das gemeinsame Erarbeiten und Austauschen von Vorlagen und Lehrmaterialien in bundesweiten Netzen dient finanziellen Einsparungen im Schulwesen und fördert gleichsam die Kommunikation von Lehrern über Landesgrenzen und einzelne curriculare Hürden hinaus. Es stärkt die Lehrerrolle und fördert die Lehrkompetenz durch regelmäßigen Kontakt mit neuen Medien und Lehrmethoden.

---Anlehnung an Peogrammvorschlag BW zur LTW 2011

Quellen

- [Creative Commons](#)
- [Deutscher Bildungsserver](#)
- [Schulportal Thüringen](#)
- [Schulportal Deutschland](#)
- [Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Brandenburg, Berlin Stadt, Saarland, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen](#)

Änderungsantrag Nr.

TE135

Beantragt vonJasenka Wrede**Programm**

Computerspiele sind keine Waffe / Bildung

Schlagworte Pro**Schlagworte Contra****Beantragte Änderungen**

Die Piratenpartei ist gegen die Stigmatisierung von Action-Computerspielen als "Killerspiele".

Wir lehnen ein generalisierndes Verbot von Computerspielen und LAN-Partys ab.

Nicht Verbote, sondern präventive Maßnahmen und die Stärkung medienkompetenten Handelns fördern den verantwortungsvoller Umgang mit elektronischen Medien.

Deshalb unterstützen wir die derzeitigen Konzepte zur Gewaltprävention durch die verstärkte Einstellung pädagogisch-psychologischer Berater an Schulen.

Begründung

Die Piratenpartei unterstützt präventive Ansätze zum verantwortungsbewussten Umgang mit elektronischen Medien..

Ein generalisierendes Computerspiel-Verbot kann bei den grundlegenden Problemen -vor allem Jugendlicher die in der Auseinandersetzung mit elektronischen Spielumgebungen Entspannung vor den Ansprüchen der gesteigerten Leistungsgesellschaft suchen- nicht helfen.

Durch den vermehrten Einsatz von Schulpsychologen, Beratungslehren in Kombination mit Anti-Aggressionstraining, Aufklärung und verstärkter Vermittlung von Medienkompetenz an Schulen, ist die Entstehung von Gewaltpotential eher zu erkennen.

Wir wehren uns gegen die Herstellung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Computerspielen und Gewalt an Schulen.

Quellen

- Peter Langmann "Amok im Kopf" Beltz Verlag 2009
- Siegfried Bäuerle, Gewalt in der Schule, Auerverlag 2001,
- Helga Theunert, Jugend-Medien-Identität, Kopaed Verlag 2009
- Stefan Welling, Computerpraxis Jugendlicher und medienpädagogisches Handeln, Kopaed Vlg. 2008
- Jürgen Schwab, Die Windows Generation, Profile-Chancen-Grenzen jugendlicher Computeraneignung, Hochschulschriftenreihe 1999
- Günther Anfang, Erlebniswelt Multimedie-Computerprojekte mit Kindern und Jugendlichen, Materialien zur Medienpädagogik 2001
- H-J Plme, Von den Computerfreaks zur Mediengeneration, Kopaed Vlg. 2009
- Bernward Hoffmann, Geteilter Bildschirm-getrennte Welten, Konzepte für Pädagogik und Bildung, Kopaed Vlg. 2009
- Miriam Schäfer, Internet und Bildungschancen-Die soziale Realität des virtuellen Raumes, kopaed Vlg. 2007
- Kreativ und kritisch mit Medien leben "GMK"
- Fachgruppe Kinder und Jugendliche -Gewalt in den Medien
- Informationssystem Medienpädagogik
- Medien und Kommunikationswissenschaften NOMOS
- PM zu Gealt in BW
- PM Landtag BW
- Bericht des Expertenkreises Amok
- Die Folgen von Medienberichterstattung
- Themenbereich Medien
- Forschungsprojekt Scheithauer zu Gealtentstehung
- Vorlage Bannenberg
- Prävention Expertenkreis Amok
- Problem Amok
- offener Brief